

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

WEISSBUCH 2016

Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr

Arbeitsentwurf

Stand: 24. Mai 2016

<u>VORBEMERKUNGEN</u>	5
DAS WEIRBUCH 2016: STRATEGISCHE STANDORT- UND KURSBESTIMMUNG	5
<u>TEIL I ZUR SICHERHEITSPOLITIK</u>	7
<u>1. GRUNDZÜGE DEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK</u>	8
1.1. DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT UND SICHERHEITSPOLITISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS	8
1.2. DEUTSCHLANDS WERTE UND SICHERHEITSPOLITISCHE INTERESSEN	10
<u>2. DEUTSCHLANDS SICHERHEITSPOLITISCHES UMFELD</u>	11
2.1. INTERNATIONALE ORDNUNG IM UMBRUCH	11
A. TREIBER DES UMBRUCHS	11
B. MULTIPOLARITÄT UND MACHTDIFFUSION	12
C. INFRAGESTELLUNG DER REGELBASIERTEN EURO-ATLANTISCHEN FRIEDENS- UND STABILITÄTSORDNUNG	13
D. EUROPÄISCHES PROJEKT UNTER DRUCK	14
2.2. HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE DEUTSCHE SICHERHEITSPOLITIK	15
A. TRANSNATIONALER TERRORISMUS	15
B. HERAUSFORDERUNGEN AUS DEM CYBER- UND INFORMATIONSRAUM	16
C. ZWISCHENSTAATLICHE KONFLIKTE	18
D. FRAGILE STAATLICHKEIT UND SCHLECHTE REGIERUNGSFÜHRUNG	19
E. WELTWEITE AUFRÜSTUNG UND PROLIFERATION VON MASSESVERNICHTUNGSWAFFEN	20
F. GEFÄHRDUNG DER INFORMATIONS-, KOMMUNIKATIONS-, VERSORGUNGS-, TRANSPORT- UND HANDELSLINIEN UND SICHERHEIT DER ROHSTOFF- UND ENERGIEVERSORGUNG	20
G. KLIMAWANDEL	20
H. UNKONTROLLIERTE UND IRREGULÄRE MIGRATION	21
I. PANDEMIEN UND SEUCHEN	22
<u>3. DEUTSCHLANDS STRATEGISCHE PRIORITÄTEN</u>	24
3.1. GEWÄHRLEISTUNG GESAMTSTAATLICHER SICHERHEITSVORSORGE	24
3.2. STÄRKUNG VON ZUSAMMENHALT UND HANDLUNGSFÄHIGKEIT IN NORDATLANTISCHER ALLIANZ UND EUROPÄISCHER UNION	25
3.3. UNGEHINDERTE NUTZUNG VON INFORMATIONS-, KOMMUNIKATIONS-, VERSORGUNGS-, TRANSPORT- UND HANDELSLINIEN SOWIE DIE SICHERHEIT DER ROHSTOFF- UND ENERGIEVERSORGUNG	25
3.4. FRÜHZEITIGES ERKENNEN, VORBEUGEN UND EINDÄMMEN VON KRISEN UND KONFLIKTEN	26
3.5. ENGAGEMENT FÜR DIE REGELBASIERTE INTERNATIONALE ORDNUNG	27

<u>4. SICHERHEITSPOLITISCHE GESTALTUNGSFELDER DEUTSCHLANDS</u>	28
4.1. NATIONALE GESTALTUNGSFELDER	28
A. STRATEGIEFÄHIGKEIT FÖRDERN UND AUSBAUEN	28
B. SICHERHEIT NACHHALTIG GESTALTEN	29
C. VERNETZTEN ANSATZ WEITERENTWICKELN	30
D. SICHERHEITSVORSORGE UND RESILIENZ ALS GESAMTGESELLSCHAFTLICHE AUFGABE VORANTREIBEN	30
E. VERANTWORTUNG FÜR STABILITÄT UND SICHERHEIT DES INTERNATIONALEN UMFELDS ÜBERNEHMEN	32
4.2. INTERNATIONALE GESTALTUNGSFELDER	33
A. DEUTSCHLAND IN DEN VEREINTEN NATIONEN	33
B. DEUTSCHLAND IN DER NORDATLANTISCHEN ALLIANZ	34
C. DEUTSCHLAND IN DER EUROPÄISCHEN UNION	39
D. DEUTSCHLAND IN DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA	45
E. BI- UND MULTILATERALE PARTNERSCHAFTEN UND AD-HOC-KOOPERATIONEN	47
F. RÜSTUNGSKONTROLLE, ABRÜSTUNG UND NICHTVERBREITUNG	48
<u>TEIL II ZUR ZUKUNFT DER BUNDESWEHR</u>	50
<u>5. DIE BUNDESWEHR DER ZUKUNFT – AUFTRAG UND AUFGABEN IM VERÄNDERTEN SICHERHEITSPOLITISCHEN UMFELD</u>	51
5.1. ANFORDERUNGEN AN DIE BUNDESWEHR ALS INSTRUMENT DEUTSCHER SICHERHEITSPOLITIK	51
5.2. AUFTRAG DER BUNDESWEHR	52
5.3. AUFGABEN DER BUNDESWEHR	52
<u>6. LEITPRINZIPIEN FÜR DIE BUNDESWEHR DER ZUKUNFT</u>	55
6.1. MULTINATIONALITÄT UND INTEGRATION	55
A. BÜNDNISGEMEINSAME FÄHIGKEITSENTWICKLUNG	55
B. FÜHRUNG UND VERANTWORTUNG ALS RAHMENNATION	56
6.2. FLEXIBILITÄT UND AGILITÄT MIT EINEM "SINGLE SET OF FORCES"	56
6.3. AUSRICHTUNG AUF VERNETZTES HANDELN IM NATIONALEN UND INTERNATIONALEN RAHMEN	57
<u>7. VORGABEN FÜR DIE FÄHIGKEITEN DER BUNDESWEHR</u>	58
7.1. FÜHRUNG	58
7.2. AUFKLÄRUNG	59
7.3. WIRKUNG	59

7.4. UNTERSTÜTZUNG	59
<u>8. GESTALTUNGSBEREICHE FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE BUNDESWEHR</u>	<u>60</u>
8.1. RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN	60
A. AUSLANDSEINSÄTZE DER BUNDESWEHR	60
B. PARLAMENTS BETEILIGUNG BEI AUSLANDSEINSÄTZEN DER BUNDESWEHR	61
C. EINSATZ UND LEISTUNGEN DER BUNDESWEHR IM INNERN	61
8.2. VERANKERUNG DER BUNDESWEHR IN DER GESELLSCHAFT	62
8.3. INNERE FÜHRUNG ALS KERN DES SELBSTVERSTÄNDNISSES DER BUNDESWEHR	63
8.4. NEUE WEGE IM TRADITIONSVERSTÄNDNIS	64
8.5. NACHHALTIGE FINANZIELLE RAHMENBEDINGUNGEN	65
8.6. MODERNE, NACHHALTIGE UND DEMOGRAPHIEFESTE PERSONALPOLITIK	66
A. TRENDWENDE PERSONAL	67
B. PERSONALSTRATEGIE	67
C. AGENDA ATTRAKTIVITÄT	68
D. CHANCENGERECHTIGKEIT, VIELFALT, INKLUSION	69
E. PERSONALGEWINNUNG	70
F. RESERVISTENDIENST	70
8.7. BESTMÖGLICHE AUSRÜSTUNG ZUR AUFTRAGSERFÜLLUNG	71
A. MODERNES RÜSTUNGSMANAGEMENT – „FÜR DIE BUNDESWEHR“	72
B. EUROPÄISIERUNG UNTER WAHRUNG NATIONALER SCHLÜSSELTECHNOLOGIEN	73
C. MULTINATIONALE (RÜSTUNGS-)KOOPERATION MIT NEUEM ANSATZ	73
D. INNOVATION ALS SCHLÜSSEL ZUR ZUKUNFTSSICHERUNG	74
E. TRANSPARENZ ALS STRATEGISCHES PRINZIP	75
8.8. AGILE UND ADAPTIONSFÄHIGE ORGANISATION	76
<u>FAZIT</u>	<u>79</u>
<u>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS</u>	<u>82</u>

1 **Vorbemerkungen**

2 **Das Weißbuch 2016: Strategische Standort- und Kursbestimmung**

3 Das Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr ist das oberste
4 sicherheitspolitische Grundlagendokument Deutschlands. Es nimmt eine strategische
5 Standort- und Kursbestimmung für die deutsche Sicherheitspolitik vor. Damit ist es der
6 wesentliche Leitfaden für die sicherheitspolitischen Entscheidungen und Handlungen
7 unseres Landes. Es schafft einen konzeptionellen und inhaltlichen Rahmen und bietet
8 Anknüpfungspunkte für weitere gesamtstaatliche und ressortspezifische Strategien.

9 Das Weißbuch definiert den sicherheitspolitischen Handlungs- und Gestaltungsanspruch
10 Deutschlands. Es ist Ausdruck unseres sicherheitspolitischen Selbstverständnisses. Auf
11 Basis unserer Werte und nationalen Interessen und der Analyse des sicherheitspolitischen
12 Umfelds formuliert es Deutschlands strategische Prioritäten und setzt diese in
13 Gestaltungsfelder deutscher Sicherheitspolitik um.

14 Das letzte „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der
15 Bundeswehr“ wurde 2006 veröffentlicht. Seitdem hat sich unser sicherheitspolitisches
16 Umfeld deutlich verändert: Unterschiedlichste Herausforderungen wirken in bislang nicht
17 gekannter Gleichzeitigkeit und Dichte auf Deutschland ein. Neuartige Gefährdungen sind
18 neben bereits bestehende getreten. Das Weißbuch 2016 ist geprägt von Kontinuität und
19 gleichzeitig tiefgreifendem Wandel im sicherheitspolitischen Umfeld.

20 Sicherheit im 21. Jahrhundert kann nur im Verbund aller sicherheitspolitischen Akteure und
21 Instrumente gewährleistet werden. Daher schafft das Weißbuch die Voraussetzungen für
22 das synchronisierte und vernetzte sicherheitspolitische Handeln Deutschlands. Es bildet
23 den Rahmen für den Einsatz des gesamten sicherheitspolitischen Instrumentariums
24 unseres Landes.

25 Für eines unserer sicherheitspolitischen Instrumente, die Bundeswehr, legt das Weißbuch
26 den Grundstein, um diese auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft
27 auszurichten.

28 Zentraler Anspruch an die Bundeswehr wird es sein, dass sie sich angesichts des volatilen
29 Sicherheitsumfelds jederzeit an verändernde Aufgaben anzupassen vermag: Aufgaben,
30 Personal und Material müssen entsprechend zueinander passen. Die Vorgaben aus dem
31 Weißbuch sind für die Bundeswehr in nachgeordneten Dokumenten weiter zu
32 konkretisieren.

33

Vorbemerkungen

34 **Inklusiver Entstehungsprozess als Ausgangspunkt für eine neue**
35 **sicherheitspolitische Debatte in unserem Land**

36 Das Weißbuch ist auch ein Beitrag der Bundesregierung zur sicherheitspolitischen Debatte
37 in unserem Land. Es soll diese schärfen und insgesamt befördern. Darüber hinaus legt es
38 unseren internationalen Partnern und Verbündeten dar, wie Deutschland künftig seine
39 sicherheitspolitische Rolle in der Welt sieht.

40 Das Weißbuch 2016 ist das erste sicherheitspolitische Grundlagendokument
41 Deutschlands, das auf einer inklusiven Beteiligungsphase aufbaut. Nationale und
42 internationale Expertinnen und Experten sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger
43 konnten sich auf unterschiedliche Weise in die Diskussion über die Zukunft deutscher
44 Sicherheitspolitik einbringen.

45 Mit diesem inklusiven Ansatz folgt das Weißbuch 2016 dem modernen Verständnis von
46 Strategiefindungsprozessen. Er lebt vom Engagement, den Beiträgen und kritischen
47 Anregungen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, interessierter
48 Öffentlichkeit und internationalem Umfeld. Der inklusive Ansatz hat Denkanstöße und
49 Ideen gegeben, die zur Ausgestaltung dieses neuen Strategiedokuments maßgeblich
50 beigetragen haben.

51 So ist das Weißbuch gleichzeitig auch Einladung und Appell, die sicherheitspolitische
52 Debatte über seine Veröffentlichung hinaus engagiert fortzusetzen. Denn in einer offenen
53 und lebendigen Demokratie ist Sicherheitspolitik eine ständige Gestaltungsaufgabe für alle
54 Bereiche der Gesellschaft.

55

56

57

58

59

Teil I

Zur Sicherheitspolitik

60 **1. Grundzüge deutscher Sicherheitspolitik**

61 **1.1. Deutschlands Rolle in der Welt und sicherheitspolitisches**
62 **Selbstverständnis**

63 Unser sicherheitspolitisches Selbstverständnis ist geprägt durch die Lehren aus unserer
64 Geschichte. Diese sind Teil unserer nationalen Identität und in unserer Verfassung
65 verankert. Gleichzeitig ist die deutsche Identität untrennbar verbunden mit der
66 europäischen.

67 In der Präambel des Grundgesetzes bekennt sich Deutschland zu seinem Willen, „als
68 gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.
69 Entsprechend umfassend ist unser Sicherheitsverständnis: Es geht um mehr als die
70 Abwesenheit von Krieg und die Sicherheit unseres Landes und seiner Bürgerinnen und
71 Bürger. Es geht auch darum, aus einem einigen Europa heraus die Bedingungen
72 menschlichen Zusammenlebens nachhaltig zu verbessern sowie internationale
73 Menschenrechtsnormen zu wahren und zu stärken.

74 Deutschland ist ein in hohem Maße global vernetztes Land, das aufgrund seiner
75 wirtschaftlichen, politischen und militärischen Bedeutung, aber auch angesichts seiner
76 Verwundbarkeiten, in der Verantwortung steht, die globale Ordnung aktiv mitzugestalten.
77 Deutschland wird zunehmend als zentraler Akteur in Europa wahrgenommen. Diese
78 Wahrnehmung schafft ihre eigene Realität – im Sinne wachsender
79 Handlungsmöglichkeiten, aber auch mit Blick auf die daraus resultierende Verantwortung.

80 Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land. Als Wirtschaftsstandort profitiert es von
81 stabilen sozialen Verhältnissen, einer hochwertigen Infrastruktur und einem soliden, durch
82 Zuwanderung verstärkten Angebot qualifizierter Fachkräfte. Politisch kann Deutschland
83 sich auf ein enges Netz bilateraler, europäischer, transatlantischer und multilateraler
84 Verbindungen und institutioneller Strukturen stützen, die dem eigenen Handeln Wirkung
85 und Legitimität verleihen.

86 Perspektivisch wird Deutschland gleichwohl seine Stellung als weltweit viertgrößte
87 Wirtschaftsmacht einbüßen. Die Volkswirtschaften aufstrebender Mächte in Asien und
88 Lateinamerika werden nach heutigem Ermessen in den kommenden Jahren das deutsche
89 – wenn auch nicht das europäische – Bruttoinlandsprodukt überholen. Gleichzeitig sind
90 Wohlstand und Volkseinkommen in Deutschland in hohem Maße abhängig von
91 funktionierenden Rahmenbedingungen – in Europa und in der Welt.

92 Deutschland ist eng in internationale Handels- und Investitionsströme eingebunden. Unser
93 Land ist in besonderem Maße auf gesicherte Versorgungswege, stabile Märkte sowie
94 funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. Diese
95 Abhängigkeit wird weiter zunehmen. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als
96 Produktionsstandort hängt umso mehr von der kontinuierlichen Wahrung eines
97 Innovationsvorsprungs ab. Wissen bleibt für Deutschland eine strategische Ressource.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

1. Grundzüge deutscher Sicherheitspolitik

- 98 Im globalen Maßstab ist Deutschland geographisch und demografisch von mittlerer Größe.
99 Der starke Anstieg der Bevölkerungen in Ländern Afrikas und Asiens sowie der eigene
100 demografische Wandel werden Deutschland künftig verstärkt unter Druck setzen. Dieser
101 Trend wird selbst durch qualifizierte Zuwanderung lediglich abgemildert, nicht jedoch
102 beseitigt.
- 103 Kulturell hat Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten an
104 Ausstrahlungskraft und Attraktivität gewonnen. Die Zahl ausländischer Studenten an
105 deutschen Hochschulen wächst, die Nachfrage nach Deutsch als Fremdsprache steigt
106 wieder.
- 107 Die deutsche Wiederbewaffnung in den fünfziger Jahren war auf das Engste verbunden mit
108 der Integration des Landes und seiner Streitkräfte in das Atlantische Bündnis. Die
109 Bundeswehr ist ausgerichtet auf ein Handeln im multilateralen Rahmen. Bei der
110 Wahrnehmung von Verantwortung für die internationale Sicherheit sind wir in hohem Maße
111 auf das abgestimmte Zusammenwirken mit unseren Partnern angewiesen.
- 112 Daher nimmt Deutschland in Sicherheitsfragen bewusst gegenseitige Abhängigkeiten in
113 Kauf – von funktionierenden Bündnissen, Partnerschaften und Solidargemeinschaften und
114 vor allem von einer engen Sicherheitspartnerschaft mit den USA. Deutschland verfügt
115 unter den Staaten der Europäischen Union (EU) über eines der größten
116 Streitkräftedispositive und hält dieses für unterschiedliche Einsätze in multilateralem
117 Rahmen bereit.
- 118 Im Interesse unserer Souveränität müssen diese Interdependenzen grundsätzlich auf
119 Gegenseitigkeit angelegt sein. Deutschland muss ein attraktiver und verlässlicher
120 Sicherheitspartner in der gesamten Bandbreite der sicherheitspolitischen
121 Handlungsinstrumente sein – ein Anspruch, der stetige Anstrengungen und den Einsatz
122 personeller, materieller und damit finanzieller Ressourcen erfordert.
- 123 Diese partnerschaftliche Ausrichtung wird durch die internationale Gemeinschaft begrüßt.
124 Deutsches Engagement kann auch in Zukunft den Weg zur Lösung von Problemen ebnen.
125 Deutsche Sicherheitspolitik besitzt somit Relevanz – weit über unser Land hinaus.
- 126 Deutschland ist bereit, sich früh, entschieden und substanziell als Impulsgeber in die
127 internationale Debatte einzubringen, Verantwortung zu leben und Führung zu übernehmen.
128 Dazu gehört auch die Bereitschaft, zur Bewältigung heutiger und zukünftiger
129 sicherheitspolitischer sowie humanitärer Herausforderungen beizutragen. Dabei wissen wir
130 um das Maß unserer Möglichkeiten.
- 131 Unsere gewachsene Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik führt weder zu
132 Automatismen, noch zu Handlungszwängen, die unseren Werten und Interessen
133 zuwiderlaufen oder das Maß unserer Möglichkeiten überdehnen.
- 134
- 135

1. Grundzüge deutscher Sicherheitspolitik

136 **1.2. Deutschlands Werte und sicherheitspolitische Interessen**

137 Verpflichtung und Ziele deutschen Regierungshandelns sind die Wahrung von Freiheit,
138 Sicherheit und Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger sowie die Förderung von
139 Frieden und die Stärkung des Rechts.

140 Deutsche Sicherheitspolitik ist wertegebunden und interessengeleitet. Die objektive
141 Richtschnur für die Formulierung unserer nationalen Interessen bilden

142 ■ die Werteordnung unseres Grundgesetzes, insbesondere die Menschenwürde, und die
143 sonstigen Grundrechte sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie

144 ■ die Bestimmungen des Völkerrechts, insbesondere zum Schutz universaler
145 Menschenrechte und zur Wahrung des Friedens.

146 Unsere sicherheitspolitischen Interessen werden zudem maßgeblich bestimmt durch
147 unsere geographische Lage in der Mitte Europas und die Mitgliedschaft in der EU, unsere
148 wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Handelsabhängigkeit, unsere Bereitschaft zu
149 verantwortungsbewusstem Engagement sowie das Friedensgebot nach Artikel 26 des
150 Grundgesetzes.

151 In der Zusammenschau ergeben sich die folgenden sicherheitspolitischen Interessen
152 Deutschlands:

153 ■ Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie der Souveränität und territorialen Integrität
154 unseres Landes;

155 ■ Schutz der Souveränität, territorialen Integrität und der Bürgerinnen und Bürger unserer
156 Verbündeten;

157 ■ Aufrechterhaltung der regelbasierten internationalen Ordnung auf der Grundlage des
158 Völkerrechts;

159 ■ Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger durch Prosperität unserer Wirtschaft und
160 freien sowie ungehinderten Welthandel;

161 ■ Förderung des verantwortungsvollen Umgangs mit begrenzten Ressourcen und
162 knappen Gütern in der Welt;

163 ■ Vertiefung der europäischen Integration und

164 ■ Festigung der transatlantischen Partnerschaft.

165 Unsere Interessen bleiben eng mit denen unserer Verbündeten und Partner verflochten.
166 Deutschland steht ein für Verlässlichkeit und Bündnistreue. Nur im Verbund mit anderen
167 kann Deutschland sein Territorium und seine offene Gesellschaft schützen, seine
168 begrenzten Ressourcen effektiv einsetzen sowie seine Innovations- und Produktivkräfte
169 entfalten. Wahrnehmung deutscher Interessen bedeutet deshalb immer auch
170 Berücksichtigung der Interessen unserer Verbündeten und befreundeten Nationen.

171 Zugleich basiert unsere Handlungsfähigkeit im internationalen – besonders europäischen
172 und transatlantischen – Verbund auf einer klaren nationalen Positionsbestimmung.

173

174 **2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld**

175 Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld ist in den vergangenen Jahren noch
176 komplexer, volatiler sowie dynamischer und damit immer schwieriger vorhersehbar
177 geworden.

178 Nur im vollen Bewusstsein um Trends und Veränderungsprozesse sowie die mittelbaren
179 und unmittelbaren Herausforderungen kann unsere Sicherheitspolitik Ursachen präzise in
180 den Blick nehmen, vorhandene Handlungsspielräume nutzen und zukünftige
181 Entwicklungen antizipieren.

182

183 **2.1. Internationale Ordnung im Umbruch**

184 Die internationale Ordnung, wie sie nach Ende des Zweiten Weltkrieges geschaffen wurde
185 und die noch heute mit ihren Organisationen und Institutionen den Rahmen der
186 internationalen Politik setzt, ist im Umbruch. Dabei sind die Treiber und Auswirkungen der
187 aktuellen Veränderungsprozesse vielfältig.

188 **a. Treiber des Umbruchs**

189 Globalisierung und Digitalisierung der vergangenen Jahrzehnte haben zu einer weltweiten,
190 alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Vernetzung geführt. Immer mehr
191 Menschen erhalten verbesserten Zugang zu Information und Technologie. Diese
192 politischen, ökonomischen und technologischen Verflechtungen ziehen weitreichende
193 gesellschaftliche und soziale Wandlungsprozesse nach sich. Der unsere Kommunikation
194 und unser Handeln zunehmend dominierende Cyber- und Informationsraum ist Ausdruck
195 dieser weltumspannenden Verflechtung.

196 Gleichzeitig befördert die Globalisierung auch die Vernetzung und Verbreitung von Risiken
197 und deren Folgewirkungen. Dies reicht von Epidemien über die Möglichkeit von
198 Cyberangriffen und Informationsoperationen bis zum transnationalen Terrorismus.

199 Simultan entstehen Kräfte der Antiglobalisierung: introvertierter und oft radikaler
200 Nationalismus, gewalttätiger Extremismus und religiöser Fanatismus als Ausdruck von
201 Identitäts- und Legitimitätsdefiziten, in vielen Fällen aber auch von Werte- und
202 Normenverfall, der Zerfallsprozesse staatlicher Ordnung verstärkt.

203 Demographische Entwicklungen und Urbanisierung sind weitere Ursachen des Umbruchs.
204 Die weiter wachsende Weltbevölkerung konzentriert sich immer mehr in urbanen,
205 küstennahen Regionen. Diesen kommt daher zunehmende Bedeutung als Ausgangs- oder
206 Kristallisationspunkt von Konflikten zu.

207 Zudem stehen alternde Gesellschaften solchen Staaten gegenüber, die über einen hohen
208 Anteil junger Bevölkerung verfügen. Erstere müssen neue Wege gehen, um genügend
209 qualifizierte Zuwanderung zu ermöglichen, Fachkräfte zu binden und ihre
210 Produktionsbedingungen älteren Belegschaften anzugleichen, um international

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

211 wettbewerbsfähig zu bleiben. Letztere stehen vor der fundamentalen Herausforderung, der
212 jungen Generation Entwicklungsperspektiven zu bieten und die erforderlichen Ausbildungs-
213 und Arbeitsplätze zu schaffen.

214 In vielen Teilen der Welt wird der Staat als zentrales Ordnungselement in seiner
215 Legitimation und Funktionalität noch auf andere Weise herausgefordert: Schlechte
216 Regierungsführung, informelle Ökonomien, die durch weit verbreitete Vetternwirtschaft und
217 Korruption gekennzeichnet und vielfach mit Organisierter Kriminalität verflochten sind,
218 befördern innerstaatliche Konflikte sowie regionale und internationale Krisen.

219 b. Multipolarität und Machtdiffusion

220 Das internationale System entwickelt sich zu einer politisch, wirtschaftlich und militärisch
221 multipolaren Ordnung. Die globalen Machtverhältnisse verändern sich – Macht verschiebt
222 sich innerhalb der Staatengemeinschaft, aber auch zwischen Staaten und nichtstaatlichen
223 Akteuren. Als Folge des technologischen Fortschritts gewinnen vor allem transnationale
224 nichtstaatliche Netzwerke an Bedeutung und verfügen zunehmend über
225 Einflussmöglichkeiten auch in der internationalen Sicherheitspolitik.

226 Multipolarität und geopolitische Machtverschiebungen werden das Resultat des
227 wirtschaftlich, politisch und militärisch weiter wachsenden Einflusses von Schlüsselstaaten
228 sein, vor allem in Asien, Afrika und Lateinamerika. Deren dynamische
229 Wachstumsgesellschaften verbinden ihren steigenden Wohlstand und ihre Teilhabe an der
230 globalen Wertschöpfung mit dem Anspruch auf stärkeren Einfluss in regionalen und
231 globalen Fragen. Sie untermauern dies auch durch eine deutliche Erhöhung ihrer
232 Verteidigungsausgaben und eine intensivere Koordinierung ihrer Interessen im Rahmen
233 neuer Staatengruppen und Organisationen.

234 So wird China bis 2030 schätzungsweise ein Fünftel der globalen Wirtschaftsleistung
235 erbringen, auf Indien entfällt zu diesem Zeitpunkt ungefähr ein Sechstel. China und Indien
236 zusammen werden Mitte dieses Jahrhunderts vermutlich Verteidigungsausgaben in Höhe
237 der Ausgaben des gesamten OECD-Raums aufweisen. Auch andere Schlüsselstaaten
238 werden ihren internationalen Einfluss weiter ausbauen.

239 Damit gewinnen Organisationen und Foren an Bedeutung, die sich maßgeblich aus
240 Mitgliedern dieser Staatengruppe zusammensetzen. Die BRICS-Gruppe ist ebenso ein
241 Beispiel wie die Verbindung der ASEAN-Länder oder der Kompetenzaufwuchs
242 lateinamerikanischer und afrikanischer regionaler und subregionaler Organisationen. Auch
243 der Bedeutungszuwachs der G20, die sich zu einem wichtigen Forum für die internationale
244 Zusammenarbeit in Weltwirtschafts- und Finanzfragen etabliert haben, ist maßgeblich dem
245 Aufstreben von Schlüsselstaaten geschuldet.

246 Als Folge dieser globalen Machtverschiebung gewinnt die regionale Dimension von
247 Sicherheit an Bedeutung. Dies birgt zugleich das Risiko, dass sich konkurrierende
248 Ordnungsentwürfe für die Ausgestaltung internationaler Politik entwickeln. Eine
249 Fragmentierung mit verschiedenen, unter Umständen konkurrierenden Regionalsystemen
250 würde die universale Bindungswirkung der Grundlagen und Institutionen unserer

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

251 gegenwärtigen weltweiten Ordnung schwächen. Für Deutschland als global vernetztem,
252 vom freien Zugang zu den weltweiten Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-,
253 Transport- und Handelswegen abhängigem Staat hätte eine solche Entwicklung
254 weitreichende Folgen.

255 Um diesen Fragmentierungsrisiken auf globaler Ebene wirkungsvoll zu begegnen, muss
256 sich Multipolarität angemessen im System der Vereinten Nationen (VN) widerspiegeln.

257 Die USA werden die internationale Sicherheitspolitik auch in einer derart multipolaren Welt
258 weiterhin prägen. In den vergangenen Jahren haben sie vermehrt darauf gesetzt, ihre
259 Partner, auch Europa, stärker in die Verantwortung zu nehmen. Angesichts der
260 wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den USA dürfte sich dieser Trend auch
261 künftig fortsetzen und somit von den europäischen Partnern ein noch stärkeres eigenes
262 Engagement zu Gunsten gemeinsamer Ziele und Strategien erwartet werden.

263 Deutschland verbindet mit den Vereinigten Staaten von Amerika, seit 1945 Garant unserer
264 Sicherheit und Stabilität in Europa, eine gewachsene und tief in unserer Gesellschaft
265 verankerte Partnerschaft, die sich sicherheitspolitisch in der Breite gemeinsamer
266 Interessen bewährt.

267 Die transatlantische Sicherheitspartnerschaft wird sich umso intensiver und fruchtbarer
268 weiterentwickeln, wie wir Europäer bereit sind, einen größeren Teil der gemeinsamen Last
269 zu schultern – und wie unsere amerikanischen Partner den Weg gemeinsamer
270 Entscheidungsfindung gehen. Deutschland tritt für die gemeinsame Verantwortung ein, die
271 aus dem gemeinsamen euro-atlantischen Wertefundament erwächst.

272 **c. Infragestellung der regelbasierten euro-atlantischen Friedens- und** 273 **Stabilitätsordnung**

274 Die Staaten Europas haben – gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika – auf
275 dem europäischen Kontinent seit Ende des Kalten Krieges eine einzigartige
276 Friedensordnung geschaffen, der sich alle Teilnehmerstaaten der OSZE verpflichtet haben.
277 Diese Ordnung beruht auf der Vision einer unteilbaren Sicherheit für Europa. Ihr
278 institutionelles Rückgrat ist ein enges Geflecht aus multilateralen regionalen und
279 gesamteuropäischen Organisationen und Institutionen, die sich durch partnerschaftliche
280 Beziehungen untereinander und gegenüber Dritten auszeichnen, auf einer gemeinsamen
281 Wertebasis aufbauen und von Regelwerken zu deren Umsetzung unterlegt sind.

282 Auch wenn diese Friedensordnung den Ausbruch vorübergehender, lokal begrenzter
283 gewaltsamer Auseinandersetzungen in Europa nie ganz verhindern konnte, so bildete sie
284 doch die Grundlage für deren Bewältigung und damit für weitreichende Stabilität.

285 Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die
286 eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte
287 Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen
288 in Frage. Dies hat tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in Europa und damit auch für die
289 Sicherheit Deutschlands.

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

290 Die Krise in und um die Ukraine ist konkreter Niederschlag einer langfristigen innen- und
291 außenpolitischen Entwicklung. Russland wendet sich dabei von einer engen Partnerschaft
292 mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich
293 Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Gestaltungsanspruch.

294 Hierzu gehört auch eine Erhöhung russischer militärischen Aktivitäten an den
295 Außengrenzen von EU bzw. Nordatlantischer Allianz (NATO). Im Zuge einer umfassenden
296 Modernisierung seiner Streitkräfte scheint Russland bereit, an die Grenzen bestehender
297 völkervertraglicher Verpflichtungen zu gehen. Der zunehmende Einsatz hybrider
298 Instrumente zur gezielten Verwischung der Grenze zwischen Krieg und Frieden schafft
299 Unsicherheit in Bezug auf russische Ziele. Dies erfordert Antworten der betroffenen
300 Staaten, aber auch von EU und NATO als Ganzes.

301 Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland somit auf absehbare Zeit eine
302 Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen. Zugleich verbindet
303 Europa mit Russland aber nach wie vor ein breites Spektrum gemeinsamer Interessen und
304 Beziehungen. Als größter Nachbar der EU und ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der VN
305 kommt Russland regional wie global eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung
306 gemeinsamer Herausforderungen und internationaler Krisen zu. Nachhaltige Sicherheit
307 und Prosperität in und für Europa sind daher auch künftig nicht ohne eine belastbare
308 Kooperation mit Russland zu gewährleisten. Umso wichtiger ist im Umgang mit Russland
309 die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und Aufbau von Resilienz einerseits und
310 Ansätzen kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits.

311 Wesentlich für den gemeinsamen Sicherheitsraum unseres Kontinents ist somit nicht etwa
312 die Konzeption einer neuen Sicherheitsarchitektur, sondern zunächst der Respekt und die
313 konsequente Einhaltung der bestehenden und bewährten gemeinsamen Regeln und
314 Prinzipien.

315 **d. Europäisches Projekt unter Druck**

316 Die Europäische Union ist aufgrund ihrer ökonomischen Kraft, ihrer globalen Allianzen und
317 ihres Eintretens für die Geltung des Rechts ein bedeutender internationaler Akteur und als
318 Partner gefragt. Gleichzeitig steht sie vor der Herausforderung, ihren inneren
319 Zusammenhalt und die Solidarität zwischen ihren Mitgliedstaaten aufrechtzuerhalten und
320 zu pflegen.

321 Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden durch die Gleichzeitigkeit und die Folgen der
322 Wirtschafts- und Finanzkrise, der Flüchtlingskrise und der Instabilitäten an ihren
323 Außengrenzen in besonderer Weise gefordert. Die Akzentuierung nationaler Belange in
324 einigen Mitgliedstaaten wirkt hier zusätzlich verstärkend. Der Erfolg des europäischen
325 Projekts und die weitere Vertiefung der Integration bedürfen deshalb des fortgesetzten
326 Engagements aller Mitgliedstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger und des
327 Bewusstseins um den gemeinsamen Sicherheits- und Wohlstandsgewinn oder -verlust.

328 Die innereuropäischen Herausforderungen betreffen auch den Bereich der Sicherheit und
329 Verteidigung, in dem unverändert national organisierte Streitkräfte unter dem Druck der

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

330 Schuldenkrise und vor dem Hintergrund eines vermeintlich friedlichen Umfelds in den
331 vergangenen Jahren stark verkleinert wurden. Andere Staaten außerhalb der EU haben
332 dagegen in diesem Zeitraum erheblich investiert und werden dies weiter tun.

333 Europa wird bedeutende Anstrengungen unternehmen müssen, um ökonomisch und
334 technologisch führend zu bleiben und Gesellschaften weltweit als Vorbild und Orientierung
335 zu dienen. Nur wenn es gelingt, interne Bruchlinien zu überwinden, zentrifugalen Kräften
336 erfolgreich entgegenzuwirken, den Modernisierungs- und Innovationspfad beharrlich weiter
337 zu beschreiten und damit die innere Kohäsion und Einigkeit der EU nachdrücklich zu
338 stärken, wird diese auch in Zukunft stabilisierende Wirkung auf unsere Nachbarschaft
339 entfalten. Insofern gilt es, sämtliche Möglichkeiten des Vertrags von Lissabon zu nutzen.

340

341 **2.2. Herausforderungen für die deutsche Sicherheitspolitik**

342 Deutschlands Sicherheitspolitik steht vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen neuer
343 Qualität. Diese unterscheiden sich hinsichtlich der Intensität möglicher Schäden, der
344 Unmittelbarkeit ihrer Einwirkung auf unsere Sicherheit und der Langfristigkeit ihrer
345 Folgewirkungen. Charakteristisch ist ihre Dynamik durch wechselseitige Verstärkung.
346 Zugleich ist unter den Bedingungen der Globalisierung der Faktor geographische
347 Entfernung von abnehmender Relevanz.

348 Insgesamt wird das Gefährdungsspektrum für unsere Sicherheit breiter, vielfältiger und
349 unberechenbarer.

350 **a. Transnationaler Terrorismus**

351 Die Herausforderung durch den transnationalen Terrorismus besteht weltweit, ist nicht auf
352 einzelne Staaten oder Regionen beschränkt und nimmt in der Tendenz zu. Transnational
353 operierende Terrororganisationen und Netzwerke profitieren von Staatszerfallsprozessen,
354 die ihnen Rückzugs- und in Einzelfällen sogar Herrschaftsräume verschaffen. Sie nutzen
355 soziale Medien und digitale Kommunikationswege, um Ressourcen zu generieren,
356 Anhänger zu gewinnen, ihre Propaganda zu verbreiten und Anschläge zu planen. Sie
357 verfügen zunehmend über die Fähigkeit, Ziele mit Cyberfähigkeiten anzugreifen oder
358 chemische, möglicherweise künftig auch biologische und radioaktive Substanzen bei einem
359 Anschlag einzusetzen. Darüber hinaus bedienen sie sich krimineller Methoden, um sich zu
360 finanzieren und ihre Handlungsfähigkeit auch überregional auszubauen. Ihre Finanzströme
361 lassen sich nur schwer nachverfolgen und unterbinden.

362 Neben Al Qaida und seinen Regionalorganisationen, deren Terror weiterhin auch auf
363 westliche Ziele wirkt, hat sich in Teilen des Nahen Ostens der IS mit staatsähnlichen
364 Strukturen festgesetzt. Er zielt aktuell auf Territorialpräsenz und Machtprojektion im
365 gesamten Nahen und Mittleren Osten sowie in Nordafrika zur Verwirklichung seines
366 archaisch intoleranten sogenannten Kalifats ab. Bereits jetzt trägt er zudem seine
367 menschenverachtende Ideologie und seinen Terror auch auf unseren Kontinent und in
368 unsere Gesellschaft.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

369 Unsere offene, freie und auf Respekt vor Vielfalt gründende Gesellschaft ist diesem Terror
370 Feind und Anschlagziel.

371 Terroristische Anschläge stellen die unmittelbarste Herausforderung für unsere Sicherheit
372 dar. Dieses Risiko nimmt durch die Radikalisierung von Sympathisanten sowie die
373 Rückkehr sogenannter „Foreign Fighters“ nach Deutschland weiter zu und bewegt sich an
374 den Grenze zwischen innerer und äußerer Sicherheit.

375 Die effektive Bekämpfung des transnationalen Terrorismus erfordert daher enge nationale
376 und internationale, europäische und transatlantische Zusammenarbeit. Hierzu bedarf es
377 des Einsatzes politischer, rechtlicher, nachrichtendienstlicher, polizeilicher und militärischer
378 Mittel. Neben der Gefahrenabwehr sind umfassende Maßnahmen notwendig, um bei der
379 Auseinandersetzung mit den ideologischen, fanatisiert religiösen, gesellschaftlichen und
380 sozio-ökonomischen Ursachen von Radikalisierung und Terrorismus erfolgreich zu sein.
381 Radikalem Denken und Handeln muss auch in unserer eigenen Gesellschaft begegnet
382 werden.

383 b. Herausforderungen aus dem Cyber- und Informationsraum

384 Die sichere und gesicherte sowie freie Nutzung des Cyber- und Informationsraums ist
385 elementare Voraussetzung staatlichen und privaten Handelns in unserer globalisierten
386 Welt. Die wachsende und sämtliche Lebensbereiche durchdringende Digitalisierung mit
387 ihrer fortschreitenden Vernetzung von Individuen, Organisationen und Staaten prägt in
388 einzigartiger Weise die Chancen unserer Gegenwart und Zukunft. Sie macht Staat,
389 Gesellschaft und Wirtschaft jedoch zugleich besonders verwundbar für Cyberangriffe und
390 erfordert unmittelbare Gefahrenabwehr.

Cyber- und Informationsraum

Informationen, ihre Verteilung, Wahrnehmung und Interpretation sind kritische Faktoren und Ressourcen in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Der Informationsraum ist der Raum, in dem Informationen generiert, verarbeitet, verbreitet, diskutiert und gespeichert werden. Der Cyberraum ist ein zentrales Medium zur Informationsvermittlung, -übermittlung sowie zur Informationsverarbeitung und als solcher Bestandteil des Informationsraums. Er umfasst alle durch das Internet und digitalen Datennetze verbundenen oder über Datenschnittstellen über territoriale Grenzen hinweg weltweit erreichbaren Informationssysteme und -strukturen.

391 Nicht nur die Quantität, vor allem die Qualität der Bedrohung hat sich spürbar gewandelt.
392 Die technische Weiterentwicklung von einfachen Viren hin zu komplexen, schwer
393 erkennbaren Attacken (sogenannte „Advanced Persistent Threats“) stellt einen
394 Qualitätssprung in der Bedrohungslage dar.

395 Da der Zugang zu Software mit hohem Schadenspotenzial auch aufgrund von Proliferation
396 vergleichsweise leicht und günstig ist, sind die für Cyberangriffe notwendigen Mittel nicht
397 auf Staaten begrenzt. Auch terroristische Gruppierungen, kriminelle Organisationen und
398 versierte Einzelpersonen können potenziell mit geringem Aufwand erheblichen Schaden
399 anrichten. Damit stoßen Bemühungen um die Schaffung international verbindlicher
400 Regelwerke oder vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen an enge Grenzen.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

- 401 Das Spektrum der Bedrohungen im Cyber- und Informationsraum reicht vom Diebstahl und
402 Missbrauch persönlicher Daten oder der Wirtschaftsspionage über die Schädigung
403 kritischer Infrastrukturen mit schwerwiegenden Folgen für die Zivilbevölkerung bis hin zur
404 Störung oder Unterbindung der Regierungs- sowie der militärischen
405 Führungskommunikation.
- 406 Cyberangriffe auf Staaten und kritische Infrastrukturen sind schon lange keine Fiktion
407 mehr, sondern Realität. Zahlreiche Vorfälle in ähnlich entwickelten und digitalisierten
408 Partnerländern und Streitkräften in den letzten Jahren belegen dies. Zwar können
409 vereinzelt Vorgehensmuster erkannt werden, jedoch sind die modernen Hochwertangriffe
410 meist maßgeschneidert auf das jeweilige Zielsystem.
- 411 Eine besondere Herausforderung für offene und pluralistische Gesellschaften ist die
412 Nutzung der digitalen Kommunikation zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung –
413 angefangen mit der unerkannten, gezielten Steuerung von Diskussionen in sozialen
414 Netzwerken bis hin zur Manipulation von Informationen auf Nachrichtenportalen. Bereits
415 jetzt kommt diesem Vorgehen als Element hybrider Kriegführung zentrale Bedeutung zu.
- 416 Angriffe aus dem Cyber- und Informationsraum sind leicht zu tarnen. Dies erschwert,
417 verbunden mit der qualitativen und quantitativen Akteursvielfalt, die eindeutige Zuordnung
418 von Angriffen. Damit stehen die in konventionellen Verteidigungsfragen gängigen
419 Instrumente der Abschreckung vor besonderen Herausforderungen.
- 420 Die Auswirkungen von Cyberangriffen können denen bewaffneter Auseinandersetzungen
421 entsprechen und in die „nicht-virtuelle Welt“ eskalieren. Zwar ist auf absehbare Zeit nicht
422 davon auszugehen, dass es zu einem ausschließlich im Cyber- und Informationsraum
423 ausgetragenen zwischenstaatlichen Konflikt kommt, bereits heute sind jedoch Operationen
424 im Cyber- und Informationsraum Bestandteil kriegerischer Auseinandersetzungen. Diese
425 Tendenz wird sich absehbar erheblich verfestigen.
- 426 Insgesamt hat sich der Cyber- und Informationsraum damit zu einem internationalen und
427 strategischen Handlungsraum entwickelt, der so gut wie grenzenlos ist. Dieser wird künftig
428 weiter an Bedeutung gewinnen.
- 429 Somit ist neben der Klärung der Anwendbarkeit des Völkerrechts die Erhöhung unserer
430 Reaktionsfähigkeit und Resilienz sowie die Prävention und Abwehr von Cyberangriffen und
431 Informationsoperationen unverzichtbar. Dies umfasst auch kohärente und abgestimmte
432 Strategien im Bündnis sowie in der EU.
- 433 Innere und äußere Sicherheit fallen in wenigen Bereichen so eng zusammen wie im
434 Cyberraum. Die Bedrohungslage im Cyberraum erfordert eine ganzheitliche Betrachtung
435 im Rahmen der Cybersicherheitspolitik. Die Wahrung der Cybersicherheit und -
436 verteidigung ist somit eine gesamtstaatliche Aufgabe, die gemeinsam zu bewältigen ist.
437 Dazu gehört auch der gemeinsame Schutz der kritischen Infrastrukturen. Die
438 Konkretisierung der Aufgabenwahrnehmung erfolgt im Rahmen der Fortschreibung der
439 Cybersicherheitsstrategie, die unter Federführung des Bundesministeriums des Innern
440 erarbeitet wird. Verteidigungsaspekte der gesamtstaatlichen Cybersicherheit sind originäre
441 Aufgaben des Bundesministeriums der Verteidigung und der Bundeswehr, während die

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

442 Gesamtverantwortung für die internationale Cybersicherheitspolitik beim Auswärtigen Amt
443 liegt.

444 Dabei ist Cybersicherheit in Deutschland der anzustrebende Zustand der IT-
445 Sicherheitslage, in welchem die Risiken, die Deutschland aus dem Cyberraum erwachsen,
446 auf ein tragbares Maß reduziert sind. Cyberabwehr, Cyberverteidigung und
447 Cybersicherheits- sowie -außenpolitik sind Mittel zum Erreichen dieses Zielzustandes.

448 **c. Zwischenstaatliche Konflikte**

449 Die Renaissance klassischer Machtpolitik, die auch den Einsatz militärischer Mittel zur
450 Verfolgung nationaler Interessen vorsieht und mit erheblichen Rüstungsanstrengungen
451 einhergeht, erhöht die Gefahr gewaltsamer zwischenstaatlicher Konflikte – auch in Europa
452 und unserer Nachbarschaft, wie das Beispiel des russischen Vorgehens in der Ukraine
453 zeigt.

454 Zunehmend militärisch unterlegte Gestaltungsansprüche erstarkender Staaten bei
455 gleichzeitig fortbestehenden Territorialkonflikten sowie das Streben nach regionaler
456 Vormachtstellung gefährden die Stabilität des internationalen Systems. Zudem wird das
457 Eskalationsrisiko zwischenstaatlicher Konflikte in dem Maße steigen, wie nationalistische
458 Stimmungen an Bedeutung gewinnen und instrumentalisiert werden.

459 Darüber hinaus wenden nicht-staatliche, aber gerade auch staatliche Akteure Methoden
460 hybrider Kriegführung an. Diese beinhaltet den Einsatz militärischer Mittel unterhalb der
461 Schwelle eines konventionellen Krieges. Hybrides Vorgehen zielt dabei auf die subversive
462 Unterminierung eines anderen Staates ab. Der Ansatz verbindet verschiedenste zivile und
463 militärische Mittel und Instrumente in einer Weise, dass die eigentlichen aggressiven und
464 offensiven Zielsetzungen erst in der Gesamtschau der Elemente erkennbar werden.

465 Hybride Bedrohungen verlangen nach hybrider Analysefähigkeit und
466 Verteidigungsbereitschaft sowie entsprechender Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit.
467 Dies hat maßgebliche Auswirkungen auf den Charakter und unser Verständnis von
468 Landes- und Bündnisverteidigung im 21. Jahrhundert.

Hybride Bedrohungen

Offene pluralistische und demokratische Gesellschaften bieten vielfache Angriffsflächen und sind damit in besonderem Maße durch hybride Aktivitäten verwundbar. Alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens können zum Ziel hybrider Angriffe werden: durch Cyberangriffe und Informationsoperationen (zum Beispiel Propaganda), wirtschaftlichen und finanziellen Druck sowie Versuche zur politischen Destabilisierung. Gleichzeitig können (para-)militärische Elemente, verdeckt operierende Spezialkräfte, Subversion oder reguläre Streitkräfte eingesetzt werden. Staatliche und nichtstaatliche Akteure können gleichermaßen hybride Kriegführung betreiben.

Hybrides Vorgehen verwischt die Grenze zwischen Krieg und Frieden, kann gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstoßen. Dabei wird die Rolle als Angreifer und Konfliktpartei gezielt verschleiert. Dies soll die sofortige und entschlossene Reaktion des angegriffenen Staates und der internationalen Gemeinschaft verzögern oder ganz verhindern.

Grundlegende Voraussetzung für die eigene Reaktions- und Handlungsfähigkeit ist daher ein funktionierendes Frühwarnsystem. Dieses fußt seinerseits auf einem präzisen und flexiblen Indikatorenset

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

sowie umfassend ausgeprägter Analysefähigkeit. Erfolgreiche Prävention gegen hybride Gefährdungen erfordert staatliche und gesamtgesellschaftliche Resilienz – und damit umfassende Verteidigungsfähigkeit.

Die effektive Vernetzung relevanter Politikbereiche erhöht wesentlich die Aussichten erfolgreicher Resilienzbildung zur Abwehr hybrider Bedrohungen. Hierzu gehören auch besserer Schutz kritischer Infrastrukturen, Abbau von Verwundbarkeiten im Energiesektor, Fragen des Zivil- und des Katastrophenschutzes, effiziente Grenzkontrollen, eine polizeilich garantierte innere Ordnung und schnell verlegbare, einsatzbereite militärische Kräfte. Politik, Medien und Gesellschaft sind gleichermaßen gefragt, wenn es darum geht, Propaganda zu entlarven und ihr mit faktenbasierter Kommunikation entgegenzutreten.

469 **d. Fragile Staatlichkeit und schlechte Regierungsführung**

470 Zahlreiche Staaten sind durch Legitimitätsdefizite, schlechte Regierungsführung, schwache
471 Strukturen, ungleiche Teilhabe an gesellschaftlichem Wohlstand, Korruption bei gleichzeitig
472 geringer Wirtschaftsleistung gekennzeichnet. Fragile oder gescheiterte Staaten können
473 den Schutz ihrer inneren und äußeren Sicherheit nur eingeschränkt aufrechterhalten. Der
474 Schutzverpflichtung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern kommen sie nicht oder nur
475 bedingt nach. Die Erosion staatlicher Strukturen bietet für parastaatliche und terroristische
476 Organisationen Rückzugsgebiete, begünstigt organisierte Kriminalität, Menschenhandel
477 sowie illegalen Waffenhandel und schafft damit Räume, die sich der internationalen
478 Ordnung entziehen. Diese Einflussgrößen tragen vielfach wesentlich zu krisenhaften
479 Entwicklungen weltweit bei – so auch auf dem afrikanischen Kontinent und im Nahen und
480 Mittleren Osten.

481 Politische, ethnische, religiöse sowie konfessionelle Auseinandersetzungen und
482 Bürgerkriege prägen das internationale Sicherheitsumfeld in einem Krisenbogen von
483 Nordafrika über die Sahelzone, das Horn von Afrika, den Nahen und Mittleren Osten bis
484 nach Zentralasien. Das erhebliche Bevölkerungswachstum und die Erschöpfung natürlicher
485 Ressourcen werden diese Zusammenhänge in Zukunft weiter verstärken. Konflikte durch
486 machtpolitische Rivalitäten zwischen nach Hegemonie strebenden Regionalmächten,
487 interkonfessionelle Gegensätze wie zwischen Sunniten und Schiiten sowie
488 Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Religion und Staat verschärfen die Lage.
489 Dies gilt insbesondere dann, wenn religiöser Fanatismus dazu führt, dass der Staat nicht
490 nur abgelehnt, sondern aktiv bekämpft wird.

491 Diese Instabilität in der europäischen Nachbarschaft ist ein unmittelbares Risiko für das
492 Entstehen möglicher Rückzugsräume für weltweit operierende Terrornetzwerke und
493 krimineller Schleuserstrukturen sowie für die globale Energie- und Ressourcenversorgung
494 und den internationalen Handelsverkehr. Sie besitzt daher zentrale Relevanz für unsere
495 Sicherheit.

496 Unserer Sicherheitspolitik muss es darum gehen, in den betroffenen Regionen legitime
497 politische Strukturen zu stärken und widerstandsfähiger zu machen. Die Früherkennung
498 und Verhinderung von Staatszerfall sowie die Stabilisierung fragiler oder zerfallender
499 Staaten erfordern einen vernetzten Ansatz, der zeitnah und substanziell die geeigneten
500 außen- und sicherheitspolitischen Instrumente der Prävention und der Krisenbewältigung
501 mobilisieren kann.

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

502 **e. Weltweite Aufrüstung und Proliferation von Massenvernichtungswaffen**

503 Machtansprüche wirtschaftlich erstarkender Akteure und regionale Spannungen schlagen
504 sich auch in regionalen Rüstungswettläufen nieder.

505 Aufrüstung kann die Stabilität des internationalen Systems und mittelbar auch die
506 Sicherheit Europas und Deutschlands gefährden. Konventionelle Aufrüstung kann
507 militärische Gleichgewichte auf regionaler und globaler Ebene verändern und das Risiko
508 gewaltsamer zwischenstaatlicher Konflikte erhöhen. Die Entwicklung neuer Technologien,
509 die von geltenden Rüstungskontrollregimen noch nicht erfasst werden, kann diese
510 Tendenz erheblich verstärken.

511 Gerade mit der Proliferation nuklearer, biologischer und chemischer Kampfmittel sind
512 unkalkulierbare Risiken verbunden. Dies gilt umso mehr, wenn damit die Entwicklung oder
513 Verbreitung von Trägermitteln einhergeht. Zudem könnten terroristische Netzwerke in den
514 Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen.

515 Wirksame Rüstungskontrolle, Transparenz und Vertrauensbildung sowie eine restriktive
516 Rüstungsexportpolitik bleiben Voraussetzung, Mittel und Grundlage friedlicher
517 Streitbeilegung und Abrüstung. Die technologischen Sprünge und strategischen
518 Entwicklungen verlangen hier ständige Anpassungen.

519 **f. Gefährdung der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und
520 Handelslinien und Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung**

521 Prosperität unseres Landes und Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger hängen auch
522 künftig wesentlich von der ungehinderten Nutzung globaler Informations-,
523 Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie gesicherter Rohstoff-
524 und Energiezufuhr ab. Eine Unterbrechung des Zugangs zu diesen globalen öffentlichen
525 Gütern zu Lande, zur See, in der Luft sowie im Cyber-, Informations- und Weltraum birgt
526 erhebliche Risiken für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und den Wohlstand unserer
527 Bevölkerung. Neben terroristischen Anschlägen kommen dabei Piraterie, politische,
528 wirtschaftliche oder militärische Zwangsmaßnahmen ebenso als mögliche Ursachen in
529 Betracht wie Staatszerfall und regionale Krisen. Die wachsenden Investitionen
530 verschiedener Staaten in Fähigkeiten, die Dritten den Zugang zu bestimmten Regionen
531 verwehren sollen („Anti Access/Area Denial“), sind dabei von besonderer Relevanz.

532 Angesichts der Vielzahl potenzieller Ursachen und Angriffsziele muss Deutschland mit
533 seinen Verbündeten und Partnern flexibel Elemente seines außen- und
534 sicherheitspolitischen Instrumentariums einsetzen, um Störungen oder Blockaden
535 vorzubeugen oder diese zu beseitigen.

536 **g. Klimawandel**

537 Der Klimawandel als globaler Trend beeinflusst bereits heute die Lebensbedingungen von
538 Hunderten Millionen Menschen. Klimatische Veränderungen haben zudem signifikante und
539 existenzbedrohende Folgen für zahlreiche Staaten und ihre Bevölkerungen. Die Frage des

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

540 Zugangs zu Wasser und anderen limitierten Lebensgrundlagen wird für immer mehr
541 Staaten und Regionen zur existenziellen Gefährdung und gewinnt deshalb an
542 sicherheitspolitischer Relevanz - mittelbar auch für Deutschland.

543 Klimatische Veränderungen werden in Verbindung mit Ressourcenknappheit und
544 demographischem Wachstum insbesondere in Regionen fragiler Staatlichkeit zusätzlich
545 destabilisierend und konfliktverstärkend wirken. Mangelnde staatliche
546 Kompensationsfähigkeit kann dabei eine Abwärtsspirale beschleunigen. Staatsversagen,
547 gewaltsame Auseinandersetzungen und Migrationsbewegungen – zumeist entlang bereits
548 bestehender gesellschaftlicher Konfliktlinien – wären die Folge.

549 Deutschland setzt sich daher dafür ein, Klimawandel als sicherheitspolitisches Thema in
550 internationalen Organisationen und Foren wie den VN, der EU und den G7 zu verankern.
551 In den kommenden Jahren gilt es, Klimafragen noch systematischer in das deutsche
552 Engagement zur Krisenprävention und Stabilisierung zu integrieren und den
553 Resilienzaufbau potenziell betroffener Regionen zu fördern.

554 **h. Unkontrollierte und irreguläre Migration**

555 Bewaffnete Konflikte, Verfolgung und Vertreibung, widrige wirtschaftliche, soziale oder
556 ökologische Rahmenbedingungen sowie Armut oder Hunger bringen weltweit Menschen
557 dazu, ihre Heimat zu verlassen. In Herkunfts- und Transitstaaten nutzen Organisierte
558 Kriminalität sowie terroristische Netzwerke die Notlage betroffener Menschen aus, um
559 wirtschaftlichen Profit zu erzielen oder neue Kämpfer zu rekrutieren.

560 Europa und besonders Deutschland sind attraktive Ziele für Migranten und Flüchtlinge.
561 Durch das auf absehbare Zeit fortbestehende Wohlstandsgefälle zwischen Europa und
562 seinen Nachbarregionen sowie die Folgen anhaltender gewaltsamer Konflikte besteht in
563 den kommenden Jahrzehnten ein wachsendes Migrationspotenzial.

564 Migration an sich ist kein Risiko für die Sicherheit Deutschlands. Im Gegenteil: unser Land
565 ist aufgrund seiner demographischen Entwicklung auf reguläre Zuwanderung angewiesen.

566 Dauerhafte Flüchtlingsbewegungen sowie unkontrollierte und irreguläre Migration können
567 jedoch Sicherheitsrisiken sowohl für die unmittelbar betroffene Region, als auch für Europa
568 und Deutschland mit sich bringen. Aufnahmekraft und Integrationsfähigkeit können
569 überfordert werden, Instabilität kann die unmittelbare Folge sein. Flüchtlingsbewegungen
570 als Folge gewaltsamer Auseinandersetzungen können zudem zur regionalen Ausbreitung
571 derartiger Konflikte führen.

572 Die Bekämpfung der Ursachen für Flucht und unregelmäßige Migration muss als gemeinsame
573 Anstrengung der internationalen Gemeinschaft mit den Herkunfts- und Transitstaaten
574 erfolgen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Versorgung von Binnenflüchtlingen und
575 Flüchtlingen in den Aufnahmestaaten der unmittelbaren Nachbarschaft zu.

576 Deutschland nimmt seine Verantwortung für die Bewältigung der humanitären Folgen von
577 Flüchtlingsbewegungen wahr. Die Steuerung und Gestaltung der internationalen Migration

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

578 kann allerdings nur eingebettet in eine funktionierende europäische Strategie und Praxis
579 Wirkung entfalten.

Radikalisierungspotenzial als Folge mangelnder Entwicklungsperspektiven in rasch wachsenden Gesellschaften

Zahlreiche sich entwickelnde Gesellschaften zeichnen sich durch einen überproportional hohen Anteil junger Bevölkerung aus. Diese jungen Menschen suchen nach Perspektiven – für die eigene Entwicklung, für wirtschaftliche Sicherheit und soziale Integration.

Arbeit ermöglicht soziale Teilhabe, gesellschaftliche Integration und Selbstbestätigung und ist damit ein wesentlicher Kitt für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Integration in die Erwerbsarbeit verleiht dem Leben der Menschen innere und äußere Struktur. Probleme bei der Erwerbsintegration und die frühe Erfahrung von Arbeitslosigkeit sowie die daraus häufig erwachsende Perspektivlosigkeit können Nährboden für Gewalt und Radikalisierung sein. Die Arbeitsmarktintegration junger Menschen ist daher eng mit Gewaltprävention verbunden und ein Schlüsselfaktor auch für unsere Sicherheit.

Weltweit ist das Arbeitsloskeitsrisiko von unter 25-Jährigen fast dreimal so hoch wie das Älterer. In einigen Ländern sind bis zu zwei Drittel der jungen Menschen nur unvollständig oder gar nicht in das Erwerbsleben integriert.

Gerade im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika ist die ausgesprochen schwierige Erwerbssituation vor allem der männlichen Jugend eine Ursache für den Zulauf zu radikalen Gruppierungen. Dies kann zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht nur in den jeweiligen Staaten, sondern auch in angrenzenden und weiter entfernten Regionen führen.

Die immensen gesellschaftlichen Kosten der Jugendarbeitslosigkeit und die aus ihr erwachsenden Gefährdungen für die öffentliche Sicherheit erfordern es umso mehr, alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte zu mobilisieren, um möglichst präventiv entgegenwirken zu können. Die Unterstützung einer zielgruppenspezifischen und erfolgreichen Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik in den betroffenen Ländern bringt potenziell eine "doppelte Dividende": einerseits einen Beitrag zu individueller Entwicklung und volkswirtschaftlichem Wohlergehen, andererseits einen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit.

Unser vernetzter Ansatz wird daher künftig noch stärker als bisher arbeitsmarktpolitische Aspekte berücksichtigen. Sozioökonomische Faktoren, die Perspektivlosigkeit zur Folge haben und damit die Entstehung von Sicherheitsproblemen begünstigen, werden stärker als bislang als integraler Bestandteil von Wirtschaftsförderung, Infrastrukturmaßnahmen sowie ausbildungs- und arbeitsmarktpolitischer Initiativen verstanden. Im Fokus stehen dabei Regionen, deren fragile Stabilität sich direkt oder indirekt auf die Sicherheitslage in Europa und in Deutschland auswirken kann.

580 **i. Pandemien und Seuchen**

581 Das Wachstum der Weltbevölkerung in Verbindung mit zunehmender globaler Mobilität
582 fördert die weltweite Verbreitung von Krankheiten und Seuchen sowie den Ausbruch von
583 Pandemien.

584 Bereits das lokale und begrenzte Auftreten besonders ansteckender Erreger kann
585 Strukturen überfordern und den Zusammenbruch medizinischer Versorgung oder
586 staatlicher Ordnung bewirken. Regionale Destabilisierung kann die Folge sein. Gleichzeitig
587 besteht das Risiko der regionalen oder globalen Verbreitung von Erregern.

588 Dies birgt über die unmittelbare Gefahr für die Menschen hinaus systemische Risiken. Sie
589 können durch die Überlastung nationaler und internationaler Gesundheitsversorgung, der
590 massiven Störung transnationaler Verkehrs- und Wirtschaftssysteme sowie aus der

2. Deutschlands sicherheitspolitisches Umfeld

591 faktischen Quarantäne betroffener Gebiete entstehen. Die schnelle und bedarfsgerechte
592 Bereitstellung von Material und Fachpersonal in schwierig zugänglichen Gebieten, aber
593 auch die wirksame Prävention durch Aufklärung und Gesundheitsschutz vor Ort stellen
594 große Herausforderungen dar.

595 Neben den Gesundheitsrisiken vor Ort können Erreger auch nach Deutschland gelangen
596 und die Bevölkerung gefährden. Unser Gesundheitssystem kann in solchen Fällen vor
597 immense Herausforderungen gestellt werden, die mit erheblichen wirtschaftlichen
598 Folgekosten einhergehen.

599 Deutschland unterstützt die Prävention und Bewältigung derartiger humanitärer
600 Herausforderungen insbesondere auch mit der Optimierung der Koordinierungs- und
601 Krisenmanagementfähigkeiten der multilateralen Organisationen, wie der WHO. Ein
602 wichtiger Beitrag hierzu ist der Aufbau eines Kontingents an Ärzten und medizinischem
603 Fachpersonal auf nationaler und europäischer Ebene zur schnellen Verlegung in
604 Krisengebiete.

3. Deutschlands strategische Prioritäten

605 **3. Deutschlands strategische Prioritäten**

606 Deutschlands strategische Prioritäten formulieren auf Basis unserer Werte und Interessen
607 sowie im Spiegel der Herausforderungen den sicherheitspolitischen Handlungsanspruch
608 unseres Landes. Sie bilden die Voraussetzung für die Bestimmung von Gestaltungsfeldern
609 auf nationaler und internationaler Ebene als Schwerpunkte des deutschen
610 sicherheitspolitischen Engagements. Damit konkretisieren die strategischen Prioritäten,
611 was Deutschland zur Wahrung seiner Interessen im sicherheitspolitischen Umfeld leisten
612 will und wofür es dabei bereit ist, Verantwortung und Führung zu übernehmen.

613

614 **3.1. Gewährleistung gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge**

615 Innere und äußere Sicherheit sind nicht mehr trennscharf voneinander abzugrenzen.
616 Störungen und Gefährdungen bewegen sich vielfach an deren Schnittstelle. Sie nehmen
617 gezielt Verwundbarkeiten unserer offenen und global vernetzten Gesellschaft ins Visier.

618 Unter diesen Rahmenbedingungen bedarf es wirksamer gesamtstaatlicher
619 Sicherheitsvorsorge. Hierzu zählen der Schutz der Souveränität und Unversehrtheit des
620 deutschen Staatsgebiets und seiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Rettung in Not
621 geratener deutscher Staatsangehöriger im Ausland.

622 Für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge ist die Stärkung von Resilienz und Robustheit
623 unseres Landes gegenüber aktuellen und zukünftigen Gefährdungen von besonderer
624 Bedeutung. Dabei gilt es, die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen, Bürgerinnen
625 und Bürgern sowie privaten Betreibern kritischer Infrastruktur, aber auch den Medien und
626 Netzbetreibern zu intensivieren. Das Miteinander aller in der gemeinsamen
627 Sicherheitsvorsorge muss selbstverständlich sein.

Resilienz

Gefährdungen für Staat und Gesellschaft sind unter den Bedingungen des aktuellen und künftigen Sicherheitsumfelds nur eingeschränkt vorhersehbar. Klassische Herausforderungen wie die militärische Bedrohung unseres Territoriums durch Streitkräfte anderer Staaten sind gegenüber diffusen und nur schwer zuzuordnenden hybriden Gefährdungen in den Hintergrund getreten. Angreifer nutzen in wachsendem Maße die Möglichkeiten, die sich aus Globalisierung, Technologisierung und Digitalisierung ergeben, um unsere offenen Gesellschaften zu attackieren. Die Landes- und Bündnisverteidigung ist dabei keineswegs obsolet geworden – im Gegenteil: Sie wird einen anderen Charakter annehmen müssen.

Auch künftig werden sich Herausforderungen kontinuierlich verändern und Angreifer gezielt nach Verwundbarkeiten in unserem offenen System suchen. Dabei nutzen sie zudem die Möglichkeiten des technischen Fortschritts, um unerkannt zu bleiben. Vor dem Hintergrund des dynamischen Sicherheitsumfelds und dieser Attributionsproblematik gewinnt der Aufbau von Resilienz zunehmend an Bedeutung. Neben einem wirkungsvollen Beitrag zur Abschreckung strebt Resilienz auch den Ausbau der Widerstands- und Adaptionfähigkeit von Staat und Gesellschaft gegenüber Störungen, etwa durch Umweltkatastrophen, schwerwiegende Systemfehler und gezielte Angriffe, an. Ziel ist es, Schadensereignisse absorbieren zu können, ohne dass die Funktionsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt wird. Der Ausbau der Gesamtresilienz ist dabei das Produkt der fortschreitenden Resilienzbildung in den genannten Bereichen.

3. Deutschlands strategische Prioritäten

628 **3.2. Stärkung von Zusammenhalt und Handlungsfähigkeit in**
629 **Nordatlantischer Allianz und Europäischer Union**

630 Deutschlands Sicherheit ist untrennbar mit der seiner Verbündeten in NATO und EU
631 verbunden. Für die Sicherheit Europas ist das transatlantische Bündnis unverzichtbar. Nur
632 gemeinsam mit den USA kann sich Europa wirkungsvoll gegen die Bedrohungen des 21.
633 Jahrhunderts verteidigen und glaubwürdige Abschreckung gewährleisten. Deutschland,
634 das sich im Kalten Krieg über fast vierzig Jahre auf die Solidarität und Einsatzbereitschaft
635 der Bündnispartner verlassen konnte, sieht sich in der Pflicht und Verantwortung, zur
636 solidarischen und kollektiven Verteidigung beizutragen.

637 Bündnissolidarität ist Teil deutscher Staatsräson.

638 Die Festigung des Zusammenhalts und die Stärkung der Handlungsfähigkeit von NATO
639 und EU sind für Deutschland von herausragender Bedeutung. Um gemeinsames Handeln
640 zu ermöglichen, setzen wir uns aktiv für den Ausgleich gegensätzlicher Interessen ein und
641 sind bereit, Verantwortung und Führung zu übernehmen. Die kontinuierliche Anpassung an
642 das sich wandelnde Sicherheitsumfeld, die enge Verzahnung und fortschreitende
643 Integration europäischer Streitkräfte, die Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO
644 sowie das kohärentere Zusammenwirken zwischen NATO und EU sind dabei vorrangig.
645 Darüber hinaus verfolgt Deutschland weiter das Ziel einer Sicherheitsordnung, die
646 sämtliche Staaten des europäischen Kontinents einbezieht.

647

648 **3.3. Ungehinderte Nutzung von Informations-, Kommunikations-,**
649 **Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie die Sicherheit der**
650 **Rohstoff- und Energieversorgung**

651 Unsere Wirtschaft ist ebenso auf gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale
652 Transportwege angewiesen wie auf funktionierende Informations- und
653 Kommunikationssysteme.

654 Die Sicherheit maritimer Versorgungswege und die Garantie der Freiheit der Hohen See
655 sind für eine stark vom Seehandel abhängige Exportnation wie Deutschland von
656 herausragender Bedeutung. Störungen unserer Versorgungslinien durch Piraterie,
657 Terrorismus und Regionalkonflikte können Auswirkungen auf den Wohlstand unseres
658 Landes haben.

659 Auch Weltraumsicherheit entwickelt sich für die Staatengemeinschaft zu einem zentralen
660 Faktor. Raumfahrtanwendungen und insbesondere Satellitensysteme sind elementarer
661 Bestandteil unserer kritischen Infrastruktur. Von ihnen hängt die nationale und
662 internationale Kommunikation und Navigation in allen Dimensionen entscheidend ab.

663 Deutschland muss sich daher für die ungehinderte Nutzung der Land-, Luft- und
664 Seeverbindungen ebenso wie des Cyber-, Informations- und Weltraums einsetzen. Die
665 fortlaufende Überprüfung und Weiterentwicklung ordnungsstiftender Vereinbarungen und
666 Institutionen ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe.

3. Deutschlands strategische Prioritäten

667 **3.4. Frühzeitiges Erkennen, Vorbeugen und Eindämmen von Krisen und**
668 **Konflikten**

669 Krisen, Konflikte, Staatenzerfall und humanitäre Notlagen wirken sich auf unmittelbar
670 betroffene Staaten und Regionen, mittelbar aber auch auf Deutschland und Europa aus. Je
671 früher Krisen und Konflikten durch präventive Maßnahmen begegnet wird, desto größer ist
672 die Chance, eine Eskalation zu verhindern und Stabilität zu erreichen.

673 Deutschland muss sich entsprechend seiner Betroffenheit und Möglichkeiten an der
674 Prävention, Stabilisierung und Nachsorge von Krisen und Konflikten beteiligen. Dazu
675 bedarf es eines vorausschauenden, umfassenden und nachhaltigen Ansatzes, der auch
676 zivilgesellschaftliche und kulturelle Faktoren einbezieht. Prävention hat grundsätzlich
677 Vorrang. Nachhaltige Prävention und Stabilisierung gelingen nur auf der Grundlage lokaler
678 und regionaler Eigenverantwortung. Der Stärkung guter Regierungsführung und der
679 Achtung der Menschenrechte in den betreffenden Staaten kommt dabei herausgehobene
680 Bedeutung zu.

681 Voraussetzung für unser wirksames und frühes Engagement ist Krisenfrüherkennung.
682 Diese muss nationale und internationale, staatliche und nichtstaatliche Expertise zu einem
683 aussagekräftigen Gesamtbild zusammenführen. Dabei gilt es sowohl innovative Wege und
684 Ansätze (von „need-to-know“ zu „need-to-share“), als auch Instrumente und Methoden zu
685 nutzen, die es ermöglichen, die unterschiedlichsten Informationen zu bündeln, zu
686 analysieren und auszuwerten (etwa „Big Data“ und „Advanced Analytics“).

Ertüchtigung unserer Partner zur Krisenprävention und -bewältigung

Die krisenhaften Entwicklungen in Europa, in seiner Nachbarschaft und auch darüber hinaus betreffen Deutschlands Sicherheit direkt und indirekt. Aus schwachen oder gescheiterten Staaten erwachsen zahlreiche Herausforderungen, deshalb kommt der Wiederherstellung oder Schaffung legitimer und tragfähiger staatlicher Strukturen große Bedeutung zu.

Dabei reichen Anstrengungen zur Krisenbewältigung nicht aus, um den Ursachen dieser Entwicklungen erfolgreich zu begegnen. Unser Fokus liegt daher auf präventiven Maßnahmen, um Konflikte und Krisen nach Möglichkeit frühzeitig zu entschärfen und Interessengegensätze dauerhaft auszugleichen. Erfolgreiche Krisenprävention ist nur im Verbund mit regionalen und lokalen Akteuren möglich. Zahlreiche Partner in betroffenen Regionen sind zwar bereit, sich gemeinsam mit uns für Stabilität und Entwicklung zu engagieren, allerdings mangelt es diesen vielfach an den notwendigen Fähigkeiten. Unser Ertüchtigungsansatz zielt daher darauf ab, Staaten und Regionalorganisationen in fragilem Umfeld zur eigenständigen Übernahme von Sicherheitsverantwortung in einem umfassenden Sinne zu befähigen. In dem Maß wie regionale und lokale Akteure gestärkt werden, kann das deutsche und internationale Engagement in Krisenregionen angepasst und langfristig vermindert werden.

Die Bundesregierung stellt hierfür 2016 im Bundeshaushalt erstmals Mittel bereit, die gemeinsam vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium der Verteidigung bewirtschaftet werden. Finanziert werden damit Maßnahmen in der Krisenprävention, -bewältigung und -nachsorge; sie können ziviler oder militärischer Natur sein. Ertüchtigung umfasst die drei Elemente Beratung, Ausbildung und Ausrüstung. Bezüglich des Exports von Rüstungsgütern gelten dabei die allgemeinen Verfahren. Der Dreiklang aus Beratung, Ausbildung und Ausrüstung trägt dem Umstand Rechnung, dass materielle Unterstützung allein keine langfristigen Ertüchtigungseffekte gewährleisten kann. Daher wird diese durch flankierende Maßnahmen zur Beratung und Ausbildung ergänzt und möglichst in einen umfassenden Ansatz eingebettet, der Maßnahmen zur Stärkung guter Regierungsführung und zur Reform des Sicherheitssektors beinhaltet.

3. Deutschlands strategische Prioritäten

Das deutsche bilaterale Unterstützungsengagement erfolgt komplementär zu entsprechenden Ansätzen von EU und NATO.

687

688 **3.5. Engagement für die regelbasierte internationale Ordnung**

689 Deutschland gestaltet die regelbasierte internationale Ordnung mit und trägt zu deren
690 Fortentwicklung bei. Erst diese normen- und wertebasierte internationale Ordnung
691 ermöglicht Staaten und Menschen Sicherheit und freie Entfaltung. Sie erlaubt freien und
692 gerechten Handel. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts schafft
693 dauerhaften Frieden und Stabilität.

694 Besonderes Augenmerk gilt der weltweiten Durchsetzung des Völkerrechts und der
695 universellen Geltung und Beachtung der Menschenrechte. Im Mittelpunkt stehen dabei
696 Modernisierung und Stärkung der globalen und regionalen Organisationen, wie der VN, der
697 EU, der NATO und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)
698 sowie weiterer Regionalorganisationen. Gleiches gilt für europäische und globale
699 abrüstungs- und rüstungskontrollpolitische Regime.

700 Normen und Regeln entfalten jedoch nur dann ihre volle Wirkung, wenn Verstöße
701 wirkungsvoll sanktioniert werden. In diesem Zusammenhang ist das Instrumentarium
702 wirtschaftlicher und personenbezogener Sanktionen zu verfeinern und zielorientierter
703 auszurichten. Darüber hinaus setzt sich Deutschland für die Stärkung der internationalen
704 Strafverfolgung und Gerichtsbarkeit ein.

705

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

706 **4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands**

707 Unsere Sicherheitsvorsorge beginnt in Deutschland. Synchronisiertes und vernetztes
708 sicherheitspolitisches Handeln auf nationaler Ebene und die Abstimmung und
709 Weiterentwicklung unserer Instrumente sind hierfür zentral.

710 Unsere Sicherheitsvorsorge wird auf internationaler Ebene ergänzt. Nationale und
711 internationale Gestaltungsfelder sind komplementär und synergetisch zu gestalten.

712 Abgeleitet aus unseren Interessen, dem Sicherheitsumfeld und unseren strategischen
713 Prioritäten ergeben sich für alle Gestaltungsfelder folgende grundlegende Anforderungen
714 an unser Handeln:

715 ■ *Globaler Horizont für die deutsche Sicherheitspolitik:* Deutschlands
716 sicherheitspolitischer Horizont ist global. Dieser umfasst ausdrücklich auch den Cyber-,
717 Informations- und Weltraum.

718 ■ *Agil und flexibel gegenüber Bekanntem und Unvorhersehbarem:* Angesichts der
719 Bandbreite möglicher Herausforderungen ist unser sicherheitspolitisches
720 Instrumentarium entsprechend agil und flexibel auszugestalten und anzuwenden.

721 ■ *Resilient gegen direkte Angriffe und indirekte Einflussnahme:* Staat, Wirtschaft und
722 Gesellschaft müssen ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen, um
723 Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhalten und sich robust gegen Gefährdungen zur
724 Wehr zu setzen.

725

726 **4.1. Nationale Gestaltungsfelder**

727 Unser Engagement für Sicherheit und Stabilität des internationalen Umfelds trägt immer
728 auch zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge unseres Landes bei. Beides erfordert
729 Strategiefähigkeit und Zukunftsorientierung sowie gleichzeitig eine nachhaltige
730 Ressourcenausstattung und Vernetzung unseres sicherheitspolitischen Instrumentariums.

731 **a. Strategiefähigkeit fördern und ausbauen**

732 Unsere sicherheitspolitischen Mittel und Instrumente sind umfangreich und vielfältig.
733 Dennoch sind sie begrenzt. Es bedarf strategischer Entscheidungen, ob, wann und in
734 welchem Maße sich Deutschland engagiert. Deswegen wird der Ausbau unserer
735 Strategiefähigkeit konsequent weiterverfolgt. Dabei geht es auch um die Entwicklung von
736 Kriterien, die Messbarkeit und Evaluierung ermöglichen.

737

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

738 Die ressortübergreifende Strategieentwicklung der Bundesregierung wird gefördert und
739 ausgebaut, indem

740 ■ der Bundessicherheitsrat sich unter Wahrung des Ressortprinzips kontinuierlicher mit
741 strategischen Fragen und daraus resultierenden Gefahrenszenarien befasst, um seine
742 Rolle als strategischer Impulsgeber weiter zu stärken;

743 ■ Prioritäten des Krisenmanagements der Bundesregierung und gemeinsame
744 Handlungsansätze für konkrete Krisenlagen in geeigneten [(z.B. nach dem Vorbild der
745 Staatssekretärsrunden Afghanistan)] ressortübergreifenden Gremien abgestimmt
746 werden;

747 ■ die Kompetenzen in den Bereichen strategische Vorausschau, Steuerung und
748 Evaluierung ausgebaut und miteinander verknüpft werden. Dies ermöglicht, zukünftige
749 Entwicklungen frühzeitiger zu erkennen, schneller wirkungsorientierte Maßnahmen zu
750 ergreifen und durch institutionalisiertes Lernen die Handlungs- und Adaptionfähigkeit
751 weiter zu erhöhen;

752 ■ strategische Dokumente regelmäßig aktualisiert, aufeinander abgestimmt und
753 möglichst mit messbaren Kriterien versehen werden. Dies gewährleistet strategische
754 Kontinuität und Kohärenz; unsere Reaktions- und Handlungsfähigkeit wird weiter
755 gesteigert. Die Bundesregierung wird u.a. ein Nachfolgedokument für den Aktionsplan
756 Zivile Krisenprävention von 2004 vorlegen.

757 **b. Sicherheit nachhaltig gestalten**

758 Die nachhaltige Wahrung von Sicherheitsinteressen ist eine Generationenverantwortung.
759 Nachhaltige Sicherheit bedeutet, gleichermaßen die Sicherheit von Staaten, Menschen und
760 nachfolgenden Generationen, sowie die vielfältigen Zusammenhänge zwischen
761 Entwicklung und Sicherheit zu verknüpfen.

762 Mit der bereits eingeleiteten Trendumkehr in der perspektivischen Ressourcenausstattung
763 kann – bei entsprechender Verstetigung – die deutsche Außen-, Sicherheits-,
764 Verteidigungs- und Entwicklungspolitik den bekannten und zu erwartenden
765 Herausforderungen gerecht werden. Eine flexible und nachhaltige Ausrichtung
766 gewährleistet die schnelle Reaktion auch auf schwer absehbare Ereignisse und daraus
767 erwachsende Gefährdungen. Nur so ist der notwendige Schutz der Menschen in
768 Deutschland plan- und gestaltbar.

769 Damit unsere Sicherheitspolitik auch künftig über die benötigten, möglichst vielfältigen
770 Handlungsoptionen verfügt, wird die Bundesregierung in den mit außen- und
771 sicherheitspolitischen Aufgaben betrauten Ressorts insbesondere

772 ■ den Personalumfang,

773 ■ die Personalentwicklung durch Investitionen in fachliche Qualifizierung sowie
774 internationalen Expertise-Aufbau und

775 ■ den Aufbau, Erhalt und Förderung der erforderlichen Fähigkeiten, nationaler
776 Schlüsseltechnologien sowie materieller Ausstattung

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

777 strategisch anlegen und im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen
778 bedarfsgerecht nachhaltig finanzieren.

779 **c. Vernetzten Ansatz weiterentwickeln**

780 Der vernetzte Ansatz ist zentrale Richtschnur unseres Regierungshandelns. Dabei verfügt
781 unser Land über vielfältige Kompetenzen und Instrumente, die zur Bewältigung innerer und
782 äußerer Herausforderungen eingesetzt werden.

783 Angesichts des sich rasant verändernden Sicherheitsumfelds und des zunehmenden
784 Ineinandergreifens von innerer und äußerer Sicherheit gilt es, den vernetzten Ansatz
785 weiterzuentwickeln und in der Umsetzung zu optimieren, indem

786 die Bundesregierung ihre politischen Arbeits- und Entscheidungsstrukturen zu den
787 zentralen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik stärkt und damit eine
788 noch effektivere Umsetzung politischer Vorgaben in präventives und kohärentes
789 Regierungshandeln sichert. [Der Bundessicherheitsrat hat in dieser Struktur eine
790 herausgehobene zentrale Rolle;

791 geeignete ressortübergreifende Gremien (z.B. nach dem Vorbild der
792 Staatssekretärsrunden Afghanistan) Prioritäten des Krisenmanagements der
793 Bundesregierung und gemeinsame Handlungsansätze für konkrete Krisenlagen
794 abstimmen;]

795 Lagezentren auf strategischer und operativer Ebene die verfügbaren Informationen
796 vernetzen, teilen und für die politische Ebene bündeln. Die Analyse- und
797 Bewertungsfähigkeit der Bundesregierung wird hierdurch auf eine breitere Basis
798 gestellt;

799 der Personalaustausch zwischen den Ressorts intensiviert wird. Expertiseaufbau und
800 Informationsfluss werden damit auf allen Ebenen gefördert;

801 gemeinsame Ausbildung und Übungen von staatlichen und zivilen Akteuren für das
802 Handeln im gesamten Krisenzyklus gefördert werden. Die umfassende
803 Zusammenarbeit auf Grundlage wechselseitigen Verständnisses wird damit weiter
804 verbessert.

805 **d. Sicherheitsvorsorge und Resilienz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**
806 **vorantreiben**

807 Zwar bleibt absolute Sicherheit für die Menschen in Deutschland unerreichbar, eine
808 umfassend gestaltete Sicherheitspolitik vermag aber Gefährdungen zu vermindern.
809 Deshalb muss entschlossene Sicherheitsvorsorge gesamtstaatlich konzipiert und geleistet
810 werden. Sie umfasst Gefahrenabwehr und Verteidigung, organisiert diese gegenüber
811 Gefährdungen der inneren und äußeren Sicherheit gleichermaßen und gewichtet die
812 Ressourcen mit Weitblick und Augenmaß.

813 Das Aufgabenspektrum reicht von der Landes- und Bündnisverteidigung bis zum Zivil- und
814 Katastrophenschutz. Dabei ist es für die Sicherheit in unserem Land erforderlich, die

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 815 Wehrverfassung und Staatspraxis so zu leben und auszufüllen, dass sie mit den
816 Anforderungen des Sicherheitsumfelds Schritt halten kann.
- 817 Sicherheitsvorsorge ist nicht nur eine staatliche, sondern wird immer mehr zu einer
818 gemeinsamen Aufgabe von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Ein
819 gemeinsames Risikoverständnis ist die Grundlage für den Aufbau von
820 gesamtgesellschaftlicher Resilienz.
- 821 Dabei verbindet Staat und Wirtschaft bereits eine vertrauensvolle Sicherheitspartnerschaft,
822 die vom Schutz kritischer Infrastrukturen bis zum Wirtschaftsschutz reicht. Erhalt und
823 Schutz von Kenntnissen und Fähigkeiten in sicherheitspolitisch relevanten Bereichen –
824 insbesondere Schlüsseltechnologien – sind hier auch zukünftig von zentraler Bedeutung.
- 825 Die Bundesregierung wird die nationale Sicherheitsvorsorge umfassender ausrichten,
826 indem sie
- 827 ■ Schutzziele fortlaufend identifiziert und anpasst;
 - 828 ■ die Planungen zur zivilen Verteidigung (Aufrechterhaltung der Staats- und
829 Regierungsfunktionen, Zivilschutz, Versorgung, Unterstützung der Streitkräfte) mit dem
830 Ziel vorantreibt, Verfahren der Krisenbewältigung zu harmonisieren;
 - 831 ■ einen gesamtgesellschaftlichen Dialog zu den Erfordernissen künftiger
832 Sicherheitsvorsorge an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik institutionalisiert;
 - 833 ■ die Sicherheitspartnerschaft von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft durch
834 regelmäßigen Austausch intensiviert und
 - 835 ■ diese prioritär im Bereich des Cyber- und Informationsraums umsetzt, unter anderem
836 indem im Rahmen der Fortschreibung der Cybersicherheitsstrategie für Deutschland
837 präventive Maßnahmen stärker betont sowie ganzheitlich betrachtet und angegangen
838 werden. Ergänzend wird die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ausgebaut,
839 insbesondere mit unseren Partnern in NATO und EU.

Resilienzaufbau

Resilienzaufbau erfordert die Bereitschaft zur kontinuierlichen und flexiblen Weiterentwicklung der bestehenden (Infra-)Strukturen und Verfahren. Dem Aufbau entsprechender Kapazitäten zur frühzeitigen und präventiven Identifizierung von Verwundbarkeiten kommt dabei zentrale Bedeutung zu. In diesem Zusammenhang bedarf es des begleitenden Dialogs über die Grenzen von Sicherheit und das akzeptable Risikoniveau für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Transparenz in der Kommunikation zwischen allen Parteien, die gleichzeitig dem sensiblen Charakter spezifischer Informationen Rechnung trägt, muss leitendes Prinzip sein.

Risiken bestehen gleichermaßen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die materielle Infrastruktur von Staat und Wirtschaft ist ebenso Angriffsziel wie die öffentliche Meinung, die vielfach Versuchen externer Einflussnahme ausgesetzt ist. Nachhaltige Resilienzbildung in unserem offenen und demokratischen System ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gesellschaftlicher Selbstschutz und Selbsthilfe im Schadensfall ergänzen dabei staatliche und unternehmerische Vorsorge- und Bewältigungsmaßnahmen.

In dem Maße, in dem die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ihrem Charakter und ihren Wirkungen nach grenzüberschreitend sind und die wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Staaten, Gesellschaften und Volkswirtschaften weiter steigen, bedarf es darüber hinaus der Resilienzbildung im Verbund mit unseren Verbündeten und Partnern. Die wechselseitige Verschränkung sämtlicher Maßnahmen zur Resilienzbildung auf allen Ebenen folgt dabei der Erkenntnis, dass verbesserte Resilienz auf internationaler Ebene auch der

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

nationalen Sicherheitsvorsorge zu Gute kommt.

840 e. Verantwortung für Stabilität und Sicherheit des internationalen Umfelds 841 übernehmen

842 Mit frühzeitigem und umfassendem Handeln wirkt Deutschland auf internationaler Ebene
843 darauf hin, Konfliktursachen zu beseitigen sowie den Aufbau von tragfähigen Institutionen
844 und Strukturen zur friedlichen Konfliktaustragung zu fördern. Krisenprävention,
845 Stabilisierung und Friedenskonsolidierung erfordern maßgeschneiderte Instrumente. Der
846 Sicherheitssektorreform und der Förderung von Rechtsstaatlichkeit sowie demokratischer
847 Strukturen kommt dabei in allen Konfliktphasen besondere Bedeutung zu. Den enormen
848 Herausforderungen, die mit der nachhaltigen Stabilisierung fragiler, scheiternder und
849 gescheiterter Staaten verbunden sind, wird Deutschland mit strategischer Beharrlichkeit
850 begeben.

851 In unserem vernetzten Ansatz ergänzen sich zivile und militärische Instrumente. Vorrang
852 hat die Ausrichtung auf präventive Problemlösung.

853 Dabei kommt unserem Engagement zur Befähigung von Partnern, Konflikte selbständig zu
854 bewältigen und für ihre nationale und regionale Sicherheit zu sorgen, besondere
855 Bedeutung zu. Im Vordergrund stehen Ausbildung sowie Unterstützung und Beratung beim
856 Kapazitätsaufbau.

857 Dieser Ertüchtigungsansatz ist die konsequente Weiterentwicklung unserer präventiven
858 Sicherheitspolitik.

859 Auch in Zukunft wird es aber immer wieder Situationen geben, in denen erst ein robustes,
860 völkerrechtlich legitimes militärisches Eingreifen der Diplomatie den Weg zu
861 akzeptablen politischen Lösungen freimacht.

862 Deutschland wird diesem Gesamtansatz zur Stabilisierung seines internationalen Umfelds
863 folgen, indem es

- 864 ■ den Aufbau legitimer und tragfähiger staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen durch
865 außen-, entwicklungspolitische und polizeiliche Mittel sowie Instrumente aus Recht und
866 Justiz unterstützt. Die Gewährleistung menschlicher Sicherheit sowie die Möglichkeit zu
867 selbstbestimmter und nachhaltiger Entwicklung sind dabei gleichrangige Ziele;
- 868 ■ diplomatische Mittel zur Vermeidung, Eindämmung oder Beendigung von Gewalt,
869 Krisen und Konflikten einsetzt und zusätzliche Verantwortung bei politischen
870 Prozessen, beispielsweise durch Mediation, übernimmt;
- 871 ■ militärische Mittel im gesamten Aufgaben- und Intensitätsspektrum von
872 Beobachtermissionen über humanitäre Einsätze bis zur robusten Friedenserzwingung
873 vorhält;
- 874 ■ Ressourcen vorhält, die sicherstellen, dass im Anschluss an militärische Einsätze
875 Stabilisierung und Wiederaufbau die Ergebnisse des Einsatzes nachhaltig sichern;
- 876 ○ die Entscheidungsprozesse an immer kürzere Reaktionszeiten und die Erfordernisse
877 multilateraler Handlungsfähigkeit anpasst;

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

878 ■ zivile Expertenteams aufstellt, die frühzeitig und mit kurzem zeitlichen Vorlauf in
879 Krisengebiete entsandt werden können und somit unsere Reaktions- und
880 Deeskalationsfähigkeit erhöhen.

Menschliche Sicherheit

Mit der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung hat die Weltgemeinschaft 2015 erstmals ganz ausdrücklich den untrennbaren Zusammenhang von Frieden und Sicherheit mit nachhaltiger Entwicklung und der Geltung der Menschenrechte anerkannt. Frieden und Sicherheit entstehen nur in und zwischen rechtstaatlichen und inklusiven Gesellschaften mit guter Regierungsführung und leistungsfähigen Institutionen. Eine partnerschaftliche Weltordnung, die gerechte Gestaltung von Globalisierung, der Einsatz für die universelle Geltung der Menschenrechte, der Kampf gegen extreme Armut und Hunger und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen damit alle Menschen in ihrer Heimat die Chance auf ein Leben in Würde haben, das Schaffen menschlicher Sicherheit weltweit, all das ist auch eine Frage unserer nationalen Sicherheit.

881

882 **4.2. Internationale Gestaltungsfelder**

883 **a. Deutschland in den Vereinten Nationen**

884 Die Vereinten Nationen auch in Fragen der Konfliktprävention, Friedenserhaltung und -
885 konsolidierung das einzige globale Forum. Ihre Charta bildet die völkerrechtliche
886 Grundlage unserer Weltordnung. Der Sicherheitsrat der VN trägt die Hauptverantwortung
887 für die Wahrung des Weltfriedens und die internationale Sicherheit.

888 Das erweiterte Verständnis von Sicherheit hat für die VN zentrale Bedeutung und findet
889 seinen Ausdruck unter anderem

890 ■ in der Wahrung der Menschenrechte;

891 ■ in der Sorge um nachhaltige Entwicklung;

892 ■ in friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen;

893 ■ im Kampf gegen Hunger, Armut, weltweite Pandemien, Krankheiten und Drogenhandel;

894 ■ im Schutz des Klimas, der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.

895 Die bisherigen friedensichernden und -schaffenden Instrumente der VN bieten keine
896 ausreichenden Antworten und Lösungen mehr, etwa auf die Risiken und Konsequenzen
897 fragiler Staatlichkeit, Konflikte mit massiven Verbrechen an der Zivilbevölkerung und
898 asymmetrische Bedrohungen durch Terrorismus, Cyberangriffe oder Subversion. Im
899 Bereich der Friedensmissionen stellt der Wandel von klassischen VN-Einsätzen der
900 Waffenstillstandsbeobachtung hin zu komplexen multidimensionalen Missionen mit zum
901 Teil robusten Mandaten die VN vor erhebliche personelle, finanzielle, logistische und
902 konzeptionelle Herausforderungen.

903 Es ist deshalb vorrangiges Ziel deutscher Politik, das System der VN durchsetzungsfähiger
904 zu machen, die VN weiter zu stärken und zur effizienteren Wahrnehmung ihrer Aufgaben
905 zu befähigen.

906

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

907 Deutschland wird weiterhin dazu beitragen, die VN für die zunehmend komplexer und
908 vielschichtiger werdenden Aufgaben aufzustellen, indem insbesondere

909 die Reaktionsfähigkeit der VN gestärkt wird. Die Empfehlungen des „Peace Operations
910 Review“ haben hierzu die Weichen gestellt;

911 im Rahmen der Umsetzung der VN-Sicherheitsratsresolution 1325 die Partizipation von
912 Frauen in allen Phasen des Konfliktzyklus gestärkt und der Schutz von Frauen und
913 Kindern in Konflikten verbessert wird;

914 das deutsche Engagement, u.a. durch Stärkung materieller und personeller Beiträge zu
915 und Übernahme von Führungsverantwortung in VN-Missionen (zivil, polizeilich,
916 militärisch) und im VN-Sekretariat ausgebaut wird;

917 Missionen der VN mit zivilen und militärischen Hochwertfähigkeiten unterstützt werden;

918 die Fähigkeit der VN zur Bewältigung von internationalen Spannungen aufgrund von
919 Zwischenfällen im Cyberraum anknüpfend an die Ergebnisse der Group of
920 Governmental Experts (GGE) gestärkt wird;

921 die Übernahme zusätzlicher Verantwortung im Rahmen politischer Prozesse, z.B.
922 durch Mediatoren, Beiträge zur Prävention und zum Krisenmanagement ergänzt wird;
923 das Fernziel einer Sicherheitsratsreform konsequent vorangebracht wird. Nur in einer
924 Zusammensetzung, die der Weltordnung des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt, kann
925 der Sicherheitsrat seine Legitimität dauerhaft sichern. Deutschland ist weiterhin bereit,
926 gemeinsam mit seinen G-4 Partnern Brasilien, Japan und Indien nach einer Reform des
927 Sicherheitsrates auch als ständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrates mehr
928 Verantwortung zu übernehmen.

929

930 b. Deutschland in der Nordatlantischen Allianz

931 Die Nordatlantische Allianz ist unverzichtbarer Garant deutscher, europäischer und
932 transatlantischer Sicherheit. Sie verbindet Nordamerika und Europa in einer ebenso
933 politischen wie militärischen Organisation, die Ausdruck transatlantischer
934 Wertepartnerschaft ist. Die NATO gewährleistet seit mehr als sechs Jahrzehnten die
935 territoriale Unversehrtheit und nationale Souveränität ihrer Mitgliedstaaten. Sie ist Ausdruck
936 des gemeinsamen Bekenntnisses, die eigenen Werte gegen jede Bedrohung zu schützen,
937 und garantiert das unverzichtbare Engagement der USA für die Sicherheit Europas.
938 Aufgrund dieses besonderen Charakters bleibt die NATO Anker und zentraler
939 Handlungsrahmen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ihre Stärkung dient
940 zugleich der Festigung unserer transatlantischen Partnerschaft.

941 Referenzpunkte für die Weiterentwicklungen der Allianz unter den sicherheitspolitischen
942 Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts bleiben ihre drei Kernaufgaben: kollektive
943 Verteidigung, Krisenmanagement und kooperative Sicherheit.

944 Kollektive Verteidigung

945 Die NATO ist ein Bündnis kollektiver Verteidigung. Deutschland kann sich im Falle eines
946 bewaffneten Angriffs auf den Beistand seiner Alliierten in Europa und Nordamerika

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

947 verlassen. Umgekehrt können alle unsere Bündnispartner auf den Beistand Deutschlands
948 bauen. Dabei ist unerheblich, gegen wen und aus welcher Richtung ein möglicher Angriff
949 erfolgt.

950 Wirksame kollektive Verteidigung ist angesichts der Rückkehr von Gewalt und
951 Gewaltandrohung in die europäische Politik sowie der Instabilitäten in der Nachbarschaft
952 des Bündnisgebietes von existenzieller Bedeutung. Dies gilt erst recht unter den
953 Bedingungen weltweiter Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Trägermitteln
954 sowie der umfassenden Aufrüstung in zahlreichen Staaten. Gegenüber äußeren
955 Bedrohungen setzt die Allianz auch künftig vorrangig auf Abschreckung. Hierzu erhält und
956 entwickelt das Bündnis ein aufeinander abgestimmtes strategisches Spektrum aus
957 nuklearen und konventionellen Fähigkeiten, einschließlich der Flugkörperabwehr.

958 Die Verteidigungsplanung der Allianz wird von der Stärkung der Fähigkeiten zur
959 Abschreckung, Bündnisverteidigung und Rückversicherung bei gleichrangiger
960 Bereitstellung von Fähigkeiten zum Krisenmanagement bestimmt. Dies erfordert die
961 systematische Anpassung des Verteidigungsdispositivs der Allianz und ihrer
962 Mitgliedstaaten. Deutschland wird sich hier auch künftig im Bewusstsein seiner
963 Verantwortung und Leistungsfähigkeit umfassend einbringen.

964 Solange nukleare Waffen ein Mittel militärischer Auseinandersetzungen sein können,
965 besteht die Notwendigkeit zu nuklearer Abschreckung fort. Die strategischen
966 Nuklearfähigkeiten der Allianz, insbesondere die der USA, sind der ultimative Garant der
967 Sicherheit ihrer Mitglieder. Die NATO ist weiterhin ein nukleares Bündnis. Deutschland
968 bleibt über die nukleare Teilhabe in die Nuklearpolitik und die diesbezüglichen Planungen
969 der Allianz eingebunden. Dies geht einher mit dem Bekenntnis Deutschlands zu dem Ziel,
970 die Bedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen. Die Allianz hat sich dieses
971 im Strategischen Konzept von 2010 zu Eigen gemacht.

972 Eine wesentliche und auch für die kollektiv geschützte Sicherheit unseres Landes wichtige
973 Aufgabe der Allianz ist aufgrund der zunehmenden Verbreitung von
974 Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen, vor allem an der südlichen
975 Peripherie des Bündnisgebietes, der Aufbau einer Flugkörperabwehr zum Schutz der
976 Bevölkerung ihrer europäischen Mitgliedstaaten.

977 Gleichzeitig stellt sich das Bündnis auf asymmetrische und hybride Bedrohungen,
978 einschließlich Cyberangriffe, ein. Das Merkmal hybrider Kriegführung, die Verwischung der
979 Grenze zwischen Krieg und Frieden, stellt dabei besondere Herausforderungen an die
980 Feststellung des Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrags.

981 Internationales Krisenmanagement

982 Deutschland misst der Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Allianz zur Abwehr
983 und Bewältigung von Herausforderungen, welche die Sicherheit des Bündnisses und
984 seiner Mitgliedstaaten gefährden können, weiterhin große Bedeutung zu. Ihr Erhalt
985 gewährleistet zudem, dass die NATO auch zur Führung von Operationen im Auftrag der
986 internationalen Gemeinschaft eingesetzt werden kann. Krisenmanagement-Einsätze der

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 987 Allianz dienen der aktiven Sicherheitsvorsorge: der Prävention, Eindämmung,
988 Stabilisierung und Nachsorge gewaltsamer Krisen und Konflikte. Damit nimmt die Allianz
989 ihre Verantwortung als euroatlantische Sicherheitsorganisation mit globalem Horizont wahr.
- 990 Die Stabilisierungseinsätze der Allianz, zum Beispiel in Afghanistan und auf dem Balkan,
991 zeigen, dass Eindämmung und Bewältigung von Konflikten in einem komplexen
992 Sicherheitsumfeld ein langfristiges und verlässliches Engagement erfordern, um
993 Stabilisierungsfortschritte zu erhalten und zu verstetigen.
- 994 Im Sinne nachhaltigen Krisenmanagements verfolgt die NATO den Ansatz, die Befähigung
995 regionaler Akteure – einzelner Nationen oder regionaler Organisationen – zu
996 eigenverantwortlicher Sicherheitsvorsorge und Stabilisierung zu stärken. Die von
997 Deutschland initiierte und auf nationaler Ebene verankerte Ertüchtigungsinitiative hat durch
998 die Defence Capacity Building Initiative Eingang in die Allianz gefunden.
- 999 Angesichts der Bedeutung funktionierender und sicherer maritimer Verkehrs- und
1000 Versorgungswege gewinnt das Thema maritime Sicherheit auch für die NATO weiter an
1001 Bedeutung.
- 1002 **Kooperative Sicherheit**
- 1003 Mit ihrer Partnerschaftspolitik unterstützt die Allianz den Stabilitätstransfer in die euro-
1004 atlantische Nachbarschaft. Zudem fördert sie die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit
1005 Partnern, die in Fragen der Sicherheit oder des Krisenmanagements die Ziele der Allianz
1006 teilen. Deutschland setzt sich nachdrücklich dafür ein, diese Partnerschaftspolitik weiter zu
1007 stärken. Dies erweitert und vertieft die Möglichkeiten zur konkreten, auch militärischen
1008 Zusammenarbeit und Interoperabilität mit Partnern außerhalb des Bündnisses.
- 1009 Individuelle Partnerschaftsprogramme dienen dazu, Staaten bei Aufbau oder Reform ihres
1010 Sicherheitssektors zu unterstützen. Dabei werden die beteiligten Partner an die NATO-
1011 Standards in den Bereichen demokratische Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit herangeführt.
1012 Zahlreichen Staaten diene die Partnerschaft mit der Allianz der Vorbereitung auf die
1013 NATO-Mitgliedschaft. Die Allianz und Deutschland bleiben dem Prinzip der freien
1014 Bündniswahl und damit der Politik der offenen Tür auf Grundlage von Art. 10 des NATO-
1015 Vertrags verpflichtet: Jeder europäische Staat, der sich zu den Grundsätzen dieses
1016 Vertrags bekennt und dazu beiträgt, die Sicherheit der Allianz zu fördern, kann zum Beitritt
1017 eingeladen werden.
- 1018 Der Ansatz kooperativer Sicherheit ist insbesondere gegenüber den Staaten von
1019 Bedeutung, die traditionell in einem komplexen Verhältnis zur Allianz stehen. Deutschland
1020 setzt sich schon lange für eine besonders kooperative Gestaltung der Beziehungen zur
1021 Russischen Föderation ein und hat maßgeblich zur Verabschiedung der NATO-Russland-
1022 Grundakte 1997 sowie der Schaffung des NATO-Russland-Rats beigetragen. Deutschland
1023 hält am langfristigen Ziel einer strategischen Partnerschaft zwischen der NATO und
1024 Russland fest. Bis auf Weiteres erfordert die derzeitige Politik der Russischen Föderation,
1025 für die beispielhaft die Annexion der Krim steht und die in ihrer aktuellen Doktrin die NATO

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1026 zur Gefahr erklärt, einen Doppelansatz: dieser besteht aus glaubwürdiger Abschreckung
1027 und Verteidigungsfähigkeit sowie aus der Bereitschaft zum Dialog.
- 1028 Ein weiteres wichtiges Element kooperativer Sicherheit stellt der aktive Beitrag der Allianz
1029 zu Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung dar.
- 1030 **Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO**
- 1031 Die Bedeutung des europäischen Pfeilers in der NATO wächst. Die europäischen
1032 Mitgliedstaaten sind gefordert, mehr Verantwortung zu übernehmen – auch im Sinne einer
1033 ausgewogeneren Lastenteilung. Gerade Deutschland übernimmt hierbei besondere
1034 Verantwortung.
- 1035 In der NATO ist eine Verstärkung der Investitionen im Verteidigungsbereich mit einer
1036 langfristigen Annäherung an das Ziel von zwei Prozent des jeweiligen
1037 Bruttoinlandsproduktes vereinbart. Deutschland bleibt diesem Ziel im Rahmen seiner
1038 finanzpolitischen Rahmenbedingungen und Ressourcen verpflichtet. Entscheidend bleibt
1039 dabei jedoch das Ergebnis des finanziellen Aufwands. Daher muss noch stärker in den
1040 Blick genommen werden, wie national investierte Mittel zur Stärkung des
1041 Fähigkeitsdispositivs der NATO beitragen. Für Deutschland ist dieses Verhältnis von
1042 Aufwand und Leistung die Richtschnur des Handelns.
- 1043 Deutschland hat das Rahmennationenkonzept in die NATO eingebracht. Europäische
1044 Mitgliedstaaten verpflichten sich dabei in einem strukturierten und verbindlichen Ansatz,
1045 ihre Fähigkeiten in multinationale Fähigkeitscluster zu stellen sowie sich auch zu größeren
1046 Verbänden zu strukturieren. Die Bundesregierung setzt sich damit für eine stärkere
1047 Relevanz und Sichtbarkeit des europäischen Fähigkeitsdispositivs in der Allianz ein.

Rahmennationenkonzept (Framework Nations Concept)

Deutschlands Bereitschaft, als Rahmennation Führungsverantwortung zu übernehmen, ist Ausdruck unseres Selbstverständnisses und unseres Gestaltungsanspruchs. In multinationalen Einsätzen ist diese Rolle bereits gelebte Praxis. Im Einsatz verfolgt sie das Ziel, anderen Nationen zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten zum Nutzen aller in einen multinationalen Verbund einzubringen.

Darüber hinaus wurde das Prinzip der Rahmennation durch Deutschland initiativ auf den Bereich der Fähigkeitsentwicklung ausgedehnt, um auch die multinationale Fähigkeitsentwicklung mit Verbündeten abzustimmen. Durch vertiefte Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis zwischen europäischen Staaten wird die Handlungsfähigkeit der Allianz weiter verbessert. Insgesamt zielt das Rahmennationenkonzept (FNC) darauf ab, die europäische Fähigkeitslandschaft zu verbessern und die europäische Säule der transatlantischen Partnerschaft weiter zu stärken.

Hierzu wurde mit dem Rahmennationenkonzept ein Instrument geschaffen, das der zielgerichteten multinationalen Fähigkeitsentwicklung Struktur und Verbindlichkeit gibt. Es bietet teilnehmenden Staaten die Möglichkeit, ihre nationalen Fähigkeitsprofile aufeinander abzustimmen. Diese Initiative erfreut sich in der NATO großer Resonanz. Deutschlands Bereitschaft, in diesem Bereich die Führung zu übernehmen, deckt sich mit der Erwartungshaltung unserer Verbündeten. Entsprechend entwickelt Deutschland, unterstützt durch die Teilnehmerstaaten, erforderliche übergreifende Steuerungselemente für die Implementierung des FNC. Insgesamt nimmt inzwischen die Mehrheit der europäischen Staaten aktiv an Umsetzung und Weiterentwicklung des Rahmennationenkonzepts teil.

Die Ausgestaltung der Zusammenarbeit erfolgt in einer Reihe von Kooperationsfeldern (sogenannte

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

Fähigkeitscluster). In diesen werden die Möglichkeiten analysiert, wie ein multinationaler Fähigkeitsaufwuchs durch die Zusammenarbeit von jeweils unterschiedlichen Partnern umgesetzt werden kann. Die Bandbreite reicht dabei von der Aufstellung gemeinsamer logistischer Unterstützungseinheiten im Einsatz über die Bereitstellung multinationaler medizinischer Behandlungseinrichtungen bis zum Aufbau gemeinsamer Ausbildungs- und Übungszentren.

Inzwischen wurde die Ausrichtung des Rahmennationenkonzepts erweitert, indem seine möglichen Beiträge zum Readiness Action Plan (RAP) geprüft werden. Dies schließt auch die langfristig geplante Aufstellung einsatzbereiter multinationaler Großverbände ein.

Insgesamt zielt das Rahmennationenkonzept mittel- bis langfristig darauf ab,

- effizientere Kräftestrukturen,
- stabile Kooperationsbeziehungen zwischen den Partnernationen und
- eine daran gekoppelte multinationale Fähigkeitsentwicklung

zu schaffen.

Mit der Entwicklung des Rahmennationenkonzepts hat Deutschland einen wesentlichen Beitrag zum europäischen Fähigkeitsaufbau übernommen und wird sich auch weiterhin aktiv für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit von NATO und EU engagieren.

1048 NATO und Europäische Union

1049 Angesichts der zentralen Verantwortung der NATO für die Sicherheit in Europa sowie der
1050 weitgehend übereinstimmenden Mitgliederstruktur kommt ihrer Beziehung zur EU eine
1051 besondere Bedeutung zu. Den zunehmend komplexen sicherheitspolitischen
1052 Herausforderungen, wie dem transnationalen Terrorismus, der Cybersicherheit und
1053 hybriden Bedrohungen lässt sich nur mit einem umfassenden, vernetzten Ansatz
1054 begegnen. Die NATO mit ihrem einzigartigen, aber primär militärischen Instrumentarium,
1055 ist hierbei in besonderem Maße auf ein Zusammenwirken mit der EU und ihrer gesamten
1056 Bandbreite an nicht nur außen- und sicherheitspolitischen, sondern auch wirtschaftlichen,
1057 handels-, energie- sowie entwicklungspolitischen Instrumentarien angewiesen.

1058 Vor dem Hintergrund der begrenzten Spielräume für notwendige Erhöhungen der
1059 Wehretats kommt es darauf an, durch Arbeitsteilung, Spezialisierung und Verzahnung der
1060 Streitkräfte, rüstungsindustrielle Standardisierungen, Harmonisierung der
1061 Beschaffungszyklen, gemeinsamen Zertifizierungen für militärische Ausrüstung sowie die
1062 Entwicklung und Beschaffung gemeinsamer Fähigkeiten mehr Synergien und mehr
1063 Effektivität über komplementäre Ansätze zu erreichen und damit Wege zu einer
1064 gesamteuropäischen transatlantisch abgestimmten Fähigkeitsplanung zu suchen.

1065 Die Bundesregierung macht es sich zur Aufgabe und wird sich dafür einsetzen,

1066 • langfristig im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen die Annäherung an
1067 das Ziel von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigungsausgaben
1068 sowie gleichzeitig eine Rüstungsinvestitionsquote von zwanzig Prozent im
1069 Verteidigungsbereich anzustreben;

1070 • darauf hinzuwirken, den Fokus in der Allianz stärker auf das Verhältnis von Aufwand
1071 und Leistung in den Bereichen Personal, Material und Fähigkeitsentwicklung zu lenken;

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1072 ■ weiterhin substanzielle Beiträge zur Stärkung der Allianz im Bereich Abschreckung und
1073 kollektive Verteidigung zu leisten. Hierzu zählen zyklische Übernahme der
1074 Verantwortung als Führungsnation bei den mobilen und schnell einsatzbereiten Kräfte
1075 (u.a. im Rahmen der VJTF), Engagement im Rahmen von
1076 Rückversicherungsmaßnahmen in Fortführung oder analog zu „Persistent Presence“
1077 und „Enhanced Forward Presence“, der deutsche Beitrag zur NATO-Raketenabwehr,
1078 die nukleare Teilhabe sowie durchhaltefähige Beiträge entlang der NATO-
1079 Planungsziele. Gleichrangig wird im nationalen Kräftedispositiv die Flexibilität zur
1080 Bereitstellung von Fähigkeiten für Krisenmanagementaufgaben bewahrt;
- 1081 ■ eine stärkere europäische Fähigkeitsentwicklung und Verzahnung unter den
1082 europäischen Streitkräften durch das Rahmennationenkonzept zu befördern, um den
1083 europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken. Deutschland ist hier bereit, in Vorleistung
1084 zu treten und in einer erheblichen Breite als Rahmennation zu wirken. Dabei wird
1085 Deutschland Schlüsselfähigkeiten für seine Partner durchhaltefähig zur Verfügung
1086 stellen;
- 1087 ■ Angebote zur Unterstützung unserer östlichen Partner bei Fähigkeitsaufbau und
1088 Steigerung der Interoperabilität durch Weiterentwicklung der ursprünglich deutsch-
1089 amerikanischen Transatlantic Capability Enhancement and Training-Initiative (TACET)
1090 zu entwickeln;
- 1091 ■ Synergien mit der EU durch Harmonisierung von Streitkräfteplanungsprozessen und
1092 intensiverte gemeinsame Übungstätigkeit herzustellen sowie insbesondere bei der
1093 Abwehr von Cyber- oder hybriden Bedrohungen und im Bereich der Strategischen
1094 Kommunikation noch intensiver zu kooperieren;
- 1095 ■ Partnerschaftsinitiativen und -instrumente der Allianz auch in ihrer südlichen
1096 Nachbarschaft zu unterstützen, insbesondere zur Stärkung von Interoperabilität und zur
1097 Nutzung der Expertise der Allianz im Bereich des Aufbaus von Sicherheitsstrukturen.

1098

1099 c. Deutschland in der Europäischen Union

1100 Die Europäische Union ist konstitutiver Bestandteil der politischen Identität unseres
1101 Landes. Sie steht für politische Stabilität, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand in
1102 Deutschland und ihren Mitgliedstaaten insgesamt. Die Vertiefung der europäischen
1103 Integration ist in unserem nationalen Interesse.

1104 Gerade in Zeiten interner Krisen und zunehmender zentrifugaler Kräfte ist dieses
1105 gemeinsame Europa in besonderem Maße auf das integrationspolitische Engagement
1106 seiner Mitgliedstaaten, die demokratische Legitimation von Entscheidungen auf EU-Ebene
1107 und den Zuspruch seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Im Ringen um
1108 Geschlossenheit wird Deutschland immer wieder auch den Ausgleich suchen, um im
1109 Zusammenspiel mit den europäischen Institutionen Zentrifugalkräfte zu bändigen,
1110 zwischen widerstreitenden Positionen zu vermitteln und auf diese Weise gemeinsames
1111 Handeln zu ermöglichen. Einmal konsentiert, genießt europäische Politik eine hohe
1112 Legitimation und eine breite Resonanz.

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1113 Die Perspektive, der EU eines Tages beitreten zu können, hat über viele Jahrzehnte eine
1114 stabilisierende Wirkung entfaltet. Es liegt im fundamentalen Interesse Deutschlands,
1115 diesen Sicherheitserfolg zu konsolidieren und das Momentum der Erweiterung
1116 aufrechtzuerhalten. Voraussetzung dafür ist nicht zuletzt, dass die Europäische Union ihre
1117 Attraktivität bewahrt. Dies bedingt zugleich eine Festigung des Zusammenhalts der EU
1118 nach innen und die strikte Wahrung der Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien). Es gilt,
1119 ungeachtet einer ungewissen Zukunft die Strahlkraft des europäischen Friedensprojekts
1120 als wesentliche Voraussetzung für weltweiten Einfluss und Ansehen zu erhalten.
- 1121 Allein ein gemeinsames und starkes Europa wird in der Lage sein, die globale Ordnung im
1122 Sinne seiner Bürger effektiv mitzugestalten. Hierzu gehört, die Werte und Interessen der
1123 EU zu schützen und entschlossen für sie einzutreten – zuhause und weltweit. Die
1124 Bedeutung der EU für die Durchsetzung gemeinsamer europäischer Ziele und Interessen
1125 wird weiter zunehmen, je mehr selbst die großen europäischen Staaten, darunter auch
1126 Deutschland, im Verhältnis zu aufstrebenden Staaten in anderen Teilen der Welt an
1127 Gewicht einbüßen. Um internationale Entwicklungen nachhaltig beeinflussen zu können,
1128 haben die Staaten der EU die Erfahrung gemacht, dass die Verlagerung souveräner
1129 Teilrechte auf die europäische Ebene zu ihrem Vorteil geworden ist. Die gleichberechtigte
1130 Teilhabe aller Mitgliedstaaten an der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der EU hat
1131 dies bestätigt.
- 1132 Ein Raum gemeinsamer Sicherheit
- 1133 Die neue, globale außen- und sicherheitspolitische Strategie der EU wird wesentlich dazu
1134 beitragen, die Handlungsfähigkeit der Union in ihren Außenbeziehungen zu stärken.
1135 Deutschland hat die Erstellung dieser neuen Strategie von Beginn an aktiv begleitet und
1136 unterstützt.
- 1137 In der internationalen Sicherheitspolitik gewinnt die EU zunehmend Profil. Dabei setzt sie
1138 auf ein eng abgestimmtes und verzahntes Vorgehen mit Partnern sowie weiteren
1139 internationalen und regionalen Akteuren.
- 1140 Für den Umgang mit Instabilität und Krisen in der Nachbarschaft der EU ist die
1141 Europäische Nachbarschaftspolitik, mit ihren Partnerschafts-, Assoziierungs-, Freihandels-
1142 und Visaerleichterungs-Abkommen ein zentrales und stetig weiterzuentwickelndes
1143 Instrument.
- 1144 Dabei muss es auch um die Stärkung nationaler und regionaler Kapazitäten zur
1145 eigenverantwortlichen Sicherheitsvorsorge auf Seiten unserer Partner gehen. Das
1146 gemeinsame Handeln der EU ist bei diesem Engagement für die Befähigung unserer
1147 Partner entscheidend. Für die Ausbildung und Ausrüstung sind seitens der EU die
1148 erforderlichen Mittel bereit zu stellen.
- 1149 Die Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik und -praxis der EU ist von sicherheitspolitischer
1150 Relevanz und Wirkung, der effektive Schutz der europäischen Außengrenzen ist von
1151 zentraler Bedeutung. Darüber hinaus gilt es, in der Flüchtlings- und Migrationspolitik auf
1152 europäischer Ebene für eine faire Lastenteilung zu sorgen und zugleich im Dialog mit den

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1153 Herkunfts-, Erstaufnahme- und Transitstaaten auch zukünftig tragfähige Lösungen zu
1154 erarbeiten.
- 1155 Insgesamt liegt die besondere Stärke der EU in ihrer Fähigkeit, über viele Politikbereiche
1156 hinweg vernetzt analysieren und handeln zu können: Die Bandbreite aus zivilen und
1157 militärischen Fähigkeiten der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
1158 Verteidigungspolitik (GSVP) ist ein Alleinstellungsmerkmal, das mit dem sinnvollen
1159 Zusammenwirken von Maßnahmen der Diplomatie, der Wirtschafts-, Finanz-, Energie- und
1160 Entwicklungspolitik sowie Instrumenten aus den Bereichen Inneres, Justiz, Forschung
1161 sowie Digitalisierung seine einzigartige Wirkung entfalten kann.
- 1162 Diese Vielfalt an Möglichkeiten ist noch zu wenig aufeinander abgestimmt, wenig
1163 fokussierbar und nicht mit der nötigen Geschwindigkeit abruf- und aktivierbar. Der
1164 Charakter der gegenwärtigen und absehbaren Krisen bedarf jedoch schneller, flexibler und
1165 umfassender Reaktionen – insofern besteht Handlungsbedarf.
- 1166 Von der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Europäischen
1167 Sicherheits- und Verteidigungsunion
- 1168 Die Europäische Union hat ihre operative Handlungsfähigkeit im Bereich der GSVP in mehr
1169 als 30 Missionen auf drei Kontinenten unter Beweis gestellt. Die Mitgliedstaaten der EU
1170 haben sich zudem auf einen schrittweisen Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungspolitik
1171 der Union verständigt.
- 1172 Deutschland hat immer wieder Initiativen ergriffen – vor allem im gemeinsam mit
1173 Frankreich und Polen etablierten Konsultationsforum „Weimarer Dreieck“, – um die GSVP
1174 weiter zu entwickeln und zu vertiefen. Aber sie muss zukünftig noch besser und
1175 wirkungsvoller nutzbar werden.
- 1176 Die Europäische Union mit 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern muss in einem
1177 sicherheitspolitisch volatilen Umfeld kohärent und wirkungsvoll auftreten. Angesichts
1178 vielfältiger Herausforderungen und begrenzter nationaler Möglichkeiten ist den
1179 gegenwärtigen europäischen administrativen Schwerfälligkeiten sowie Redundanzen,
1180 Fähigkeitsdefiziten und Ineffizienzen dringend entgegenzuwirken.
- 1181 Eine Möglichkeit, um den Weg zu einer verlässlicheren Zusammenarbeit unter denjenigen
1182 voranzubringen, die diese Notwendigkeit sehen, ist die im Vertrag von Lissabon verankerte
1183 Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (Artikel 42 (6) und 46
1184 EUV). Sie stellt keinen Gegensatz zur NATO dar – im Gegenteil, sie stärkt den
1185 europäischen Pfeiler in der NATO und bestärkt die europäische Bereitschaft, ihren Anteil
1186 an der Verantwortung verlässlich und dauerhaft zu übernehmen.
- 1187 Die GSVP umfasst die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der
1188 Union. Dies soll zu einer gemeinsamen Verteidigung führen. In diesem Sinne schulden die
1189 Mitgliedstaaten einander nach der EU-Beistandsklausel im Vertrag von Lissabon im Falle
1190 eines bewaffneten Angriffs auf Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats alle in ihrer Macht
1191 stehende Hilfe und Unterstützung. Art. 42 (7) EUV ist zum ersten Mal in der Geschichte der

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1192 EU nach den Terroranschlägen in Paris im November 2015 von Frankreich aufgerufen
1193 worden.
- 1194 Insgesamt werden die sicherheitspolitischen Interessen der EU langfristig angesichts der
1195 geopolitischen Verschiebungen und der weltweiten demographischen Entwicklungen nur
1196 mit einem größeren Maß an Gemeinsamkeit durchsetzbar sein und die Länder Europas so
1197 ihr politisches Gewicht wahren können.
- 1198 Als Fernziel strebt Deutschland eine gemeinsame Europäische Sicherheits- und
1199 Verteidigungsunion an.
- 1200 Auf dem Weg zu dieser setzen wir
- 1201 ☒ erstens auf die konsequente Umsetzung der Aufträge der Europäischen Räte 2013 und
 - 1202 2015 zur schrittweisen, konkreten Weiterentwicklung der GSVP;
 - 1203 ☒ zweitens auf die Nutzung aller durch den Lissaboner Vertrag eröffneten Möglichkeiten,
 - 1204 wie z.B. der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit;
 - 1205 ☒ drittens auf das engmaschige und vielfältige bi- und multilaterale verteidigungs- und
 - 1206 militärpolitische Beziehungsgeflecht der EU-Mitgliedstaaten untereinander;
 - 1207 ☒ und viertens auf die Initiativen zum Ausbau der Fähigkeiten der Europäer in der NATO
 - 1208 („Europäischer Pfeiler in der NATO“).
- 1209 In diesem Sinn sind vor allem drei Bereiche der GSVP auszugestalten und auf tatsächliche
1210 Nutzbarkeit, Mehrwert und Wirkung zu fokussieren:
- 1211 ☒ Weiterentwicklung ihrer Strukturen;
 - 1212 ☒ Integration ziviler und militärischer Fähigkeiten und
 - 1213 ☒ Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie.
- 1214 Ausgehend von den Anforderungen von NATO und EU müssen die EU Staaten eine
1215 Harmonisierung ihrer Fähigkeitsentwicklung mit dem Ziel eines interoperablen, kohärenten
1216 und umfassenden europäischen Fähigkeitsprofils vorantreiben. Europa muss seine
1217 begrenzten Ressourcen gezielter und effizienter einsetzen.
- 1218 Wir streben daher an, Partner zu einem gemeinsamen Fähigkeitsaufbau und -ausbau in
1219 Europa zu gewinnen und werden die Schließung der Fähigkeitslücken über multinationale
1220 Lösungen oder Projekte der Europäischen Verteidigungsagentur weiter vorantreiben.
- 1221 Die Schwerpunkte liegen hierbei zunächst auf unbemannten Luftfahrzeugen,
1222 Luftbetankung, Satellitenkommunikation, Cyberabwehr und -verteidigung. Deutschland
1223 bietet sich weiterhin als Rahmennation und Partner für multilaterale Projekte an und ist
1224 bereit, diesen Ansatz konsequent zu verfolgen.
- 1225 Zur Stärkung der Reaktions- und Einsatzfähigkeit der EU im zivilen und militärischen
1226 Bereich streben wir mittelfristig ein ständiges zivil-militärisches operatives Hauptquartier
1227 und damit eine zivil-militärische Planungs- und Führungsfähigkeit an, die in dieser Weise
1228 noch nicht in den EU-Mitgliedstaaten vorhanden ist.
- 1229

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1230 **Stärkung der Verteidigungsindustrie in Europa**
- 1231 Europa braucht eine eigene leistungs- und wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie,
1232 wenn es gemeinsam sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen will. Allerdings ist
1233 die Verteidigungsindustrie in Europa nach wie vor vorwiegend national ausgerichtet und
1234 stark fragmentiert. Naturgemäß begrenzte Verteidigungshaushalte und verstärkte
1235 internationale Konkurrenz stellen die Verteidigungsindustrie in Europa in ihrer Gesamtheit
1236 vor große Herausforderungen.
- 1237 Dies hat Folgen sowohl für die Verteidigungsbranche als auch für die Staaten in Europa:
1238 Nachteile im internationalen Wettbewerb, eine unbefriedigende Kostenstruktur in den
1239 Programmen und daraus resultierend höhere Belastungen für die nationalen
1240 Verteidigungsetats.
- 1241 Im Ergebnis ist eine weitergehende Restrukturierung und Konsolidierung der
1242 Verteidigungsindustrien in Europa erforderlich. Dies liegt in erster Linie in der
1243 Verantwortung der Unternehmen. Die Bundesregierung wird die erforderlichen Prozesse im
1244 Rahmen ihrer Möglichkeiten begleiten und flankieren. Deutschland setzt dabei verstärkt auf
1245 eine europäische Zusammenarbeit bis hin zum grenzüberschreitenden Zusammengehen
1246 von Unternehmen unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Interessen.
1247 Gemeinsam mit der Europäischen Kommission, der Europäischen Verteidigungsagentur
1248 und den wichtigsten Partnern streben wir eine Intensivierung des Prozesses der
1249 Europäisierung der Verteidigungsindustrien an. Ziel in diesem Prozess müssen auch
1250 gemeinsame europäische Rüstungsexportrichtlinien sein. Europäische Harmonisierungen
1251 müssen so umgesetzt werden, dass sie die Mindestanforderungen des Gemeinsamen
1252 Standpunktes der EU aus dem Jahr 2008 nicht unterschreiten.
- 1253 Im Rahmen der fortschreitenden Europäisierung der Verteidigungsindustrie bekennt sich
1254 die Bundesregierung zum Erhalt nationaler Schlüsseltechnologien. Es gilt, die
1255 erforderlichen militärischen Fähigkeiten und die Versorgungssicherheit der Bundeswehr
1256 sowie die Rolle Deutschlands als zuverlässiger Kooperations- und Bündnispartner
1257 technologisch und wirtschaftlich sicherzustellen, insbesondere auch im Rahmen
1258 zunehmend globalisierter Lieferketten.
- 1259 Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung nationale Schlüsseltechnologien
1260 identifiziert, deren Verfügbarkeit aus nationalem Sicherheitsinteresse, gegebenenfalls auch
1261 in Abstimmung und Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern zu gewährleisten
1262 ist. Diese Schlüsseltechnologien leiten sich aus dem militärischen Bedarf der Bundeswehr,
1263 den außen-, sicherheits- und europapolitischen Interessen, den Bündnisverpflichtungen
1264 sowie der Verantwortung Deutschlands ab und werden regelmäßig überprüft.
- 1265 Für den Erhalt bzw. die Förderung von Schlüsseltechnologien verfügt die Bundesregierung
1266 unter anderem über folgende Instrumente:
- 1267 ☒ ressortübergreifende Abstimmung und Priorisierung von Forschungs- und
 - 1268 Technologemaßnahmen,
 - 1269 ☒ gezielte Industriepolitik, Exportunterstützung sowie
 - 1270 ☒ die Auftragsvergabe durch das Bundesministerium der Verteidigung.

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1271 Die Bundesregierung wird insbesondere mit Blick auf EU-, NATO- und der NATO
 1272 gleichgestellte Länder Exportaktivitäten nach Einzelfallentscheidung auf der Grundlage der
 1273 restriktiven Politischen Grundsätze aus dem Jahr 2000 mit dem außenwirtschaftlichen und
 1274 sonstigen Instrumentarium flankieren und dabei auch speziell verteidigungsindustrielle
 1275 Schlüsseltechnologien berücksichtigen. Diese Flankierung kann auch auf sogenannte
 1276 Drittstaaten ausgedehnt werden, wenn im Einzelfall für den Export von Kriegswaffen
 1277 besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen sprechen oder für den Export
 1278 sonstiger Rüstungsgüter im Rahmen des Außenwirtschaftsrechts zu schützende Belange
 1279 des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder der auswärtigen Beziehungen nicht
 1280 gefährdet sind. Die Bundesregierung wird im Rahmen der Exportunterstützung nach
 1281 Einzelfallprüfung und entsprechendem Bedarf mit Partnerstaaten bilaterale Ressort- oder
 1282 Regierungsvereinbarungen abschließen, wenn dies den außen- und sicherheitspolitischen
 1283 Interessen der Bundesregierung entspricht und dadurch die Chancen deutscher
 1284 Unternehmen bei großen ausländischen Beschaffungsvorhaben verbessert werden
 1285 können.
- 1286 Vor dem Hintergrund der fortschreitenden Konsolidierung der europäischen
 1287 Verteidigungsindustrie sollte die Erweiterung des Instrumentariums der Bundesregierung
 1288 zum Erhalt von Schlüsseltechnologien geprüft werden, um eine strategische Steuerung
 1289 und eine professionelle Wahrnehmung der Interessen des Bundes in sensiblen Bereichen
 1290 (wie beispielsweise durch eine Vertretung auf Gesellschafterebene) möglich zu machen.

Deutschlands Engagement für die Streitkräfteintegration und -verflechtung in Europa

Die Streitkräfteintegration in Europa vollzieht sich im Rahmen von EU und NATO. Sie ist in vielen Feldern weit vorangeschritten. Dazu tragen die jahrzehntelange Übungspraxis im Rahmen der NATO sowie das Zusammenwirken in einer Vielzahl gemeinsamer Einsätze von EU und NATO bei. Folgende bilaterale, multinationale, europäische und NATO-Formate und -Kooperationsformen bilden die Basis für die Vertiefung der europäischen Streitkräfteintegration und -verflechtung:

Im-Bereich der Streitkräfteintegration:

- ☒ gemeinsame Verbände: z.B. die Deutsch-Französische Brigade, aber auch stehende Flottenverbände der NATO; dauerhafte wechselseitige Truppenunterstellungen wie z.B. zwischen Deutschland und den Niederlanden sowie zwischen Deutschland und Polen.
- ☒ Bereitstellung Multinationaler Kommandostrukturen: Ständige (im Bedarfsfall aktivierte) NATO- bzw. EU-Hauptquartiere; Eurokorps; Deutsch-Niederländisches Korps in Münster; Deutsch-Polnisch-Dänisches Multinationales Korps (HQ) in Stettin; Multinationales Kommando Operative Führung in Ulm;

Im Bereich der Streitkräfteverflechtung:

- ☒ Beiträge – auch als Führungsnation – zur NATO Response Force mit ihrer 2014 beschlossenen und mittlerweile voll einsatzfähigen besonders schnell verlegbaren Eingreiftruppe (VJTF);
- ☒ Beiträge zu den EU-Battlegroups als schnelle EU-Eingreiftruppen mit Übernahme der Rolle als Führungsnation;
- ☒ Personelle Beiträge zu den kollektiven Fähigkeiten der NATO: AWACS (luftgestützte Luftraumüberwachung), Alliance Ground Surveillance - AGS (luftgestützte Bodenraumüberwachung, ab 2017) und die integrierte Kommandostruktur im NATO-Rahmen;
- ☒ Fähigkeitspools, z.B. das Europäische Lufttransportkommando (EATC) oder der maritime Überwachungsverband.

1291

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1292 Die Bundesregierung macht es sich zur Aufgabe und wird sich dafür einsetzen,
- 1293 die GSVP sichtbarer für die Bürger, weniger technisch und bürokratisch für ihre
- 1294 Teilnehmer und Partner sowie verbindlicher für die EU-Mitgliedstaaten zu machen;
- 1295 die neue globale außen- und sicherheitspolitische Strategie durch ein Folgedokument
- 1296 für die GSVP zu ergänzen;
- 1297 durch regelmäßige und anlassbezogene [eigenständige] Treffen des Rats für
- 1298 Auswärtige Beziehungen im Format der Verteidigungsminister der gestiegenen
- 1299 Bedeutung der GSVP Ausdruck zu verleihen;
- 1300 auf EU-Ebene die Ertüchtigung von Drittstaaten und Regionalorganisationen
- 1301 voranzutreiben und mit EU-Finanzmitteln zu unterlegen;
- 1302 den gemeinsamen Fähigkeitsaufbau durch bi- und multilaterale Verflechtungen, ein
- 1303 stringentes „Lead-Nation-Concept“ und die gemeinsame Nutzung sowie das Teilen von
- 1304 Fähigkeiten (Pooling & Sharing) voranzutreiben;
- 1305 die Einbeziehung der Europäischen Verteidigungsagentur bei der Projektierung neuer
- 1306 Fähigkeiten zu befördern;
- 1307 den vernetzten Ansatz der EU zu stärken;
- 1308 die Reaktionsfähigkeit der EU durch eine permanente zivil-militärische Planungs- und
- 1309 Führungsfähigkeit zu stärken;
- 1310 Synergien mit der NATO durch Harmonisierung von Streitkräfteplanungsprozessen und
- 1311 intensivierte gemeinsame Übungstätigkeit herzustellen sowie insbesondere bei der
- 1312 Abwehr von Cyber- oder hybriden Bedrohungen und im Bereich der Strategischen
- 1313 Kommunikation noch intensiver zu kooperieren;
- 1314 Forschung, Entwicklung und Innovationsfähigkeit sowie Konsolidierung der
- 1315 wehrtechnischen Industrie in Europa zu stärken;
- 1316 gemeinsame Standards in der Rüstungsexportkontrollpolitik durch Weiterentwicklung
- 1317 der europäischen Konvergenz zu befördern; dabei keine Unterschreitung der
- 1318 Mindestanforderungen des Gemeinsamen Standpunktes der EU aus dem Jahr 2008
- 1319 sowie
- 1320 den Weg zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion konsequent
- 1321 weiterverfolgen.

1322

1323 d. Deutschland in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

- 1324 Die OSZE ist die weltweit größte regionale Sicherheitsorganisation und ein Eckpfeiler
- 1325 europäischer Sicherheit. Mit ihrem umfassenden Sicherheitsverständnis, ihrem inklusiven
- 1326 Teilnehmerkreis, ihren unabhängigen Institutionen, aber auch ihren zahlreichen und
- 1327 effektiven Feldmissionen bildet sie einen zentralen Bestandteil der europäischen
- 1328 Sicherheitsarchitektur. Als einzigartiges sicherheitspolitisches Konsultations-,
- 1329 Kooperations- und Verhandlungsforum europäischer, nordamerikanischer und
- 1330 zentralasiatischer Staaten ist ihr Beitrag zur Bewältigung der komplexen
- 1331 Herausforderungen für unsere Sicherheit auch künftig unerlässlich.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1332 Ihre Prinzipien müssen gestärkt, ihre Verpflichtungen konsequent umgesetzt und ihre
1333 Handlungsfähigkeit weiter erhöht werden. Hierzu übernimmt Deutschland in der OSZE
1334 umfassend Verantwortung und unterstützt die Organisation politisch, finanziell und
1335 personell.
- 1336 Die OSZE steht für Dialog, Vertrauensbildung und Konfliktverhütung in Europa, gerade in
1337 Zeiten wachsender Spannungen. So steht die OSZE auch im Zentrum einer politischen
1338 Lösung einer der schwersten Krisen europäischer Sicherheit seit Ende des Kalten Krieges
1339 – dem Ukraine-Konflikt.
- 1340 Darüber hinaus wird sich die OSZE auch in Zukunft als Dialog- und Kooperationsrahmen
1341 zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen, wie zum Beispiel in den Bereichen
1342 transnationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Risiken im Cyber- und
1343 Informationsraum sowie Menschenhandel und Migration beweisen. Ihre geografische
1344 Ausdehnung und etablierte Kooperation mit ihren Partnerstaaten im Mittelmeerraum und
1345 Asien kann neue Impulse zur Bewältigung gemeinsamer transnationaler
1346 Herausforderungen liefern, die es aktiv zu fördern gilt.
- 1347 Deutschland setzt sich für enge Zusammenarbeit im OSZE-Raum ein und verfolgt hierbei
1348 das Ziel, gesamteuropäische Sicherheit zu befördern, zu erneuern und zu vertiefen.
- 1349 Dabei stehen hierfür insbesondere folgende Ziele im Vordergrund:
- 1350 ☒ Bekräftigen der zentralen Bedeutung des umfassenden Sicherheitsbegriffs – der neben
1351 der politisch-militärischen auch die menschliche und die Wirtschafts- und
1352 Umweltdimension umfasst – bei der Lösung der europäischen Sicherheitskrise;
 - 1353 ☒ Intensivierung der Bemühungen um nachhaltige Konfliktbewältigung im gesamten
1354 OSZE-Raum;
 - 1355 ☒ Modernisierung der Instrumente der militärischen Vertrauensbildung sowie der
1356 konventionellen Rüstungskontrolle;
 - 1357 ☒ Stärkung der OSZE-Fähigkeiten und Instrumente im gesamten Krisenzyklus
1358 (Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge);
 - 1359 ☒ Transparenz über Cybersicherheitspolitik der Teilnehmerstaaten, gemeinsame
1360 Vermeidung von Zwischenfällen im Cyberraum und Vereinbarung stabilisierender
1361 Verhaltensregeln, anknüpfend an die verabschiedeten Sätze Vertrauensbildende
1362 Maßnahmen;
 - 1363 ☒ im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen Verbesserung der finanziellen
1364 Voraussetzungen für effektive Krisenbewältigung;
 - 1365 ☒ Stärkung der institutionellen Grundlage der OSZE durch Schaffung einer
1366 Völkerrechtspersönlichkeit und
 - 1367 ☒ Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsorganisationen, regionalen und
1368 internationalen Akteuren.
- 1369

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1370 **e. Bi- und multilaterale Partnerschaften und Ad-hoc-Kooperationen**
- 1371 Vertrauensvolle, verlässliche und auf Dauer angelegte Zusammenarbeit mit Verbündeten
1372 und Partnern sowie Regionalorganisationen ist Kern unserer Sicherheitspolitik.
1373 Partnerschaftliche Kooperation trägt wesentlich dazu bei, Herausforderungen für die
1374 internationale Ordnung, für Frieden und Sicherheit erfolgreich zu begegnen.
- 1375 Deutschland fördert durch Aufbau und Festigung bi- und multilateraler Beziehungen
- 1376 ■ die Vertrauensbildung und das gemeinsame Verständnis zwischen uns und unseren
 - 1377 Partnern und Verbündeten;
 - 1378 ■ die Weiterentwicklung bestehender Bündnisse und Zusammenschlüsse;
 - 1379 ■ die Handlungsfähigkeit unseres Landes und unserer Partner und Verbündeten sowie
 - 1380 ■ die Stärkung und Bildung regionaler Sicherheitskooperationen.
- 1381 Konstanten unserer bi- und multilateralen Beziehungen sind dabei
- 1382 ■ die Werte- und Sicherheitspartnerschaft mit den USA;
 - 1383 ■ die deutsch-französische Partnerschaft als Antriebskraft für die Vertiefung des
 - 1384 europäischen Integrationsprozesses und die Gewährleistung von Frieden, Freiheit und
 - 1385 Sicherheit;
 - 1386 ■ die sicherheitspolitische Partnerschaft mit Großbritannien, die wir mit Blick auf die lange
 - 1387 Tradition in allen Bereichen unserer gemeinsamen Interessen weiter ausbauen wollen;
 - 1388 ■ unser sicherheitspolitisches Engagement und unsere Verzahnung mit den
 - 1389 Niederlanden und Polen sowie die enge Zusammenarbeit mit unseren weiteren
 - 1390 unmittelbaren Nachbarn;
 - 1391 ■ unsere engen deutsch-israelischen Beziehungen und das Eintreten für das
 - 1392 Existenzrecht Israels als unverrückbarer Bestandteil deutscher Politik sowie
 - 1393 ■ die Pflege und weitere Etablierung strategischer Partnerschaften mit Wertepartnern und
 - 1394 wichtigen Regionalmächten.
- 1395 Wir bauen darüber hinaus auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Staaten und
1396 Staatengruppen, die zur Lösung globaler oder regionaler Herausforderungen beitragen
1397 können. Gleiche Ziele und Interessen sind die Grundlage, um Risiken und Bedrohungen
1398 gemeinsam verantwortungsvoll zu begegnen.
- 1399 Deutschland hat in der Vergangenheit immer wieder Initiativen ergriffen, um im Rahmen
1400 neuer Formate die Lösung anstehender Fragen mit sicherheitspolitischer Relevanz
1401 voranzubringen. Die Bedeutung etablierter Organisationen bleibt hiervon unberührt. VN,
1402 NATO, EU und OSZE bilden weiterhin den primären Rahmen unseres Handelns.
- 1403 Bei neuen Formaten kann es sich um dauerhaft angelegte Zusammenarbeit mit einer
1404 breiten und aktuell angepassten Agenda handeln – etwa das Weimarer Dreieck mit
1405 Frankreich und Polen oder die Gruppe der sieben bzw. 20 wichtigsten Industrie- und
1406 Wirtschaftsnationen (G7 bzw. G20).
- 1407 Es kann sich aber auch um Ad-hoc-Kooperationen im Rahmen anlassbezogener
1408 Gruppierungen handeln, die dazu beitragen, konstruktive und transparente
1409 Lösungsansätze für aktuelle und konkrete Krisen und Herausforderungen zu entwickeln

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

1410 und durchzuführen. Beispiele hierfür sind das E3+3-Format für die Verhandlungen im
1411 Atomkonflikt mit dem Iran (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, China und
1412 Russland), das „Normandie-Format“ zur Beilegung der Ukraine-Krise (Deutschland,
1413 Frankreich, Ukraine und Russland), das in einer breiten Gruppe von Staaten abgestimmte
1414 Vorgehen gegen die Piraterie am Horn von Afrika sowie unser Engagement im Rahmen
1415 der internationalen Allianz zur Bekämpfung des IS.

1416 Insbesondere Ad-hoc-Kooperationen werden als Instrumente der internationalen Krisen-
1417 und Konfliktbewältigung weiter an Bedeutung gewinnen. Deutschland wird dieser
1418 Entwicklung Rechnung tragen und sich in solchen Fällen, in denen es seine Interessen auf
1419 diesem Weg schützen kann, an Ad-hoc-Kooperationen beteiligen oder diese gemeinsam
1420 mit seinen Partnern initiieren.

1421

1422 **f. Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung**

1423 Aufrüstungsprozesse in zahlreichen Staaten und Regionen, die Proliferation von
1424 Massenvernichtungswaffen und die Entwicklung neuer Waffentechnologien sind
1425 wachsende Risiken für die Stabilität der regelbasierten internationalen Ordnung und die
1426 Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten. Daher gewinnen Rüstungskontrolle,
1427 Nichtverbreitung und Abrüstung als wichtige Instrumente des Krisenmanagements an
1428 Bedeutung.

1429 Deutschland wird im regionalen und globalen Rahmen noch nachdrücklicher für
1430 umfassende Vereinbarungen zur militärischen Vertrauensbildung, Begrenzung
1431 destabilisierender Streitkräfteentwicklungen und konsequente Verhinderung der
1432 Verbreitung von Massenvernichtungswaffen eintreten. Hierbei setzen wir auf einen
1433 multilateralen und kooperativen Ansatz.

1434 Die Anpassung des Instrumentariums der Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung an
1435 veränderte sicherheitspolitische und technologische Rahmenbedingungen schließt
1436 klassische und neue Dimensionen von Sicherheit, wie den Cyber- und Informationsraum
1437 und Weltraum sowie die Implikationen neuartiger Waffensysteme ein. Deutschland
1438 unterstützt nachdrücklich die Neu- und Weiterentwicklung von
1439 Rüstungskontrollinstrumenten als Teil einer modernen und zukunftsorientierten
1440 Sicherheitspolitik.

1441 Im Bereich Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung wird Deutschland folgende
1442 Ziele verfolgen:

- 1443 ☒ Neuansatz bei der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa entlang verifizierbarer
- 1444 Transparenz und auf moderne militärische Fähigkeiten ausrichten;
- 1445 ☒ substanzielle Modernisierung des Wiener Dokuments über vertrauens- und
- 1446 sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa sowie eine Weiterentwicklung des Vertrags
- 1447 über den Offenen Himmel;

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

4. Sicherheitspolitische Gestaltungsfelder Deutschlands

- 1448 ☒ Stärkung und weltweite Geltung bindender Regime, wie des nuklearen
1449 Nichtverbreitungsvertrags sowie des Chemiewaffen- und Biowaffenübereinkommens;
1450 ☒ Bekämpfung der Proliferation von Kleinwaffen auf globaler Ebene durch Befähigung
1451 unserer Partner und Regionalorganisationen zur verbesserten Sicherung von Waffen
1452 und Waffenlagern, die Verfolgung illegaler Waffenströme und die Vernichtung illegaler
1453 Waffenbestände;
1454 ☒ Erreichen eines gemeinsamen Verständnisses zur Anwendung des Völkerrechts auf
1455 den Cyber- und Informationsraum sowie in der OSZE vertrauensbildende Maßnahmen
1456 und Transparenz über die Cybersicherheitspolitik der Teilnehmerstaaten aufzubauen;
1457 gemeinsames Vorgehen zur Vermeidung von Zwischenfällen im Cyberraum zu
1458 vereinbaren sowie Maßgaben für stabilisierendes Verhalten der Teilnehmerstaaten im
1459 Cyberraum zu erarbeiten;
1460 ☒ Herstellung von Transparenz für die Nutzung des Weltraums sowie Entwicklung dazu
1461 dienender vertrauensbildender Maßnahmen und
1462 ☒ anhaltendes Engagement zugunsten der weltweiten Sicherung von Nuklearmaterial vor
1463 Zugriff, insbesondere durch Terroristen und nichtstaatlicher Akteure, entsprechend den
1464 Beschlüssen der Gipfel zur Nuklearen Sicherheit.

1465

1466

1467

1468

1469

1470

Teil II

Zur Zukunft der Bundeswehr

5. Die Bundeswehr der Zukunft – Auftrag und Aufgaben im veränderten sicherheitspolitischen Umfeld

1471 **5. Die Bundeswehr der Zukunft – Auftrag und Aufgaben im**
1472 **veränderten sicherheitspolitischen Umfeld**

1473 **5.1. Anforderungen an die Bundeswehr als Instrument deutscher**
1474 **Sicherheitspolitik**

1475 Die Bundeswehr muss in der Lage sein, ihren Beitrag zur Umsetzung der strategischen
1476 Prioritäten der deutschen Sicherheitspolitik zu leisten. Das sich dynamisch verändernde
1477 Umfeld, unser Gestaltungs- und Führungsanspruch sowie unser Engagement in NATO und
1478 EU erfordern die kontinuierliche Aktualisierung und Anpassung des Aufgabenspektrums
1479 der Bundeswehr. Dabei bleiben Multinationalität und ressortgemeinsames Handeln
1480 leitende Prinzipien.

1481 Insgesamt steigen die Anforderungen an die Bundeswehr weiter an – die zunehmende
1482 internationale Verantwortung unseres Landes geht mit militärischen Verpflichtungen einher,
1483 wie auch mit höheren Erwartungen unserer Verbündeten und Partner.

1484 Die stärkere Akzentuierung von Landes- und Bündnisverteidigung einschließlich
1485 Abschreckung – insbesondere an der Peripherie der Allianz – verlangt von der
1486 Bundeswehr, ihre Einsatzorientierung auf diese anspruchsvolle Aufgabe und die hierzu
1487 notwendige Vorbereitung zu erweitern. Hieraus resultierende Verpflichtungen und
1488 Maßnahmen haben mit den jüngsten sicherheitspolitischen Veränderungen eine neue
1489 Dimension erreicht. Sie werden absehbar verstärkt die Fähigkeiten der Bundeswehr in der
1490 gesamten Bandbreite fordern.

1491 Die konventionelle Landes- und Bündnisverteidigung hat ihren Charakter im Vergleich zur
1492 Zeit des Kalten Krieges deutlich verändert: Sie muss sich heute vielfach bei kurzen
1493 Vorwarnzeiten gegen eine räumlich fokussierte Gefährdung durch militärische Kräfte unter-
1494 oder oberhalb der Schwelle offener Kriegführung stellen. Diese ist immer öfter in eine
1495 hybride Strategie eingebettet, die über die gesamte Bandbreite des Bedrohungsspektrums
1496 hinweg durch den orchestrierten Einsatz militärischer und nichtmilitärischer Mittel
1497 gekennzeichnet ist.

1498 Gleichzeitig hat die Dynamik unseres Sicherheitsumfelds zu einem Anstieg der weltweiten
1499 Einsätze der Bundeswehr geführt. Nicht nur ihre Zahl, sondern auch die an die
1500 Bundeswehr gestellten Anforderungen haben sich tiefgreifend verändert.

1501 Einsätze werden nicht mehr zwingend in großen Kontingenten durchgeführt. Der Auftrag
1502 der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz wird auf absehbare Zeit facettenreich bleiben: Er
1503 kann von Training und Ausbildung über humanitäre Hilfe für Menschen in Not bis zur
1504 Anwendung militärischer Gewalt reichen. Daneben kann es auch erforderlich sein, die
1505 Bundeswehr stärker als bisher im Rahmen gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge, von
1506 Heimatschutz oder Amtshilfe einzusetzen.

1507 Diese Anforderungen machen es notwendig, die Bundeswehr zur Wirkung im gesamten
1508 Einsatzspektrum zu befähigen und einsatzbereit zu halten.

5. Die Bundeswehr der Zukunft – Auftrag und Aufgaben im veränderten sicherheitspolitischen Umfeld

1509 **5.2. Auftrag der Bundeswehr**

1510 Die Bundeswehr ist ein wesentliches Instrument unserer Sicherheits- und
1511 Verteidigungspolitik. Ihr Auftrag leitet sich aus den verfassungsrechtlichen Vorgaben sowie
1512 aus Deutschlands Werten, Interessen und strategischen Prioritäten ab.

1513 Auftrag der Bundeswehr ist es, im Rahmen des gesamtstaatlichen Ansatzes

1514 ☒ Deutschlands Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen und seine
1515 Bürgerinnen und Bürger zu schützen;

1516 ☒ zur Resilienz von Staat und Gesellschaft gegen äußere Bedrohungen beizutragen;

1517 ☒ die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands abzustützen und
1518 zu sichern;

1519 ☒ gemeinsam mit Partnern und Verbündeten zur Abwehr sicherheitspolitischer
1520 Bedrohungen für unsere offene Gesellschaft und unsere freien und sicheren
1521 Welthandels- und Versorgungswege beizutragen;

1522 ☒ zur Verteidigung unserer Verbündeten und zum Schutz ihrer Staatsbürger beizutragen;

1523 ☒ Sicherheit und Stabilität im internationalen Rahmen zu fördern und

1524 ☒ Europäische Integration, transatlantische Partnerschaft und multinationale
1525 Zusammenarbeit zu stärken.

1526

1527 **5.3. Aufgaben der Bundeswehr**

1528 Aufgrund unseres Selbstverständnisses und der internationalen Rolle Deutschlands in
1529 einem fordernden Sicherheitsumfeld sind unsere strategischen Prioritäten simultan zu
1530 verfolgen. Daraus folgt die Gleichrangigkeit der nachstehenden Aufgaben der Bundeswehr.

1531 Die Aufgabenwahrnehmung kann dabei nach Charakter und Intensität variieren.

1532 Abgeleitet aus ihrem Auftrag nimmt die Bundeswehr in einem gesamtstaatlichen Ansatz
1533 folgende Aufgaben wahr:

- 1534 ☒ Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und der EU, einschließlich
- 1535 - Verteidigungsaufgaben auf deutschem Hoheitsgebiet sowie Maßnahmen zur
 - 1536 Abschreckung in allen Dimensionen;
 - 1537 - Verteidigung gegen Angriffe auf das Hoheitsgebiet von Bündnispartnern;
 - 1538 - Verteidigung gegen terroristische und hybride Bedrohungen;
 - 1539 - Festigung der transatlantischen und europäischen Verteidigungsfähigkeit;
 - 1540 - Maßnahmen der Rückversicherung und Unterstützung von Bündnispartnern im
 - 1541 Rahmen der Bündnissolidarität,

1542 um Deutschland, seine Staatsbürger und Partner zu schützen und potenzielle Gegner
1543 abzuschrecken.

1544

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

5. Die Bundeswehr der Zukunft -- Auftrag und Aufgaben im veränderten sicherheitspolitischen Umfeld

- 1545 ☒ Internationales Krisenmanagement, einschließlich aktiver militärischer und zivil-
1546 militärischer Beiträge
- 1547 - zur nationalen Krisenfrüherkennung;
 - 1548 - im Rahmen internationaler Organisationen, Bündnisse und Partnerschaften zur
 - 1549 Konfliktverhütung, Krisenbewältigung, Krisennachsorge und Stabilisierung;
 - 1550 - zu Friedensmissionen der VN;
 - 1551 - zum Kampf gegen den transnationalen Terrorismus, gegen Bedrohungen aus
 - 1552 dem Cyber- und Informationsraum und gegen neuartige Gefahren hybriden
 - 1553 Charakters;
 - 1554 - zum Schutz von Seeverbindungslinien sowie
 - 1555 - zur Durchsetzung von Embargos und Sanktionen,
- 1556 um unser internationales Umfeld im gesamten Bedrohungs- und Krisenspektrum zu
1557 stabilisieren und Gefahren für unser Land und unsere Verbündeten abzuwenden.
- 1558 ☒ Heimatschutz, nationale Krisen- und Risikovorsorge und subsidiäre
1559 Unterstützungsleistungen in Deutschland, einschließlich
- 1560 - Wahrnehmung nationaler territorialer Aufgaben;
 - 1561 - Überwachung und Sicherung des deutschen Luft- und Seeraums;
 - 1562 - Überwachung kritischer Weltrauminfrastruktur;
 - 1563 - dauerhafter subsidiärer Übernahme von Aufgaben im Rahmen von
 - 1564 Ressortvereinbarungen¹;
 - 1565 - Hilfeleistungen in Fällen von Naturkatastrophen, schweren Unglücksfällen und
 - 1566 bei innerem Notstand sowie Amtshilfe;
 - 1567 - Beiträgen zur Terrorabwehr im Rahmen der verfassungsmäßigen
 - 1568 Voraussetzungen;
 - 1569 - Rettung und Rückführung im Ausland isolierter Personen;
 - 1570 - Beiträgen zur Evakuierung aus krisenhaften Lagen sowie
 - 1571 - Beiträgen zur Geiselfreiung im Ausland,
- 1572 um zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und zur Resilienz von Staat und
1573 Gesellschaft beizutragen.
- 1574 ☒ Partnerschaft und Kooperation auch über EU und NATO hinaus, einschließlich
- 1575 - Ertüchtigung der Sicherheitsstrukturen von Partnern und
 - 1576 Regionalorganisationen;
 - 1577 - Aufbau und kontinuierlicher Pflege sicherheitspolitischer und militärischer
 - 1578 bilateraler Beziehungen sowie
 - 1579 - rüstungskontrollpolitischer, vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen,
- 1580 um durch multinationale Integration und weltweite Sicherheitszusammenarbeit zur
1581 modernen Verteidigungsdiplomatie, zum Kapazitätsaufbau und zur Interoperabilität
1582 beizutragen.

¹ z.B. Beiträge zum Such- und Rettungsdienst im Inland (Land, Nordsee, Ostsee), Ölüberwachung und -bekämpfung über und auf See, parlamentarischer/politischer Flugbetrieb sowie Spitzensportförderung.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

6. Die Bundeswehr der Zukunft – Auftrag und Aufgaben im veränderten sicherheitspolitischen Umfeld

- 1583 ☒ Humanitäre Not- und Katastrophenhilfe, um einen Beitrag zur Übernahme von
1584 Verantwortung für die Bewältigung humanitärer Herausforderungen zu leisten.
- 1585 Hinzu treten als durchgängig wahrzunehmende Aufgaben:
- 1586 ☒ Verteidigungsaspekte der gesamtstaatlichen Cybersicherheit, Beiträge zum
1587 gesamtstaatlichen Lagebild im Cyber- und Informationsraum im Rahmen der nationalen
1588 und multinationalen Sicherheitsvorsorge sowie die Gewährleistung der Cybersicherheit
1589 in den bundeswehreigenen Netzen;
- 1590 ☒ Unterstützungsleistungen zum Erhalt und zur Weiterentwicklung nationaler
1591 Schlüsseltechnologiefelder sowie zur Förderung partnerschaftlicher, insbesondere
1592 europäischer und atlantischer Ansätze bei Forschung, Entwicklung und Nutzung von
1593 Fähigkeiten;
- 1594 ☒ alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebes im Inland, einschließlich der
1595 Wahrnehmung von Ämteraufgaben, Qualifizierung, Aus-, Fort- und Weiterbildung,
1596 Ausbildungs- und Übungsunterstützung und Militärischer Sicherheit und Ordnung.

Bundeswehr für den Cyber- und Informationsraum aufstellen und kontinuierlich weiterentwickeln

Die Bundeswehr muss sich als Hochwertziel für staatliche wie nichtstaatliche Organisationen und als Instrument der wirksamen Cyberverteidigung für den Umgang mit komplexen Angriffen aufstellen. Die Verteidigung gegen derartige Angriffe bedarf auch entsprechender defensiver und offensiver Hochwertfähigkeiten, die es kontinuierlich zu beüben und weiterzuentwickeln gilt. Die Innovationsgeschwindigkeit und globale Qualität der Cyber-Bedrohung verlangt einen entsprechend vernetzten Umgang mit ihr. Nur mit internationalen Partnerschaften und Kooperationen mit Wirtschaft und Forschung wird die Bundeswehr hier reaktionstüchtig bleiben können.

Damit die Bundeswehr ihre Aufgaben im Cyber- und Informationsraum zukünftig wahrnehmen kann, gilt es u.a.

- ☒ die gesamtstaatlichen Fähigkeiten auszubauen, also ressortübergreifend zu kooperieren und sich mit Wissenschaft, Industrie und Partnern zu vernetzen;
- ☒ bundeswehreigene Cyberfähigkeiten auszubauen, dabei die Sicherheitsarchitektur des IT-Systems der Bundeswehr zu konsolidieren und resilienter zu machen;
- ☒ Waffensysteme und Gefechtsstände sowie Lieferketten in der Rüstung, u.a. durch den gezielten Rückgriff auf nationale Schlüsseltechnologien zu härten;
- ☒ Spitzenpersonal durch Schaffung attraktiver Cyberkarrierepfade und innovativer Personalgewinnungsstrategien zu rekrutieren sowie sich zu öffnen für neue Partnerschaften und Kooperationen;
- ☒ die heute noch fragmentierten Zuständigkeiten und Strukturen für einen robusten Fähigkeitsaufbau zusammenzuführen, die IT-Fähigkeiten zur Digitalisierung der Streitkräfte zu bündeln sowie zentrale Ansprechpartner für andere Ressorts und multinationale Partner zu schaffen.

6. Leitprinzipien für die Bundeswehr der Zukunft

1597 **6. Leitprinzipien für die Bundeswehr der Zukunft**

1598 Die große Dynamik und Vielfalt krisenhafter Entwicklungen wirken nachhaltig auf die
1599 zukünftige Entwicklung unserer Streitkräfte. Eine langfristige Sicherheitsvorsorge unseres
1600 Landes muss die Einflussgrößen einer solchen Entwicklung erfassen und im Kontext
1601 unserer Einbindung in NATO und Europäische Union sowie national eines angemessenen
1602 gesamtstaatlichen Ansatzes bewerten. Daraus erwachsen die Leitprinzipien für die
1603 Ausgestaltung der Bundeswehr der Zukunft.

1604

1605 **6.1. Multinationalität und Integration**

1606 Multinationalität und Integration sind und bleiben Bestimmungsgrößen für die Bundeswehr.
1607 Für die Gestaltung der Verteidigungs- und Militärpolitik muss die Bundeswehr über ein
1608 umfangreiches bi- und multilaterales Instrumentarium verfügen, das kohärent anzuwenden
1609 und kontinuierlich auf seine Weiterentwicklung zu überprüfen ist. Multinationalität und
1610 Integration werden insbesondere auch in Strukturen, Einsätzen, langfristiger gemeinsamer
1611 multinationaler Fähigkeitsentwicklung und weiteren Kooperationsformen sowie in der
1612 Rüstungspolitik umgesetzt.

1613 **a. Bündnisgemeinsame Fähigkeitsentwicklung**

1614 Das strategische Konzept der NATO begründet ein komplementäres Fähigkeitsprofil aller
1615 Mitgliedstaaten, das über die Zuweisung nationaler Planungsziele orchestriert wird. Diese
1616 werden ergänzt durch Planungsvorgaben der EU im Rahmen der GSVP.

1617 Sie bestimmen die Ausrichtung des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr auf Landes- und
1618 Bündnisverteidigung, internationales Krisenmanagement sowie die Entwicklung von
1619 partnerschaftlichen Beziehungen. Durch dieses abgestimmte und lastenteilige Vorgehen
1620 werden die Wirksamkeit deutscher Verteidigungsanstrengungen und Handlungsfähigkeit
1621 von NATO und EU erhöht.

1622 Das so begründete Fähigkeitsprofil wird durch Vorkehrungen und Maßgaben für die
1623 nationale gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge ergänzt.

1624 Die mit dem Gipfel von Wales 2014 begonnenen Entwicklungen in der NATO verlangen
1625 eine deutliche Akzentuierung der Anstrengungen im Rahmen der Landes- und
1626 Bündnisverteidigung zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit.

1627 Damit geht das Ziel einher, die Fähigkeiten der Europäer – auch als europäischen Pfeiler
1628 innerhalb der NATO – zu stärken.

1629 Diesen Erfordernissen trägt das von Deutschland initiierte Rahmennationenkonzept
1630 Rechnung.

1631

6. Leitprinzipien für die Bundeswehr der Zukunft

1632 **b. Führung und Verantwortung als Rahmennation**

1633 Deutschland ist bereit, in Allianzen und Partnerschaften als Rahmennation Verantwortung
1634 und Führung zu übernehmen.

1635 Das verlangt nicht nur die nationale oder gemeinsame Bereitstellung sogenannter kritischer
1636 Fähigkeiten, die einen Einsatz unserer Verbündeten und Partner oft erst ermöglichen,
1637 sondern auch die Bereitschaft zu deren gemeinsamer Entwicklung.

1638 Um einen spürbaren Mehrwert zu generieren, muss die Bundeswehr in Vorleistung treten,
1639 die Verfügbarkeit dieser Kräfte und Mittel gewährleisten sowie eine hinreichende
1640 Interoperabilität und Standardisierung in der industriellen Entwicklung vorantreiben.

1641

1642 **6.2. Flexibilität und Agilität mit einem "Single Set of Forces"**

1643 Das nur einmal vorhandene Kräftedispositiv („Single Set of Forces“) muss das gesamte
1644 Aufgabenspektrum der Bundeswehr in seiner Vielfalt, Parallelität und unterschiedlichen
1645 zeitlichen Reichweite abdecken.

1646 Um hierfür die notwendige Flexibilität und Agilität zu ermöglichen, bedarf es einer
1647 multifunktionalen und adaptionsfähigen Bundeswehr. Dies gilt gleichermaßen für Personal,
1648 Material, Ausrüstung und Ausbildung. Die Ausstattung der Bundeswehr muss dazu
1649 geeignet sein, unterschiedliche Aufgaben in verschiedenen Einsatzgebieten erfüllen zu
1650 können (Mehrrollenfähigkeit).

1651 Dies kann nur mit Strukturen gelingen, die widerstandsfähig gegenüber bekannten und
1652 anpassungsfähig gegenüber unvorhersehbaren Herausforderungen sind. Diese strukturelle
1653 Resilienz und personelle sowie materielle Anpassungsfähigkeit muss insbesondere auch
1654 im Hinblick auf neue Operationsräume Ausdruck finden.

1655 Dies gelingt mit

1656 ■ einem „atmenden“, an den Aufgaben orientierten Personalkörper;

1657 ■ einem umfassenden Fähigkeitsprofil;

1658 ■ einer modernen strukturgerechten Ausstattung zur Verbesserung der
1659 Einsatzbereitschaft und Reaktionsfähigkeit;

1660 ■ ergänzenden „Missionsausrüstungspaketen“ zur Aufgabenwahrnehmung im gesamten
1661 Einsatzspektrum;

1662 ■ einer breit angelegten Ausbildung zur Qualifizierung des Personals für alle erwartbaren
1663 Szenare sowie

1664 ■ dem Erschließen von Zukunftstechnologien.

1665

1666 **6.3. Ausrichtung auf vernetztes Handeln im nationalen und internationalen**
1667 **Rahmen**

1668 Die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität verlangt einen abgestimmten, vernetzten
1669 Ansatz aller Akteure – national wie international. Dieser Leitgedanke prägt immer stärker
1670 das gesamte Handlungsspektrum der Bundeswehr und bindet sie in ein koordiniertes
1671 gemeinsames Krisenmanagement ein. Nach diesem Prinzip handelt die Bundeswehr in
1672 allen Krisen- und Konfliktphasen. Dies kann verschiedene Ausprägungen umfassen: von
1673 Beiträgen zu einem einheitlichen Lagebild über die Ertüchtigung von Sicherheitskräften in
1674 einer Konfliktregion bis zu Stabilisierungseinsätzen und einer Krisennachsorge.

1675 Der vernetzte Ansatz ist daher in der Bundeswehr weiter zu verankern und auszugestalten.
1676 Die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und staatlichen und
1677 nichtstaatlichen Akteuren erfolgt durch

- 1678 ■ Beiträge zum Auf- und Ausbau ressortübergreifender Strukturen und Angebot zum
1679 Aufbau eines Netzwerkes mit nichtstaatlichen Akteuren;
- 1680 ■ Ausbau einer gemeinsamen Infrastruktur zum Austausch von Daten und Informationen;
- 1681 ■ verstärkten ressortübergreifenden Personalaustausch;
- 1682 ■ gemeinsame Ausbildungsgänge, Übungen und Seminare mit staatlichen und
1683 nichtstaatlichen Akteuren;
- 1684 ■ Beiträge zur Etablierung gemeinsamer Planungs-, Bewertungs- und
1685 Analysekompetenzen sowie
- 1686 ■ Bereitstellung von Experten und Expertise für internationale Organisationen.

1687

1688

1689 **7. Vorgaben für die Fähigkeiten der Bundeswehr**

1690 Die in Qualität und Quantität gewachsenen Aufgaben der Bundeswehr müssen sich vor
1691 dem Hintergrund unserer Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung und Führung
1692 auch in der Fähigkeitsentwicklung widerspiegeln.

1693 Die Auftrags Erfüllung der Bundeswehr setzt ein umfassendes Fähigkeitsspektrum voraus.

1694 Die Befähigung zum bundeswehrgemeinsamen Wirken in allen Dimensionen – Land, Luft,
1695 See, Cyber- und Informations- sowie Weltraum – ist der übergeordnete Maßstab. Gerade
1696 in den Dimensionen Land, Luft und See bleibt die Befähigung zum Kampf
1697 Wesensmerkmal. Sie stellt den höchsten Anspruch an Mensch und Material.

1698 Überlebensfähigkeit und Schutz unseres Personals und unserer Fähigkeiten, auch gegen
1699 Angriffe aus dem Cyber- und Informationsraum, sind essenziell für die
1700 Aufgabenwahrnehmung. Zugleich sind sie Ausdruck der Verantwortung für die der
1701 Bundeswehr anvertrauten Menschen.

1702

1703 Die Aufgabenwahrnehmung durch die Bundeswehr hängt maßgeblich ab von

1704 ■ ihrer Anpassungsfähigkeit bei Personal, Material und Strukturen;

1705 ■ qualitativ hochwertigen und modernen, hoch-technologischen Fähigkeiten
1706 einschließlich der Verfügbarkeit kritischer Fähigkeiten (von der Sicherstellung der
1707 Rettungskette und sanitätsdienstlichen Versorgung im Einsatz über den Bereich
1708 Führungsunterstützung bis hin zum strategischen Lufttransport) zur Übernahme der
1709 Verantwortung als Rahmennation, wie auch zur autarken nationalen Aufgabenerfüllung
1710 sowie

1711 ■ ihrer schnellen Verfügbarkeit, hohen Einsatzbereitschaft bei angemessener
1712 Durchhaltefähigkeit sowie strategischen Verlegefähigkeit.

1713 Die Bundeswehr strukturiert hierzu ihr Fähigkeitsprofil in die Bereiche Führung, Aufklärung,
1714 Wirkung und Unterstützung. Diese sind gleichwertig, bedingen einander und sind daher zu
1715 vernetzen. In diesem Wirkverbund ist eine agile, resiliente und robuste Aufstellung der
1716 Bundeswehr sicherzustellen.

1717

1718 **7.1. Führung**

1719 Führung muss darauf abzielen, Kräfte und Mittel der Bundeswehr auftragsbezogen und
1720 bedarfsgerecht so einzusetzen, dass die angestrebte Wirkung erzielt werden kann.
1721 Voraussetzung effektiver Führungsfähigkeit ist die verzugsarme, unterbrechungsfreie
1722 Informationsgewinnung, -aufbereitung und -verteilung über alle Führungsebenen hinweg.
1723 Dabei muss Informationsüberlegenheit ermöglicht und der Informationsfluss im Sinne des
1724 Prinzips „need to share“ gestaltet werden. Dies erfordert eine klare, aufgabenorientierte
1725 Führungsorganisation, eindeutige und standardisierte Führungsverfahren, leistungsfähige
1726 und resiliente Führungs- und Informationssysteme sowie ein modernes Informations- und

7. Vorgaben für die Fähigkeiten der Bundeswehr

1727 Wissensmanagement. Sämtliche Elemente müssen auf einer leistungsfähigen
1728 Führungsunterstützung aufbauen. Der Befähigung zur Führung als Rahmennation kommt
1729 herausgehobene Bedeutung zu. Voraussetzung für eine wirksame national und
1730 multinational vernetzte Aufgabenwahrnehmung sowie für die Einbindung von Partnern ist
1731 eine streitkräfteübergreifende Interoperabilität. Daher sind die Voraussetzungen zu
1732 schaffen, dass Partner horizontal und vertikal angebunden werden können.

1733

1734 **7.2. Aufklärung**

1735 Global ausgerichtete und multinational kompatible Aufklärung ist Voraussetzung für die
1736 effektive Informationsbedarfsdeckung und damit für die Analyse-, Beurteilungs- und
1737 Führungsfähigkeit auf strategischer, operativer und taktischer Ebene. Damit ist für die
1738 Bundesregierung ein unverzichtbarer und kontinuierlicher Beitrag zum
1739 ressortübergreifenden Lagebild für die Entwicklung ihrer Handlungsoptionen verbunden.
1740 Aufklärung muss das gesamte Spektrum der nationalen und internationalen Krisenvorsorge
1741 und des Krisenmanagements umfassen. Hierbei kommt der Krisenfrüherkennung
1742 besondere Bedeutung zu. Der Aufbau von Regionalexpertise ist deshalb zu fördern und zu
1743 verstetigen.

1744

1745 **7.3. Wirkung**

1746 Wirkung ist entscheidend für die Auftragserfüllung. Das veränderte, vielschichtige
1747 Aufgabenspektrum der Bundeswehr erfordert, Wirkung in ihrem gesamten Spektrum neu
1748 zu definieren und differenziert im Fähigkeitsprofil auszuprägen. Dabei gilt es, die
1749 Bandbreite von indirekter und direkter, physischer und psychologischer Wirkung
1750 gleichzeitig abzudecken: von humanitärer Hilfe über die Ertüchtigung von Partnern mittels
1751 Beratung, Ausbildung und Ausstattung bis zur Anwendung militärischer Gewalt.
1752 Wirkungsüberlegenheit muss über alle Intensitätsstufen hinweg erzielt werden können.

1753 Insbesondere bei Anwendung militärischer Gewalt sind Präzision und Skalierbarkeit
1754 wesentliche Voraussetzungen, um die beabsichtigte Wirkung zu erzielen und Schaden von
1755 Unbeteiligten abzuwenden. Abstandsfähigkeit erhöht die Erfolgswahrscheinlichkeit bei
1756 gleichzeitig gesteigerter Überlebens- und Durchhaltefähigkeit der eigenen Kräfte.

1757

1758 **7.4. Unterstützung**

1759 Unterstützung ist eine elementare Voraussetzung für die Befähigung zur Führung,
1760 Aufklärung und Wirkung. Sie muss – auch unter Rückgriff auf Beiträge aus der Wirtschaft –
1761 die Auftragserfüllung aller militärischen und zivilen Organisationsbereiche ermöglichen.
1762 Logistik, Gesundheitsversorgung und der gesamte Betrieb im Inland sind bedingende
1763 Voraussetzungen zur Auftragserfüllung. Im veränderten Aufgabenspektrum der
1764 Bundeswehr kommt es besonders darauf an, die Voraussetzungen von Projektions- und
1765 Verlegefähigkeit sowie für die Anlehnung von Partnern zu schaffen. Mit Blick auf die Rolle

7. Vorgaben für die Fähigkeiten der Bundeswehr

1766 Deutschlands als Rahmennation sowie als Lead- und Host-Nation sind die
1767 Unterstützungsleistungen national weiterzuentwickeln und multinational abzustimmen.

1768

1769 **8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr**

1770 Ein wirksamer Beitrag zu Verantwortung und Führung Deutschlands erfordert,
1771 Aufgabenspektrum und Ressourcenausstattung der Bundeswehr wieder in Einklang zu
1772 bringen. Die folgenden Gestaltungsbereiche geben vor, unter welchen
1773 Rahmenbedingungen und in welchen Feldern sich die Bundeswehr kontinuierlich
1774 modernisieren muss, damit sie ein zukunftsfähiges Instrument deutscher Sicherheitspolitik
1775 bleiben kann.

1776

1777 **8.1. Rechtliche Rahmenbedingungen**

1778 Im Laufe ihrer mehr als 60jährigen Geschichte hat die Bundeswehr bewiesen, dass sie
1779 ihrem verfassungsrechtlichen Auftrag nachkommt. Die Funktionsfähigkeit des
1780 Verteidigungswesens ist ein verfassungsrechtliches Gebot. Verteidigung ist eine
1781 Staatsaufgabe, die durch die Streitkräfte zu verwirklichen ist. Alles Handeln der deutschen
1782 Streitkräfte unterliegt dem Primat der Politik. Das Völkerrecht sowie unser Grundgesetz
1783 bilden die Grundlage allen Handelns der Bundeswehr.

1784 **a. Auslandseinsätze der Bundeswehr**

1785 Die Auslandseinsätze der Bundeswehr der vergangenen zwanzig Jahre wurden im
1786 Einklang mit den völker- und verfassungsrechtlichen Vorgaben im Rahmen und nach den
1787 Regeln von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit geführt.

1788 In jüngster Zeit nimmt die Zahl der Einsätze und Missionen zu, die ein verzugsloses und
1789 konsequentes Handeln erfordern. Bei Maßnahmen gegen Proliferation von
1790 Massenvernichtungswaffen, Menschen- und Drogenhandel auf Hoher See, aber auch bei
1791 kurzfristigen Unterstützungen von Partnern im Rahmen von Stabilisierungseinsätzen ist
1792 immer wieder eine schnelle Reaktion geboten. Dabei kommt es zunehmend zu Ad-hoc-
1793 Kooperationen von Staaten.

1794 Gerade in Fällen, in denen die völkerrechtlichen Voraussetzungen für ein militärisches
1795 Vorgehen ohnehin vorliegen (etwa in Form einer Unterstützungsbitte der jeweiligen
1796 Gastregierung) und die daher auch keiner weiteren völkerrechtlichen Ermächtigung
1797 bedürfen, wird die Einbindung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit
1798 zunehmend schwierig.

1799 Angesichts der gestiegenen sicherheitspolitischen Verantwortung Deutschlands müssen
1800 wir in der Lage sein, auch diesen Herausforderungen gegebenenfalls im Wege des
1801 Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte kurzfristig Rechnung zu tragen.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

1802 Die regelbasierte Ordnung mit ihren Systemen kollektiver Sicherheit bleibt auch zukünftig
1803 primärer Rahmen unseres Engagements. Vor dem Hintergrund der veränderten
1804 sicherheits- und verteidigungspolitischen Anforderungen unterstützt die Bundesregierung
1805 gleichwohl die Empfehlungen der „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der
1806 Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“, dass der
1807 Deutsche Bundestag „in einem geeigneten Verfahren über eine mögliche Reform des
1808 verfassungsrechtlichen Rahmens für Auslandseinsätze der Bundeswehr berät“.

1809 **b. Parlamentsbeteiligung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr**

1810 Entsendet die Bundesregierung die Bundeswehr in einen bewaffneten Einsatz im Ausland
1811 bedarf dies der konstitutiven Zustimmung des Deutschen Bundestages. Diese Praxis des
1812 Parlamentsvorbehalts hat sich bewährt. Der „Entscheidungsverbund“ von Bundesregierung
1813 und Deutschem Bundestag bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr trägt in besonderem
1814 Maße dazu bei, dass sich Soldatinnen und Soldaten als Parlamentsarmee im Einsatz von
1815 einer breiten Basis getragen und gestützt sehen können.

1816 Für das NATO-Mitglied Deutschland, aber auch für eine weitere Integration in der EU, sind
1817 Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit in einem verlässlichen Rahmen in diesen
1818 Institutionen unerlässlich.

1819 **c. Einsatz und Leistungen der Bundeswehr im Innern**

1820 Die Streitkräfte können im Inland im Rahmen der Amtshilfe nach Artikel 35 Absatz 1 des
1821 Grundgesetzes tätig werden. Solche Maßnahmen sind auf die technisch-logistische
1822 Unterstützung – unterhalb der Schwelle zum Einsatz – beschränkt. Die Flüchtlingshilfe ist
1823 dafür ein aktuelles Beispiel. Zwangsmaßnahmen und hoheitliche Befugnisse kann die
1824 Bundeswehr auf dieser Grundlage nicht ausüben.

1825 Ausdrücklich zugelassen in Artikel 35 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 des Grundgesetzes ist
1826 der Einsatz der Streitkräfte im Innern zur Hilfe bei Naturkatastrophen und besonders
1827 schweren Unglücksfällen (Katastrophennotstand) auf Anforderung eines Landes oder auf
1828 Anordnung der Bundesregierung. Das Vorliegen eines besonders schweren Unglücksfalls
1829 kommt auch bei terroristischen Großlagen in Betracht. Durch das
1830 Bundesverfassungsgericht wurde dabei bestätigt, dass die Streitkräfte zur Unterstützung
1831 der Polizeikräfte bei der wirksamen Bekämpfung des Unglücksfalls unter engen
1832 Voraussetzungen auch hoheitliche Aufgaben unter Inanspruchnahme von Eingriffs- und
1833 Zwangsbefugnissen wahrnehmen können.

1834 Der Einsatz der Streitkräfte hat damit auch im Zusammenhang mit heutigen
1835 Bedrohungslagen zur wirksamen Bekämpfung und Beseitigung katastrophischer
1836 Schadensereignisse in den engen Grenzen einer ungewöhnlichen Ausnahmesituation nach
1837 der geltenden Verfassungslage seine Bedeutung. Es ist wichtig, an den Schnittstellen der
1838 im Katastrophenfall zusammenarbeitenden Bundes- und Landesbehörden weiter an einer
1839 guten Zusammenarbeit zu arbeiten und diese im Rahmen von Übungen vorzubereiten.

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

1840 Hierauf muss im Rahmen einer gemeinsamen verantwortungsvollen Sicherheitsvorsorge in
1841 unserem Land Verlass sein.

1842 Davon unabhängig kann die Bundesregierung die Streitkräfte nach Artikel 87a Absatz 3
1843 des Grundgesetzes im Verteidigungs- und Spannungsfall für Aufgaben des Objektschutzes
1844 und der Verkehrsregelung einsetzen. Ferner können nach Artikel 87a Absatz 4 des
1845 Grundgesetzes die Streitkräfte auch im Fall des inneren Notstandes, das heißt bei einer
1846 drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des
1847 Bundes oder eines Landes im Sinne des Artikels 91 Absatz 2 des Grundgesetzes
1848 eingesetzt werden. Die engen Voraussetzungen, an die der Einsatz der Streitkräfte beim
1849 inneren Notstand geknüpft ist, lassen in diesen Fällen einen Rückgriff auf die Grundlage
1850 der Artikel 35 Absatz 2 oder 3 des Grundgesetzes nicht zu.

1851

1852 **8.2. Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft**

1853 Eine Viertelmillion Menschen dient und arbeitet in der Bundeswehr. Jedes Jahr treten
1854 tausende Frauen und Männer neu ein. Genauso verlassen jedes Jahr tausende
1855 Soldatinnen und Soldaten die Bundeswehr und wechseln in ein ziviles Berufsleben. Dazu
1856 kommen die Reservistinnen und Reservisten, die sich den Streitkräften weiterhin
1857 verpflichtet fühlen und sie nach ihrem aktiven Dienst freiwillig unterstützen. Dieser stetige
1858 Wechsel und lebendige Austausch sorgen auch nach der Aussetzung der Wehrpflicht
1859 dafür, dass sich in der Bundeswehr alle gesellschaftlich relevanten Gruppen widerspiegeln.
1860 Aktive wie ehemalige Soldatinnen und Soldaten sind wesentliche Multiplikatoren für die
1861 Bundeswehr.

1862 Die Menschen in diesem Land wissen um die Bedeutung des Dienstes unserer
1863 Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform. Sie verlassen sich auf sie, sie sind
1864 dankbar und sie fühlen sich mit ihnen verbunden. Ihr Interesse für sie ist aufrichtig. Das
1865 äußert sich in einer Vielzahl von wertschätzenden Gesten und Worten. Auch Umfragen
1866 belegen mit steigender Tendenz, dass eine Mehrheit der Deutschen der Bundeswehr hohe
1867 Wertschätzung und Vertrauen entgegenbringt. Nicht zuletzt die hohe Resonanz bei
1868 öffentlichen Veranstaltungen der Bundeswehr, wie dem ersten „Tag der Bundeswehr“, hat
1869 bewiesen, dass sie ihren festen Platz in der Mitte der Gesellschaft hat und ausfüllt.

1870 Auf diese breite Verankerung aufbauend hat die Bundeswehr heute allen Grund zu
1871 Selbstbewusstsein. Mit wohlverstandenen Stolz blickt sie auf die Akzeptanz, die sie in der
1872 Gesellschaft genießt. Dieses gewachsene Verhältnis gilt es zu pflegen und zu befördern.
1873 Deswegen bemüht sich die Bundeswehr, für Bürgerinnen und Bürger authentisch und
1874 erlebbar zu sein – durch persönliche Haltung ihrer Angehörigen, durch Offenheit in der
1875 Kommunikation und durch Bereitschaft zur Diskussion.

1876 Auch daraus ziehen insbesondere die Soldatinnen und Soldaten den Rückhalt für ihren
1877 politischen Auftrag – und fühlen sich getragen von denjenigen Menschen, deren „Recht
1878 und Freiheit tapfer zu verteidigen“ sie geschworen haben, im äußersten Fall sogar unter
1879 Einsatz ihres Lebens. In diesem Verständnis fördert die Bundeswehr auch den
1880 sicherheitspolitischen Diskurs in unserem Land, etwa durch ihre Jugendoffiziere. Denn es

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

3. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 1881 braucht eines steten Austausches über die Bundeswehr und ihre Aufgaben: so umfassend
1882 und so ernsthaft wie möglich – und so kontrovers wie nötig.
- 1883 Die Bundeswehr wird sich deswegen als Streitkraft in der und für die Demokratie
1884 engagieren.
- 1885 ☒ Sie schafft persönliche Erleb- und Erfahrbarkeit, zum Beispiel durch Ausstellungen,
1886 Informationsangebote, den „Tag der Bundeswehr“, Praktika und
1887 Reservedienstleistungen in der Truppe. Damit unterstreicht sie auch den eigenen
1888 Anspruch, Informationen und Expertise aus erster Hand anzubieten.
- 1889 ☒ Sie gestaltet den sicherheitspolitischen Diskurs in der Gesellschaft mit: Dazu
1890 intensiviert sie den Austausch mit zentralen Akteuren und entwickelt ihr Konzept der
1891 Politischen Bildung weiter.
- 1892 ☒ Sie baut den Reservistendienst aus und hält ihn attraktiv: Reservistinnen und
1893 Reservisten bilden einen wesentlichen Bestandteil der nationalen Sicherheitsvorsorge
1894 und unterstützen die Bundeswehr mit ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten auch in
1895 Einsätzen. Zugleich wirken sie als Multiplikatoren und Mittler in die Gesellschaft hinein.
1896 Die Bundeswehr wird den Reservistendienst weiterentwickeln. Hierzu zählt auch,
1897 Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft zu identifizieren, die ihrerseits eine
1898 zentrale Rolle zur Unterstützung des Reservistendienstes einnimmt.
- 1899 ☒ Sie trägt Sorge für ihre ehemaligen Soldatinnen und Soldaten.
- 1900 ☒ Sie hat eine besondere Verantwortung gegenüber den aktiven und ehemaligen
1901 Angehörigen der Bundeswehr, die unter Einsatzfolgen leiden.
- 1902 ☒ Sie bewahrt allen gefallenen und im Dienst für unser Land gestorbenen Soldatinnen
1903 und Soldaten und zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein ehrenvolles Gedenken.
1904
- 1905 **8.3. Innere Führung als Kern des Selbstverständnisses der Bundeswehr**
- 1906 Aufgeschlossen, modern und vielfältig vernetzt wird die Bundeswehr auch in Zukunft
1907 bleiben, insbesondere weil sie selbstbewusst und in sich gefestigt ist. Grundlage dafür ist
1908 die Innere Führung. Sie ist und bleibt das unverzichtbare Fundament für individuelles und
1909 kollektives Handeln in den Streitkräften, da sie das Gewissen jeder und jedes Einzelnen als
1910 moralische Instanz anerkennt. Denn absehbar bleibt ein Spannungsfeld bestehen
1911 zwischen den persönlichen demokratischen Freiheitsrechten auf der einen Seite und den
1912 soldatischen Prinzipien von Pflicht und Gehorsam auf der anderen Seite. Innere Führung
1913 vermittelt den Soldatinnen und Soldaten dabei Handlungssicherheit und Urteilsvermögen.
1914 Sie gibt ihnen Mut und Zuversicht, selbstverantwortete und ethisch abgewogene
1915 Entscheidungen zu treffen. Diese Philosophie prägt ein Menschenbild, das als Orientierung
1916 für den Umgang miteinander dient – und das tagtäglich vorgelebt werden muss.
- 1917 Innere Führung stellt sicher, dass sich die Ausbildung von Soldatinnen und Soldaten nicht
1918 allein auf die Vermittlung handwerklicher Fähigkeiten beschränkt, sondern vielmehr die
1919 Bindung an die Werte unseres demokratischen Gemeinwesens festigt. Nur so ist es
1920 möglich, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Prägung oder Motivation in

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 1921 entscheidenden Momenten als Gemeinschaft handeln, ohne dass die oder der Einzelne
1922 gezwungen ist, ihre oder seine Persönlichkeit aufzugeben.
- 1923 Innere Führung bildet den Kern des Selbstverständnisses der Streitkräfte, um den die
1924 Bundeswehr oft beneidet wird. Ihre Relevanz muss sie aber immer wieder aufs Neue
1925 beweisen. Nicht nur Erfahrungen wie Tod und Verwundung oder Einsätze in fremden
1926 Kulturen wirken nach. Auch jede gesellschaftliche Entwicklung spiegelt sich automatisch in
1927 der Bundeswehr wider, und sie verändert ihr inneres Gefüge. Innere Führung sorgt dafür,
1928 dass Soldatinnen und Soldaten auch bei äußeren Veränderungen ihr gemeinsames
1929 Wertegerüst bewahren; dass sie den demokratischen Prinzipien ihres Landes folgen; dass
1930 sie Neues weiter denken und wenn nötig kontrovers diskutieren – mit der Freiheit zur
1931 Interpretation, aber den bewährten Grundsätzen folgend.
- 1932 Alle Angehörigen der Bundeswehr, ob in Uniform oder in Zivil, bilden heute mehr denn je
1933 eine Einheit. Die Bundeswehr braucht Menschen mit festem Gewissen, Charakter und
1934 Verantwortungsbewusstsein. Sie schaut nicht nach der Hülle, sondern auf den Inhalt. Sie
1935 ermöglicht den gemeinsamen Dienst von Frauen und Männern, die die kulturelle, religiöse,
1936 biografische und soziale Vielfalt unseres Landes abbilden. Alle Angehörigen der
1937 Bundeswehr erfüllen gemeinsam ihre Aufgaben im Sinne der Inneren Führung, wenn sie
1938 aus innerer Überzeugung für Freiheit, Frieden, Menschenwürde und Demokratie eintreten.
- 1939 Die Innere Führung hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten als belastbares und
1940 dynamisches Fundament erwiesen. Um sie weiterzuentwickeln, gilt es insbesondere
- 1941 ■ den sich ändernden Charakter aktueller und zukünftiger Einsätze aufzugreifen und
 - 1942 dabei auch ethische Herausforderungen zu berücksichtigen, die durch neue
 - 1943 Konfliktformen entstehen;
 - 1944 ■ sie auch als Grundlage zu nutzen, um multinationale und bilaterale Kooperationen zu
 - 1945 stärken und damit Schritt für Schritt ein europäisches Führungsverständnis zu
 - 1946 etablieren. Eine europäische Akademie für Führungskultur und
 - 1947 Organisationsmanagement könnte der Kern dafür werden;
 - 1948 ■ sie zukünftig so auszugestalten, dass sie allen Bundeswehrangehörigen einen
 - 1949 sinnstiftenden Rahmen bietet – als einheitliche Unternehmenskultur, die Selbst- und
 - 1950 Führungsverständnis sowie Führungsverhalten harmonisiert.
- 1951
- 1952 **8.4. Neue Wege im Traditionsverständnis**
- 1953 Wichtige Teile der Führungsphilosophie der Bundeswehr sind ein Werte vermittelndes
1954 Traditionsverständnis und dessen Pflege. Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen für
1955 ihren fordernden Auftrag neben der rationalen Sinnstiftung auch eine emotionale Bindung.
1956 Die Preußischen Reformen und der Widerstand gegen das NS-Regime werden immer
1957 ihren besonderen Platz behalten. Sie dienen als wesentliche Vorbilder und zur moralischen
1958 Festigung. Doch Traditionen müssen gelebt werden.
- 1959 Jede Generation braucht den nötigen Bezug zur Gegenwart in ihrer Lebenswirklichkeit.
1960 Deswegen muss die Bundeswehr

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 1961 ■ ihren Traditionsbestand regelmäßig überprüfen,
1962 ■ ihn wenn nötig weiterentwickeln und
1963 ■ als lernender Organismus Neues zulassen.

1964 Dazu wird die Bundeswehr ihre über 60-jährige erfolgreiche eigene Geschichte noch
1965 stärker zu einem zentralen Bezugspunkt der Traditionsstiftung und -pflege machen. Es ist
1966 die Geschichte von Streitkräften in einer wehrhaften Demokratie, die sich im Kalten Krieg
1967 ebenso bewährt haben, wie sie nach 1990 die Wiedervereinigung unsers Landes vom
1968 ersten Tag an vorgelebt haben. Es ist auch die Geschichte einer Armee im Einsatz.
1969 Soldatinnen und Soldaten haben sich im Gefecht bewährt. Die Bundeswehr musste lernen,
1970 mit Tod und Verwundung umzugehen. Dafür stehen Orte des Gedenkens wie das
1971 Ehrenmal der Bundeswehr in Berlin und der Wald der Erinnerung in Potsdam.

1972 Der Dienst in fremden Ländern und fremden Kulturen, die selbstverständliche
1973 multinationale Zusammenarbeit und die Vielfalt in den eigenen Reihen haben die
1974 Bundeswehr geprägt. Ihre innere Verfasstheit hat allen Veränderungen und äußeren
1975 Einflüssen standgehalten. In den Streitkräften funktioniert über alle Hierarchien hinweg das
1976 System von Pflicht und Gehorsam im Rahmen unseres demokratischen Rechtsstaats. Das
1977 ist eine zentrale Errungenschaft, die es in den eigenen Traditionen zu verankern gilt.

1978 Die Traditionspflege der Bundeswehr vollzieht sich zwischen den Generationen über die
1979 Weitergabe von Werten, Symbolen und handlungsleitenden Beispielen – gerade auch in
1980 unserer jüngeren Geschichte. Sie setzt auf eine offene Diskussionskultur und auf
1981 persönliches Engagement.

1982

1983 **8.5. Nachhaltige finanzielle Rahmenbedingungen**

1984 Damit Deutschland in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungs- und
1985 gestaltungsfähig bleibt, benötigen die mit sicherheits-, entwicklungs- und
1986 verteidigungspolitischen Aufgaben betrauten Ressorts im Rahmen der allgemeinen
1987 Haushaltsentwicklung angemessene finanzielle Mittel. Für die aus den entsprechenden
1988 Erfordernissen abgeleiteten Aufgaben werden Strukturen, Ausrüstung und Personal
1989 generiert, die nachhaltig finanziert sein müssen.

1990 So müssen einsatzbereite und bündnisfähige Streitkräfte bereitgestellt werden, die
1991 unserem Selbstverständnis, unserem Gestaltungswillen und unserer Rolle, wie auch den
1992 Erwartungen unserer internationalen Partner entsprechen und einen wirkungsvollen
1993 Beitrag als Instrument einer nachhaltigen und vernetzten Sicherheits- und
1994 Verteidigungspolitik leisten können. Die finanziellen Rahmenbedingungen müssen es der
1995 Bundeswehr ermöglichen, ihr in Qualität und Quantität gewachsenes Aufgabenspektrum
1996 und die bündnispolitischen Anforderungen erfüllen zu können. Die Bereitstellung von
1997 finanziellen Ressourcen für diese Zielsetzung erfolgt im Rahmen der haushaltspolitischen
1998 Vorgaben der Bundesregierung.

1999 Derzeit ist die Bundeswehr hinsichtlich ihrer Strukturen und Ressourcen zur Erfüllung
2000 dieser Zielsetzungen noch nicht in dem angestrebten Umfang aufgestellt. Mit einem

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

2001 angemessenen Umfang des Verteidigungshaushalts können Aufgaben, Struktur, Personal
2002 und Ausrüstung so in Einklang gebracht werden, dass den Anforderungen und
2003 Herausforderungen der Zukunft im erforderlichen Maß Rechnung getragen werden kann.

2004 Ausgangspunkt sind hierbei hinsichtlich der Entwicklung der Verteidigungsausgaben nach
2005 den NATO-Kriterien die Beschlüsse des NATO-Gipfels von Wales im Jahr 2014, mit denen
2006 langfristig eine Annäherung an das Ziel von zwei Prozent des jeweiligen
2007 Bruttoinlandsproduktes für Verteidigungsausgaben angestrebt wird. Im Gesamtkontext gilt
2008 es, neben der hinreichenden Ausgestaltung des Betriebes, insbesondere den Anteil der
2009 Rüstungsinvestitionen so zu steigern, dass mittelfristig die auch von der NATO
2010 vorgegebene 20 Prozent Marke erreicht wird. Nur so können die Ausgaben für Betrieb und
2011 Investitionen perspektivisch mit den Aufgaben in Einklang gebracht werden.

2012 Mit dem Einzelplan 14 für das Jahr 2016 und dem 49. Finanzplan bis 2019 wurde eine
2013 Trendwende bei der Finanzausstattung der Bundeswehr eingeleitet. Auch im Haushalt
2014 2017 setzt sich diese positive Entwicklung nach dem Eckwertebeschluss des
2015 Bundeskabinetts fort. In den kommenden Jahren bedarf es einer verlässlichen
2016 Verstetigung dieser Finanzlinie, um dem zunehmenden Bedarf für den Fähigkeitserhalt, der
2017 aufwachsenden aufgaben- und strukturgerechten Ausstattung sowie dem notwendigen
2018 Aufbau neuer Fähigkeiten bei Sicherstellung des Betriebes und der Personalausstattung
2019 Rechnung zu tragen.

2020 Eine derart ausgerichtete, verstetigte Finanzlinie bildet die Voraussetzung dafür, dass die
2021 Bundeswehr notwendige und geforderte Fähigkeiten zeitgerecht und umfassend
2022 bereitstellen und auch in Zukunft die Handlungsfähigkeit nachfolgender Generationen
2023 sichergestellt werden kann. Sie ist zudem Voraussetzung dafür, dass Deutschland die
2024 angestrebte gemeinsamen Fähigkeitsentwicklung als Motor in Europa vorantreiben sowie
2025 seine Rolle als Rahmennation ausfüllen kann.

2026

2027 **8.6. Moderne, nachhaltige und demographiefeste Personalpolitik**

2028 Die Menschen in der Bundeswehr sind der wichtigste Faktor für die Einsatzbereitschaft und
2029 Reaktionsfähigkeit der deutschen Streitkräfte. Die Großorganisation Bundeswehr braucht
2030 eine moderne, nachhaltige und demographiefeste Personalpolitik, die zukünftigen
2031 Herausforderungen konsequent und aktiv begegnet. Der demographische Wandel in
2032 Deutschland und die zunehmende Knappheit an Fachkräften werden die gesellschaftlichen
2033 und wirtschaftlichen Entwicklungen der nächsten Jahrzehnte maßgeblich prägen. Damit
2034 zusammenhängende Phänomene wie die Umkehr der Alterspyramide und die Ausdünnung
2035 der ländlichen Infrastruktur haben ebenso Auswirkungen auf das „System Bundeswehr“
2036 wie die fortschreitende Globalisierung, Digitalisierung und Individualisierung. Der
2037 Arbeitgeber Bundeswehr muss mit all diesen Anforderungen flexibel und vorausschauend
2038 umgehen. Die Bundeswehr kann Auftragserfüllung und Einsatzbereitschaft nur
2039 sicherstellen, wenn sie über einen am tatsächlichen Bedarf orientierten Personalkörper
2040 verfügt. Dabei muss sich die Bundeswehr fortlaufend als ein wettbewerbsfähiger, flexibler
2041 und moderner Arbeitgeber positionieren. Seit dem Ende des Kalten Kriegs wurde der

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

2042 Personalumfang der Bundeswehr kontinuierlich und deutlich reduziert. Zuletzt wurde die
2043 personelle Obergrenze 2010/2011 mit der Neuausrichtung der Bundeswehr auf einen
2044 Tiefstwert festgesetzt.

2045 a. Trendwende Personal

2046 Die aktuelle und auch zukünftig zu erwartende sicherheitspolitische Lage erfordert eine
2047 Anpassung der geltenden Personalstärken im militärischen und zivilen Bereich. Es zeigt
2048 sich, dass die Bundeswehr den Anforderungen nicht mehr mit einer starren personellen
2049 Obergrenze gerecht werden kann. Wenn Einsatzbereitschaft und Verantwortung ernst
2050 genommen werden, muss die Bundeswehr in der Lage sein, Landes- und
2051 Bündnisverteidigung sowie Einsätze zum internationalen Krisenmanagement personell
2052 schnell, robust, und durchhaltefähig erfüllen zu können.

2053 Die Bundeswehr wird in Zukunft noch stärker von vielseitigem, aber auch spezialisiertem
2054 und hochqualifiziertem Personal abhängig sein. Langfristig sind weitere ungenutzte
2055 Potenziale zu mobilisieren – denn die wachsende Technologisierung und Digitalisierung
2056 werden Expertise erfordern, über die die Bundeswehr bisher nicht oder nicht ausreichend
2057 verfügt. Weitgehende personelle Autarkie wird nicht mehr das Organisationsprinzip für
2058 Personal sein. Vielmehr ist die Durchlässigkeit zwischen Bundeswehr und Wirtschaft zu
2059 erhöhen. Austauschmodelle zwischen Wirtschaft und Bundeswehr, die eine auf Zeit
2060 angelegte Kooperation mit externem Personal ermöglichen („Drehscheibe Bundeswehr-
2061 Wirtschaft“), sind eine Möglichkeit, dieser Anforderung gerecht zu werden.

2062 Es bedarf einer „Trendwende Personal“, um notwendige Fähigkeiten im gesamten Einsatz-
2063 und Leistungsspektrum aufzubauen, auszubauen und weiterzuentwickeln. In einem ersten
2064 Schritt erfolgt künftig kein Abbau von Planstellen für Soldatinnen und Soldaten mehr.
2065 Zudem soll sich in Zukunft die Bemessung der Personalstärken an den
2066 sicherheitspolitischen Erfordernissen ausrichten. Ziel ist es, mit den notwendigen
2067 zusätzlichen Personalkapazitäten – im militärischen und zivilen Bereich – die Bundeswehr
2068 zu stärken und handlungsfähig zu halten. Hierzu ist:

2069 ☞ ein hohes Maß an Flexibilität, aber auch eine regelmäßige Überprüfungen der Plan-
2070 und Realisierungsgrößen anhand der Aufgabenentwicklung erforderlich und

2071 ☞ künftig im Rahmen des geltenden Verfassungs- und Haushaltsrechts das Prinzip eines
2072 „atmenden Personalkörpers“ der Bundeswehr ohne starre Obergrenzen anzuwenden.

2073 Diese neue Weichenstellung ermöglicht es, den Personalkörper bedarfsgerecht
2074 anzupassen, wenn sich die sicherheitspolitische Lage und damit die Anforderungen an die
2075 Bundeswehr ändern.

2076 b. Personalstrategie

2077 Um auf sich ändernde Rahmenbedingungen frühzeitig Antworten zu geben, braucht die
2078 Bundeswehr eine umfassende und vorausschauende Personalstrategie, die drohende
2079 Engpässe frühzeitig erkennt und systematisch notwendige personelle Ressourcen für
2080 kommende Aufgaben gewinnt und entwickelt. Sie soll antizipieren, für welche

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

2081 Schlüsselbereiche schon heute Personal aufgebaut werden muss, um zukünftig
2082 quantitative und qualitative Engpässe abzuwenden. Dazu wird die Personalstrategie unter
2083 besonderer Berücksichtigung der folgenden Aspekte ausgerichtet auf:

- 2084 ☒ zeitgerechte und angepasste Personalgewinnung;
- 2085 ☒ verbesserte Karrierebedingungen für Spezialisten;
- 2086 ☒ leistungs- und chancengerechte Förderung;
- 2087 ☒ individuelle Berücksichtigung von Lebensphasen, Erhalt von Erfahrungswissen,
2088 Kompetenzorientierung sowie Spezialisierung und Qualifizierung unter attraktiven
2089 Rahmenbedingungen;
- 2090 ☒ innovative Karrieremodelle, die auch den bestqualifizierten Angehörigen der
2091 Bundeswehr ermöglichen, Familie und den Aufstieg auf der Karriereleiter bruchfrei zu
2092 vereinbaren.

2093 Die neue Personalstrategie wird nicht nur die Bedarfe der Zukunft analysieren. Sie richtet
2094 auch die Personalgewinnung frühzeitig auf neue und geeignete Zielgruppen aus. Die
2095 Personalstrategie wird zudem neue Impulse liefern. Damit sollen Bildungs- und
2096 Qualifizierungsangebote angepasst und Änderungen im Arbeitsumfeld eingeführt werden,
2097 um die Frauen und Männer in der Bundeswehr optimal auf künftige Herausforderungen
2098 vorzubereiten. Dazu gehört auch, ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der
2099 Bundeswehr beim Übergang in den privaten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Der Erfolg der
2100 Ehemaligen ist eine wichtige Visitenkarte für den Nachwuchs von morgen. Umgekehrt soll
2101 die neue Personalstrategie den Kompetenztransfer mit dem privaten Sektor stärken und
2102 damit neue Zielgruppen ansprechen. Nicht zuletzt böte die Öffnung der Bundeswehr für
2103 Bürgerinnen und Bürger der EU nicht nur ein weitreichendes Integrations- und
2104 Regenerationspotenzial für die personelle Robustheit der Bundeswehr, sondern wäre auch
2105 ein starkes Signal für eine europäische Perspektive.

2106 c. Agenda Attraktivität

2107 Die Konkurrenz um die klügsten Köpfe und die geschicktesten Hände ist für die
2108 Bundeswehr ein wichtiges Thema. Auch sie kämpft intern und nach außen um eine gute
2109 Position im immer schärfer werdenden Wettbewerb um Fachkräfte. Die Bundeswehr will
2110 einer der attraktivsten Arbeitgeber in Deutschland werden. Dazu hat sie die Agenda
2111 „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“ auf den Weg gebracht. Um die
2112 Arbeitsbedingungen für die Soldatinnen und Soldaten sowie die Zivilbeschäftigten der
2113 Bundeswehr zu verbessern und zu modernisieren, hat der Bund den gesetzlichen Rahmen
2114 in vielen Bereichen angepasst. Das Bundesministerium der Verteidigung hat eine Fülle von
2115 weiteren Maßnahmen eingeleitet. Dazu zählen u.a.

- 2116 ☒ moderne Unterkünfte;
- 2117 ☒ flexible Arbeitsbedingungen;
- 2118 ☒ Kinderbetreuungsangebote;
- 2119 ☒ eine zeitgemäße IT-Ausstattung;
- 2120 ☒ die Verbesserung der Vergütung und sozialen Absicherung vieler Soldatinnen und
2121 Soldaten.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

2122 Um den Bedürfnissen der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser gerecht zu
2123 werden, modernisiert die Bundeswehr darüber hinaus viele Instrumente des
2124 Personalmanagements. Der Balance von Privatleben und Dienst kommt eine zentrale Rolle
2125 zu. Die Frauen und Männer in der Bundeswehr sollen in allen Lebensphasen ihre
2126 Fähigkeiten und Begabungen voll entfalten können. Alle bereits unternommenen und
2127 künftigen Schritte sollen das Zusammenwachsen des Personalkörpers aus militärischen
2128 und zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ein bundeswehrgemeinsames
2129 Selbstverständnis fördern. Weitere Anstrengungen zur Steigerung der Attraktivität des
2130 Dienstes in der Bundeswehr sind anzustreben. Die Steigerung der Attraktivität und der
2131 Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Bundeswehr als Arbeitgeber bleibt eine strategische
2132 Daueraufgabe. Die Attraktivität des Arbeitgebers Bundeswehr wird dabei immer auch von
2133 der Einstellung und dem Grad der Zufriedenheit seiner Angehörigen geprägt.

2134 d. Chancengerechtigkeit, Vielfalt, Inklusion

2135 Die deutsche Gesellschaft wird bunter und vielfältiger. Die Bundeswehr sieht diese Vielfalt
2136 als Chance. Wie andere Streitkräfte profitiert auch die Bundeswehr von einer größeren
2137 Vielfalt an Erfahrungen und Qualifikationen. Interkulturelle Kompetenz und
2138 Mehrsprachigkeit helfen, den Auftrag zu erfüllen. Gerade Teams mit unterschiedlichen
2139 Erfahrungen und Prägungen agieren erfolgreicher als homogene Gruppen. Zugleich stärkt
2140 ein bewusster Umgang mit Vielfalt die Verankerung in der Gesellschaft. All diese Aspekte
2141 tragen dazu bei, dass die Bundeswehr personell stärker und in der Umsetzung
2142 erfolgreicher wird. Die Förderung von Vielfalt und Chancengerechtigkeit ist eine
2143 Führungsaufgabe. Als einer der größten und vielseitigsten Arbeitgeber des Landes hat die
2144 Bundeswehr den Anspruch, alle gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen. Die
2145 Bundeswehr lernt auch von

2146 ■ modernen und erfolgreichen Diversity Management-Systemen ihrer verbündeten
2147 Streitkräfte;

2148 ■ anderen öffentlichen Einrichtungen sowie Institutionen des privaten Sektors;

2149 ■ wissenschaftlicher Forschung und

2150 ■ dem gesellschaftlichen Dialog sowie dem nationalen und internationalen Austausch zu
2151 diesem Thema.

2152 Ziel ist ein modernes Diversity Management in der Bundeswehr, das vorhandene
2153 Potenziale besser nutzt und weitere strategisch erschließt. Im Blickfeld stehen Bereiche
2154 wie Alter, Behinderung, ethnische oder kulturelle Herkunft, Geschlecht, Religion oder
2155 sexuelle Orientierung. Diversity Management beginnt als Führungsaufgabe. Dies
2156 unterstreicht den querschnittlichen und strategischen Charakter dieser Aufgabe für die
2157 gesamte Bundeswehr.

2158

2159 **e. Personalgewinnung**

2160 Wer heute mobil und gut qualifiziert ist, hat auf dem Arbeitsmarkt gute Aussichten.
2161 Arbeitgeber müssen gute Argumente haben, um die besten Nachwuchskräfte für sich zu
2162 gewinnen. Die Bundeswehr kann auf eine starke Marke und ein großes Grundvertrauen in
2163 der Bevölkerung bauen. Umfragen zeigen, dass die Bundeswehr als verlässlicher
2164 Arbeitgeber anerkannt ist, der insbesondere eine fundierte Aus- und Weiterbildung
2165 garantiert. Die Personalgewinnung der Bundeswehr

2166 ☒ vermittelt die Merkmale „qualifizierend“ und „sinnstiftend“, die große Teile der
2167 Bevölkerung mit einer Tätigkeit für die Bundeswehr verbinden;

2168 ☒ setzt auf eine zielgruppengerechte Ansprache und adressiert immer wieder gezielt
2169 potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für die Mangelberufe in der Bundeswehr und

2170 ☒ zeigt die beruflichen Alleinstellungsmerkmale auf, wie Einsätze und Missionen,
2171 Fürsorgepflicht, Kameradschaft und das besondere Treueverhältnis.

2172 Die Bundeswehr bietet heute ein breites Angebot an Karrieremöglichkeiten. Auch wenn der
2173 quantitative Bedarf wenige Jahre nach Aussetzen der Wehrpflicht noch gut gedeckt werden
2174 kann, muss sich die Bundeswehr weitere Potenziale auf dem Arbeitsmarkt erschließen.
2175 Ähnlich der Wirtschaft fehlen auch der Bundeswehr Spezialisten, etwa IT-Fachleute,
2176 Ingenieure und Sanitätspersonal. Sie müssen gezielt angesprochen werden. Ebenso muss
2177 der Anteil von Frauen und von Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundeswehr
2178 weiter steigen. Sie spielen eine wichtige Rolle im Bild, das die Bundeswehr von sich nach
2179 außen transportiert.

2180 **f. Reservistendienst**

2181 Bundeswehr und Wirtschaft können noch deutlich mehr voneinander profitieren. Im
2182 besonderen Fokus steht dabei ein lebendiger Austausch über Reservistendienstleistungen.
2183 So kommt der Reserve eine wichtige Rolle beim Entwickeln und Bereitstellen künftig
2184 geforderter Fähigkeiten zu. Die Reserve der Bundeswehr bleibt auch in Zukunft für Landes-
2185 und Bündnisverteidigung, Heimatschutz sowie Einsätze im Rahmen des internationalen
2186 Krisenmanagements unverzichtbar. Reservistinnen und Reservisten leisten nicht nur einen
2187 wertvollen Beitrag im gesamten Missionsspektrum der Bundeswehr im In- und Ausland. Ihr
2188 nachhaltiges Engagement ist auch Symbol für die feste Verankerung der Truppe in der
2189 Gesellschaft.

2190 Zur Sicherstellung des Bedarfs und auch zur Resilienzbildung in der Gesellschaft muss
2191 eine Durchlässigkeit zwischen Bundeswehr, Gesellschaft und Wirtschaft erreicht werden.
2192 Dafür gilt es insbesondere,

2193 ☒ den Reservistendienst insgesamt attraktiver zu gestalten;

2194 ☒ ihn so weiterzuentwickeln, dass eine langfristige, verlässliche Unterstützung durch
2195 Reservistinnen und Reservisten sowie externes Personal, insbesondere im Bereich
2196 Cyber („Cyberreserve“), ermöglicht wird und

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 2197 ■ auch im Bereich des Reservendienstes Austauschmodelle zwischen Wirtschaft und
2198 Bundeswehr zu schaffen, die eine bessere auf Zeit angelegte Kooperation mit
2199 externem Personal ermöglichen.
2200

2201 **8.7. Bestmögliche Ausrüstung zur Auftragserfüllung**

- 2202 Angesichts der vielen Herausforderungen benötigt die Bundeswehr die bestmögliche
2203 Ausrüstung, um ihren Auftrag erfolgreich zu erfüllen und dabei das Leben ihrer Soldatinnen
2204 und Soldaten zu schützen. Dies kann nur durch ein transparentes, effektives, flexibles und
2205 modernes Rüstungswesen erreicht werden.

- 2206 2014 hat eine umfassende externe Bestandsaufnahme ausgewählter Rüstungsprojekte die
2207 Defizite des bisherigen Rüstungsmanagements offengelegt und zugleich Wege für eine
2208 Verbesserung aufgezeigt. Auf der Grundlage dieses Gutachtens – ergänzt um interne
2209 Analysen und Bewertungen – wurde in der Folge mit der „Agenda Rüstung“ ein
2210 übergreifendes Vorgehen für die Modernisierung des Rüstungswesens entwickelt. Die
2211 Agenda Rüstung umfasst:

- 2212 ■ die Definition eines rüstungspolitischen Kurses zur strategischen Ausrichtung des
2213 Rüstungswesens (das „Was“ der Rüstung);
2214 ■ die Festlegung operativer Zielrichtungen zur Modernisierung des Rüstungswesens (das
2215 „Wie“ der Rüstung) und
2216 ■ den Aufbau sowie die Optimierung tragfähiger Grundlagen zur Sicherstellung der
2217 Steuerungs- und Kontrollfähigkeit (das „Womit“ der Rüstung).

- 2218 Eine umfassende Modernisierung des Rüstungswesens ist eine komplexe
2219 Herausforderung, die Beharrlichkeit, Entschlossenheit und Geduld erfordert, um alle
2220 Maßnahmen und die notwendigen Veränderungsprozesse in Breite und Tiefe wirksam
2221 werden zu lassen. Auch laufen viele große Rüstungsprojekte bereits seit vielen Jahren in
2222 festen Strukturen (Verträge, Organisationen, etc.) und sind, wenn überhaupt, nur über Zeit
2223 zu verändern.

- 2224 Auf Grundlage der „Agenda Rüstung“ wurden bereits zahlreiche Veränderungen
2225 eingeleitet: So konnten

- 2226 ■ die strategischen Grundlagen gelegt sowie
2227 ■ ein verbessertes Projektmanagement,
2228 ■ ein neu eingeführtes einheitliches Risikomanagement,
2229 ■ eine verbesserte und proaktive Information des Deutschen Bundestages,
2230 ■ die Stärkung des Vertragswesens und
2231 ■ eine höhere Personalqualität und –quantität im Rüstungsbereich erreicht werden.

- 2232 Diese ersten Ergebnisse zeigen, dass ein transparentes, effektives, flexibles und modernes
2233 Rüstungswesen erreichbar ist. Als größte Herausforderung bleibt, die damit verbundenen
2234 Veränderungen nach innen und nach außen umzusetzen und damit die Nachhaltigkeit des
2235 Ansatzes sicherzustellen.

2236

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 2237 Der Neuausrichtung des Rüstungswesens liegen folgende Prämissen zugrunde:
- 2238 ☛ Die Bundeswehr beschafft bedarfsorientiert und praktiziert damit ein modernes
 - 2239 Rüstungsmanagement.
 - 2240 ☛ Eine eigenständige, leistungsfähige und wettbewerbsfähige Verteidigungsindustrie in
 - 2241 Europa einschließlich der nationalen Verfügbarkeit von Schlüsseltechnologien ist
 - 2242 unverzichtbar.
 - 2243 ☛ Multinationale Kooperation wird durch den Lead-Nation Ansatz gestärkt.
 - 2244 ☛ Innovation ist der Schlüssel zur Zukunftssicherung.
 - 2245 ☛ Transparenz nach innen und außen hat den Rang eines strategischen Prinzips.
- 2246 a. **Modernes Rüstungsmanagement – „Für die Bundeswehr“**
- 2247 Das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr ist Determinante für ein modernes
- 2248 Rüstungsmanagement. Diese konsequente Ausrichtung ist niemals Selbstzweck, sondern
- 2249 immer „für die Bundeswehr“ und damit immer bedarfsorientiert.
- 2250 Dieser Bedarf ist sehr vielfältig und dynamisch und muss entsprechend unterschiedlich
- 2251 geplant, priorisiert und realisiert werden. So muss ein Einkauf „von der Stange“ von
- 2252 Eigenentwicklungen unterschieden werden; IT mit den typischen kurzen Innovationszyklen
- 2253 muss schneller beschafft werden als andere Ausrüstung; und dringender Bedarf für die
- 2254 Einsätze muss weiter deutlich pragmatischer realisiert werden als die langfristige Planung
- 2255 von Hauptwaffensystemen.
- 2256 Modernes Rüstungsmanagement hat ein Selbstverständnis als Dienstleister. Dies umfasst
- 2257 auch die Fortentwicklung der „one size fits all“-Logik in Planungs- und
- 2258 Beschaffungsprozessen zu einem differenzierten Vorgehen, das sich stärker an dem
- 2259 Beschaffungszweck und -gegenstand orientiert. Grundlage in diesen Prozessen ist eine
- 2260 verzahnte Vorgehensweise von Planung und Beschaffung.
- 2261 Die Modernisierung des Rüstungsmanagements ist ein mittel- bis langfristiges Projekt, das
- 2262 einen vollständigen Kulturwandel erfordert. Notwendig ist darum die politische
- 2263 Unterstützung und top-down Steuerung des Prozesses durch die Leitung des
- 2264 Bundesministeriums der Verteidigung unter Einbindung der jeweiligen Fachebenen.
- 2265 Erfolgsfaktoren für den Kulturwandel sind
- 2266 ☛ die Umsetzung einer wertebasierten Führungskultur;
 - 2267 ☛ das Vorleben einer Wahrheits-, Streit- und Fehlerkultur sowie
 - 2268 ☛ die Aus-/Weiterbildung von Führungskräften für eine solche Kultur.
- 2269 Neben dem Material, wird die Bundeswehr in Zukunft noch stärker von vielseitigem und
- 2270 hochqualifiziertem (und damit spezialisiertem) Personal abhängig sein. Die Agenda
- 2271 Attraktivität hat dafür wichtige Grundlagen geschaffen. Langfristig sind weitere ungenutzte
- 2272 Potenziale zu mobilisieren – denn eine zunehmende Technologisierung und Digitalisierung
- 2273 wird Expertise benötigen, über die die Bundeswehr selber nicht verfügt. Weitgehende
- 2274 personelle Autarkie wird nicht mehr das Organisationsprinzip für Personal sein. Daher ist
- 2275 die Durchlässigkeit zwischen Bundeswehr und Wirtschaft zu erhöhen und sind zudem neue

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsähige Bundeswehr

2276 Wege der Kooperation zu gehen. Dabei sind die Grundsätze von Transparenz und
2277 Compliance handlungsleitend.

2278 **b. Europäisierung unter Wahrung nationaler Schlüsseltechnologien**

2279 Die Verteidigungsindustrie in der EU ist nach wie vor national ausgerichtet und stark
2280 fragmentiert. Hieraus resultieren unbefriedigende Kostenstrukturen, Nachteile im
2281 internationalen Wettbewerb und damit potenziell höhere Belastungen für unseren
2282 Verteidigungshaushalt. Die nationale Ausrichtung kann zudem zu einer mangelnden
2283 Interoperabilität der Streitkräfte in Europa bei gemeinsamen Einsätzen führen.

2284 Es gilt daher, militärische Fähigkeiten gemeinsam zu planen, zu entwickeln, zu beschaffen
2285 und bereitzustellen sowie die Interoperabilität der Streitkräfte in Europa zu erhöhen, um die
2286 Handlungsfähigkeit Europas weiter zu verbessern. Die Bundeswehr wird die
2287 Anstrengungen der Bundesregierung zur Flankierung der hierzu erforderlichen Prozesse
2288 im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

2289 Gleichzeitig ist es notwendig, die eigene technologische Souveränität durch den Erhalt
2290 nationaler Schlüsseltechnologien zu bewahren und damit die militärischen Fähigkeiten und
2291 die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Das Bundesministerium der Verteidigung wird
2292 hierzu seine besondere Fachexpertise in Entwicklung, Beschaffung, Ausbildung und
2293 Nutzung zur Verfügung stellen. Zu deren Erhalt bzw. ihrer Förderung verfügt die
2294 Bundesregierung über folgende Instrumente: ressortübergreifende Abstimmung und
2295 Priorisierung von Forschungs- und Technologiemaßnahmen, gezielte Industriepolitik, die
2296 Auftragsvergabe durch das Bundesministerium der Verteidigung sowie
2297 Exportunterstützung (im Rahmen der Einzelfallentscheidung auf der Grundlage der
2298 restriktiven Politischen Grundsätze der Bundesregierung von 2000). Die
2299 Exportunterstützung erfolgt insbesondere für EU-, NATO- und der NATO gleichgestellte
2300 Länder. Diese Flankierung kann auch auf sogenannte Drittstaaten ausgedehnt werden,
2301 wenn im Einzelfall für den Export von Kriegswaffen besondere außen- oder
2302 sicherheitspolitische Interessen sprechen oder für den Export sonstiger Rüstungsgüter im
2303 Rahmen des Außenwirtschaftsrecht zu schützende Belange des friedlichen
2304 Zusammenlebens der Völker oder der auswärtigen Beziehungen nicht gefährdet sind.

2305 **c. Multinationale (Rüstungs-)Kooperation mit neuem Ansatz**

2306 Multinationale Kooperationen im Bereich der Rüstung gewinnen zunehmend an
2307 Bedeutung. Treiber dieser Entwicklung sind insbesondere die hohen Entwicklungskosten
2308 bei niedrigen nationalen Beschaffungsumfängen. So lassen oft erst gemeinsame
2309 Beschaffungen die Deckung des jeweiligen nationalen Bedarfs an militärischen Fähigkeiten
2310 auf dem angestrebten technologischen Niveau zu. Gleichzeitig ist die multinationale
2311 Kooperation ein politisches Instrument zur zwischenstaatlichen Vertrauensbildung und
2312 nachhaltigen Vertiefung bi- und multilateraler Beziehungen und hilft zudem, die zwingend
2313 gebotene Interoperabilität im Bündnis zu verbessern.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

2314 In der Vergangenheit waren multinationale Kooperationsprojekte häufig durch vielfältige
2315 Probleme geprägt, die zu Kostensteigerungen und zeitlichen Verzögerungen geführt
2316 haben. Insbesondere die Projekte A400M, Eurofighter und NH90 haben gezeigt, dass das
2317 Beharren auf nationalen Fähigkeitsforderungen dem Erreichen der angestrebten
2318 Kooperationsvorteile zuwider lief. Die umfangreichen Erfahrungen der vergangenen
2319 Jahrzehnte müssen in zukünftigen Kooperationen berücksichtigt werden. Dazu gehört
2320 insbesondere:

2321 ■ Bei multinationalen Programmen ist auf Seiten der öffentlichen Auftraggeber ein
2322 möglichst einheitliches Design auf Basis einheitlicher Fähigkeitsforderungen
2323 anzustreben, um Entwicklungs- und damit Beschaffungs- sowie Wartungskosten
2324 wirksam zu reduzieren.

2325 ■ Ein Staat (wo möglich auf Auftragnehmer- und Auftraggeberseite) übernimmt die
2326 Führung bei Entwicklung und Realisierung eines Projektes „aus einer Hand“ (Lead-
2327 Nation Ansatz). Dabei gilt es auch für Deutschland, die Lead-Nation-Funktion anderer
2328 Staaten ebenso zu fördern, wie den eigenen Gestaltungsanspruch bei ausgewählten
2329 Lead-Nation-Projekten zu leben.

2330 ■ Die Wertschöpfung erfolgt nicht automatisch in der Lead-Nation, sondern dort, wo die
2331 beste industrielle und technologische Kompetenz liegt.

2332 ■ Nicht nur Entwicklung und Beschaffung erfolgen gemeinsam, sondern auch
2333 Instandsetzung und Einsatzunterstützung.

2334 Dieser neue Ansatz fördert die europäische und transatlantische Interoperabilität durch
2335 Standardisierung und erleichtert damit auch gemeinsame militärische Einsätze. Ziel muss
2336 es sein, dass die europäischen Staaten den nächsten Schritt zu einer wirklich integrierten
2337 industriellen Struktur in Europa gehen. Multilaterale Kooperationen sind ein
2338 vielversprechender Weg, um positive Folgeeffekte über eine industrielle Konsolidierung
2339 erreichen zu können. Die bereits nach dem „Lead Nation“-Ansatz aufgesetzten
2340 Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme – etwa im Bereich unbemannter Luftfahrzeuge
2341 (MALE UAV) oder einer möglichen Kooperation bei U-Booten – verdeutlichen dies.

2342 Im Kern heißt dies: Souveränitätsverzicht im Kleinen für Souveränitätsgewinn im Großen.
2343 Gleichzeitig gilt es, die eigene technologische Souveränität durch den Erhalt nationaler
2344 Schlüsseltechnologien zu bewahren.

2345 d. Innovation als Schlüssel zur Zukunftssicherung

2346 Der effektive Schutz und die Sicherung der Überlegenheit von Streitkräften verlangt
2347 ständige Innovation. Rüstung muss deshalb auch Hochtechnologie sein, denn

2348 ■ die Wirkung der Schutztechnologie hat sich im 20. Jahrhundert wesentlich verbessert;
2349 ■ gleichzeitig wurden Wirksysteme präziser und reduzierten damit auch den Schaden für
2350 Unbeteiligte;

2351 ■ zudem sind Einsätze heute hochvernetzt – über Satellitenanbindung und verschlüsselte
2352 Kommunikation.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 2353 Somit sind Aktivitäten im Bereich F&T der Rüstung ein zentraler Treiber der
2354 Innovationskraft von Streitkräften und wehrtechnischer Industrie. Spillover-Effekte in die
2355 zivile Wirtschaft (im Rahmen von dual use-Anwendungen) sind auch weiterhin ein
2356 wünschenswerter Sekundäreffekt und -ziel der militärischen F&T. Allerdings verlangen die
2357 heutigen Herausforderungen rund um die Bereiche Cyber- und Informationsraum und
2358 Digitalisierung, Autonome Systeme und Hybridisierung die Fortentwicklung und
2359 Erweiterung des klassischen F&T-Ansatzes mit Eigenmitteln:
- 2360 ☒ Viele zukunftsweisende technologische Innovationsquellen existieren zunehmend auch
2361 außerhalb des Verteidigungssektors.
- 2362 ☒ Innovation verläuft weniger linear, sondern zunehmend disruptiv und exponentiell.
2363 Technologien wie künstliche Intelligenz haben viele Anwendungen, die nicht nur
2364 geplant, sondern auch explorativ entwickelt werden müssen.
- 2365 Die Bundeswehr muss für dieses neue Innovationsverständnis in der Rüstung
2366 anschlussfähig sein. Dazu muss die Bundeswehr langfristig
- 2367 ☒ stärker an Innovation außerhalb eigener Forschung/F&T partizipieren;
2368 ☒ auf neue Innovationstreiber wie Startups und die gesamte digitale Wirtschaft zugehen;
2369 ☒ eine Steuerungslogik für das F&T- und Innovationsportfolio entwickeln;
2370 ☒ Mittel auch für explorative, disruptive Forschung bereitstellen, die nicht auf einzelne
2371 konkrete Entwicklungen ausgerichtet ist;
- 2372 ☒ gemeinsam mit dem Parlament eine Debatte über eine neue Risikomanagementkultur
2373 führen, die mit anspruchsvolleren Entwicklungen einhergeht;
- 2374 ☒ die Entwicklung einer Agentur oder Gesellschaft prüfen, welche als Schnittstelle zu
2375 Innovationsakteuren fungiert und ggf. auch Mittel zur Beteiligung an Studien oder
2376 Startups in Schlüsseltechnologien steuert.
- 2377 **e. Transparenz als strategisches Prinzip**
- 2378 Transparenz ist ein strategisches Prinzip, das sich quer durch die Agenda Rüstung zieht.
2379 Gesteigerte Transparenz gegenüber Öffentlichkeit und Parlament bildet die Grundlage für
2380 eine nachhaltige Akzeptanz des Rüstungswesens in der demokratischen Öffentlichkeit.
- 2381 Zentraler Baustein der Transparenzinitiative im Rüstungsbereich ist das neu eingeführte
2382 einheitliche Risikomanagement und -berichtswesen für Rüstungsprojekte. In diesem
2383 werden Risiken und Probleme frühzeitig identifiziert und geeignete Maßnahmen zur
2384 Vermeidung von Projektstörungen eingeleitet. Diese Implementierung wirkt sich in der
2385 Regel deutlich verzögert aus und kann nicht immer alle „Geburtsfehler“ kompensieren –
2386 gerade bei Projekten, die bereits seit vielen Jahren laufen.
- 2387 Insbesondere bei komplexen Großprojekten sind Risiken inhärent. Ziel muss es daher sein,
2388 die Risiken zu erkennen und zu managen. Dies erfordert einen Kulturwandel.
- 2389 Das einheitliche Risikomanagement und -berichtswesen ist seit Einführung als wichtiges
2390 Steuerungsinstrument auf allen Ebenen etabliert. Die gesammelten Erfahrungen fließen
2391 kontinuierlich in die Berichts- und Entscheidungsprozesse sowie den halbjährlichen Bericht

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

2392 des Bundesministeriums der Verteidigung zu Rüstungsangelegenheiten an den Deutschen
2393 Bundestag ein.

2394 Für die weitere Verstetigung der Transparenzkultur ist ein neues Zielbild des
2395 Rüstungsbereichs aufgesetzt worden. Weitere Maßnahmen können die Einführung eines
2396 Compliance Management Systems sowie die Einführung eines „Code of Conduct“ für die
2397 Zusammenarbeit mit der Industrie sein.

2398

2399 **Strukturelle Rahmenbedingungen**

2400 Die bisherigen Veränderungen und Optimierungen im Rüstungsbereich fanden in den
2401 bestehenden strukturellen Rahmenbedingungen statt. Diese setzen dem
2402 Veränderungsprozess klare Grenzen. Der eingeleitete Veränderungsprozess sollte
2403 flankierend weiter unterstützt werden durch:

- 2404 ■ verstärkte Ausrichtung der Ausrüstung an das Kriterium Einsatzorientierung;
- 2405 ■ angemessene Flexibilität im Dienst- und Personalrecht;
- 2406 ■ Flexibilität bei der nachhaltigen Projekt- und Programmfinanzierung bei mehrjährigen
2407 Großprojekten;
- 2408 ■ adäquate strukturelle Ausgestaltung des Rüstungsbereichs.

2409 Langfristig sollte daher eine Evaluierung des strukturellen Rahmens und der
2410 Randbedingungen erwogen werden, um in der Lage zu sein, signifikante und nachhaltige
2411 Verbesserungen zu erreichen und neue Potenziale zu erschließen.

2412

2413 **8.8. Agile und adaptionsfähige Organisation**

2414 Auftrag und Aufgaben bestimmen Organisation und Struktur der Bundeswehr. Aufbau- und
2415 Ablauforganisation sind konsequent auf das Ziel einer zeitgerechten und effektiven
2416 Aufgabenerfüllung auszurichten.

2417 Die Organisation, die durch die jüngste Neuausrichtung der Bundeswehr geplant wurde,
2418 wird bis 2017 überwiegend umgesetzt sein. In den neuen Strukturen und Prozessen
2419 werden alle Fähigkeiten teilstreitkraftübergreifend und bundeswehrgemeinsam
2420 ausgerichtet. Diese Errungenschaften werden im Sinne einer kontinuierlichen
2421 Modernisierung gesichert und fortgeschrieben.

2422 Art, Umfang und Intensität der Aufgabenwahrnehmung durch die Bundeswehr haben sich
2423 jedoch aufgrund des dynamischen und komplexen sicherheitspolitischen Umfelds
2424 verändert und werden auch weiterhin einem steten Wandel unterliegen. Daher sind
2425 Aufgaben, verfügbare personelle und materielle Ressourcen sowie Strukturen fortwährend
2426 aufeinander abzustimmen.

2427

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 2428 Abgeleitet aus den steigenden Anforderungen und angesichts der Größe, Diversität und
2429 Komplexität der Organisation Bundeswehr ergibt sich die Notwendigkeit zu folgenden
2430 Weiterentwicklungen:
- 2431 ■ Erhöhung der Strategie-, Steuerungs- und Führungsfähigkeit;
 - 2432 ■ Steigerung der Agilität;
 - 2433 ■ Ausbau der Digitalisierung und Vernetzung sowie
 - 2434 ■ Stärkung und Weiterentwicklung einer gemeinsamen Organisationskultur.
- 2435 Als Großorganisation mit komplexer Zielfunktion bestehen hinsichtlich der Strategie-,
2436 Steuerungs- und Führungsfähigkeit sehr hohe Anforderungen an die Bundeswehr. Diese
2437 gilt es künftig im Rahmen der Strategieentwicklung sowie des Prozessmanagements noch
2438 weiter zu verbessern und auszurichten. So müssen zum Beispiel Rüstungs- oder auch
2439 Personalprozesse mit klaren operativen Vorgaben versehen werden (Service-Level-
2440 Agreements), um Messbarkeit und kontinuierliche Steuerung herzustellen. Dadurch werden
2441 alle relevanten Abläufe kontinuierlich auf die effektive Auftragserfüllung ausgerichtet.
2442 Darüber hinaus gilt es, in Verwaltung und Stäben eine konsequente Vereinfachung der
2443 Organisation, die Bündelung von Verantwortlichkeiten und wirkungsvolle
2444 Führungsprozesse zu erreichen, um die Truppe zu stärken.
- 2445 Die Bundeswehr muss als agile Organisation in der Lage sein, flexibel und adaptionfähig
2446 auf neue oder veränderte Anforderungen zu reagieren. Nur so meistert sie die
2447 Herausforderungen der kontinuierlichen Modernisierung und steigert auf diese Weise ihre
2448 Resilienz und Robustheit. Gleichzeitig sind Abbau von Doppelarbeit, klare Schnittstellen
2449 und gezielte, sachgerechte Steuerung im Geschäftsbereich erforderlich, um alle Prozesse
2450 spürbar effizient zu gestalten. Anpassungen müssen dabei nachhaltig finanzierbar und
2451 demographiefest sein. Stellen neuartige Aufgaben Anforderungen an die Organisation, die
2452 die bestehenden Strukturen nicht leisten können, werden durch entsprechende
2453 Ressourcenneuordnung innovative Wege gegangen.
- 2454 Eine agile Bundeswehr muss in ihren Strukturen so flexibel ausgestaltet werden, dass sie
2455 notwendige Veränderungen bei Personal und Material schnell abbilden kann. Sie muss
2456 entbürokratisiert („Weglass-Agenda“) und Verantwortung im Sinne des Prinzips Führen mit
2457 Auftrag auch dezentral wahrgenommen werden. Zudem erfordern Veränderungen in den
2458 Bereichen Personal und Ausrüstung eine aufgaben- und strukturgerechte Infrastruktur der
2459 Bundeswehr.
- 2460 Eng verbunden damit ist die zunehmende Digitalisierung und Vernetzung unserer
2461 Gesellschaft, die unmittelbare Auswirkungen auch auf die Organisation Bundeswehr hat.
2462 Um diese Potenziale zu nutzen, sind erhebliche Anpassungen erforderlich – von der
2463 Personalwerbung bis hin zur Anpassung von organisatorischen Prozessabläufen. Dabei
2464 sind Widerstände abzubauen und Akzeptanz in der Fläche zu schaffen.
- 2465 Die Digitale Agenda hat auch für die gesamte Bundeswehr eine hohe Priorität. Eine enge
2466 Kooperation mit dem Bundesministerium des Innern ist hierbei notwendig und vorgesehen.

VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

8. Gestaltungsbereiche für eine zukunftsfähige Bundeswehr

- 2467 Aufgrund der hochkomplexen Aufgaben, die die Bundeswehr zu bewältigen hat, gilt es die
2468 gemeinsame Organisationskultur von zivilem und militärischem Personal zu stärken und
2469 weiterzuentwickeln.
- 2470 Um die notwendigen Anpassungen durchzuführen, wird
- 2471 ■ eine zielorientierte, strategische Steuerung sukzessive eingeführt;
 - 2472 ■ die Rolle des Lenkungsausschuss auf Ebene der beamteten Staatssekretäre und dem
2473 Generalinspekteur der Bundeswehr weiter gestärkt;
 - 2474 ■ die Strategiefähigkeit des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung
2475 ausgebaut, indem die Analyse- und Beratungskompetenzen gebündelt und für die
2476 strategische Richtungsgebung in verteidigungs- und militärpolitischen Aspekten genutzt
2477 werden. Damit leistet das Bundesministerium der Verteidigung auch einen Beitrag zur
2478 Erhöhung der ressortübergreifenden Strategiefähigkeit der Bundesregierung.
 - 2479 ■ die Prozessüberprüfung und Prozessoptimierung fortgesetzt;
 - 2480 ■ der Grad der Digitalisierung in der Organisation gesteigert und deren Vorteile noch
2481 deutlicher genutzt;
 - 2482 ■ die Stärkung einer auf gemeinsamen Werten beruhenden und für den gesamten
2483 Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung verbindlichen
2484 Führungskultur fortgesetzt;
 - 2485 ■ die Vertrauens-, Verantwortungs- und Fehlerkultur weiter gestärkt sowie
 - 2486 ■ die Einrichtung eines Compliance Managements-Systems ausgeplant.

2487 **Fazit**

- 2488 **Die Bundeswehr als Instrument deutscher Sicherheitspolitik –**
 2489 **gestern, heute, morgen**
- 2490 Deutschland ist in neuer Qualität gefordert. Dies gilt auch für die Bundeswehr, die
 2491 perspektivisch mit Herausforderungen konfrontiert wird, auf die sie weder hinreichend
 2492 eingestellt noch nachhaltig vorbereitet ist.
- 2493 Die Ursachen dafür liegen lange zurück und sind vielschichtig. Sie nahmen ihren Ursprung
 2494 nach Ende der Ost-West-Konfrontation. Mit dem Ende der Teilung Europas wuchs die
 2495 Hoffnung auf eine Zukunft in Frieden, verbunden mit einer „Friedensdividende“.
 2496 Deutschland war kein Frontstaat mehr. Umfang und Fähigkeiten der „Armee der Einheit“
 2497 wurden abgebaut, die Ausrüstung wurde reduziert. Resultat war eine real stagnierende
 2498 Plafondlinie.
- 2499 Seit 1990 sank der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf weniger
 2500 als die Hälfte, und ein sinkendes Bedrohungsempfinden führte angesichts der zeitgleichen
 2501 wirtschaftlichen Herausforderungen nach der Wiedervereinigung zu einer nachrangigen
 2502 Betrachtung der Verteidigungsanstrengungen.
- 2503 Der Umfang der Bundeswehr wurde in zyklischen Reformen auf die heutige Stärke
 2504 reduziert und die fähigkeitsorientierte Ausrichtung konzentrierte sich auf die absehbar
 2505 wahrscheinlichen Einsätze im Rahmen weltweiten Krisenmanagements.
- 2506 Gleichzeitig jedoch veränderte sich mit der Wiedererlangung der vollen nationalen
 2507 Souveränität die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt. Es wurde deutlich, dass
 2508 Deutschland die gleichen Rechte, Pflichten sowie Verantwortung im internationalen System
 2509 zukommen wie anderen Staaten. Die Einsätze, insbesondere in Afghanistan, wurden
 2510 zunehmend robuster und verlangten eine Priorisierung der Aufwendungen für eine
 2511 angemessene Ausstattung der eingesetzten Truppe. Die Bundeswehr wurde zur Armee im
 2512 Einsatz.
- 2513 Als Konsequenz traten Landes- und Bündnisverteidigung zunehmend in den Hintergrund.
 2514 Ausgehend von gegebenen Finanzlinien lebte die Bundeswehr in vielen Bereichen,
 2515 insbesondere im Grundbetrieb und der Landes und Bündnisverteidigung, vermehrt aus der
 2516 Substanz, um den gestiegenen Anforderungen dieser Einsätze überhaupt gerecht zu
 2517 werden.
- 2518 Wie andere europäische Verbündete setzte auch Deutschland die Einberufung zur
 2519 Wehrpflicht aus; die Strukturen wurden angepasst. Das führte dazu, dass für die
 2520 querschnittlichen Hauptwaffensysteme und das Personal Obergrenzen unabhängig von
 2521 den Aufgaben festgesetzt wurden. Aufgaben, Kräfte und Mittel befanden sich nicht mehr in
 2522 einer ausgewogenen Balance.
- 2523 Heute steht eine neu ausgerichtete, in ihren Umfängen reduzierte Bundeswehr einer nie
 2524 dagewesenen Parallelität und Größenordnung von Krisen und Konflikten gegenüber.

Fazit

- 2525 Unser Gestaltungsanspruch, die zahlreichen Krisenherde in der europäischen
 2526 Nachbarschaft und darüber hinaus, aber auch die gestiegenen Erwartungen an die außen-
 2527 und sicherheitspolitische Rolle Deutschlands verlangen eine Trendwende, um eine
 2528 Balance zu einer gleichgewichtigen Aufgabenwahrnehmung wieder herzustellen.
- 2529 Die Bundeswehr muss sich an der anspruchsvollsten Aufgabe, der Landes- und
 2530 Bündnisverteidigung, orientieren und zudem die Kräfte und Mittel zum internationalen
 2531 Krisenmanagement und zur nationalen Krisenvorsorge bereitstellen. Gleichzeitig steigt die
 2532 Anzahl der weltweiten Einsatzgebiete kontinuierlich. Im Ergebnis heißt dies: Die
 2533 Bundeswehr ist in einer Bandbreite gefordert wie selten zuvor. Und: Sie muss fähig und
 2534 vorbereitet für gleichzeitiges Handeln sein.
- 2535 Dabei ist die Bundeswehr Teil eines immer stärker vernetzten Verbunds von Instrumenten
 2536 unserer staatlichen Sicherheitsvorsorge.
- 2537 Für die Wirksamkeit unseres zukünftigen gesamtstaatlichen sicherheitspolitischen
 2538 Engagements wird insbesondere
- 2539 ■ unsere Strategiefähigkeit erhöht, u.a. indem der Bundessicherheitsrat in seiner Rolle
 - 2540 als strategischer Impulsgeber weiter gestärkt wird;
 - 2541 ■ unser gesamtes sicherheitspolitisches Instrumentarium nachhaltig finanziert,
 - 2542 ausgestaltet und ausgestattet;
 - 2543 ■ unser vernetzter Ansatz wirkungsvoller koordiniert und weiterentwickelt;
 - 2544 ■ unsere Sicherheitsvorsorge im Rahmen der finanziellen Ressourcen gesamtstaatlich
 - 2545 und resilient ausgerichtet;
 - 2546 ■ Verantwortung für die Stabilität und Sicherheit des internationalen Umfelds
 - 2547 übernommen, u.a. indem unsere präventive Sicherheitspolitik konsequent
 - 2548 weiterentwickelt wird, insbesondere in den Bereichen Krisenfrüherkennung und
 - 2549 Ertüchtigung.
- 2550 Als der zentrale Anker unserer Sicherheitspolitik und gleichrangig mit internationalem
 2551 Krisenmanagement ist wirksame kollektive Verteidigung angesichts der Renaissance
 2552 klassischer Machtpolitik sowie der Instabilitäten an der Peripherie des NATO-
 2553 Bündnisgebietes von existenzieller Bedeutung. Deutschland setzt sich auch daher dafür
 2554 ein, den europäischen Pfeiler in der NATO und damit zugleich die Handlungsfähigkeit von
 2555 NATO und EU zu stärken, und wird seine eigene multilaterale Ausrichtung weiter festigen.
- 2556 In diesem Zusammenhang gilt, es Fähigkeitsentwicklung und Streitkräfteintegration auf
 2557 europäischer Ebene voranzubringen. Flankierend ist die GSVP schrittweise
 2558 weiterzuentwickeln, auch durch institutionelle Reformen. Fernziel deutscher
 2559 Sicherheitspolitik ist eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion.
- 2560 Die Aufgaben der Bundeswehr sind in Zukunft in ihrer gesamten Vielfalt und Parallelität
 2561 aus einem „Single Set of Forces“ abzubilden und bedürfen dazu angemessener
 2562 aufgabenorientierter „Missionsausrüstungspakete“ für die Truppe, um ihren Auftrag erfüllen
 2563 zu können. Damit wird die Bundeswehr der neuen Relevanz der Landes- und
 2564 Bündnisverteidigung gerecht und ist gleichzeitig multifunktional; Material und Personal sind
 2565 mehrrollenfähig. Die damit geschaffene Flexibilität und Agilität sind wesentliche

Fazit

- 2566 Voraussetzung, damit die Bundeswehr anhand der strategischen Prioritäten Beiträge in
2567 den unterschiedlichen Gestaltungsfeldern leisten kann.
- 2568 Multinationalität und Integration sind und bleiben bei all dem wesentliche
2569 Bestimmungsgrößen für die Bundeswehr der Zukunft. Sie finden ihren Ausdruck u.a. in
2570 Strukturen, Einsätzen, Fähigkeitsentwicklung und Rüstungspolitik. Die Erwartung an
2571 Deutschland, auch als Rahmennation Verantwortung zu übernehmen, verlangt die
2572 Bereitstellung „kritischer Fähigkeiten“, die eine Einsatzteilhabe anderer Nationen erst
2573 ermöglichen.
- 2574 Auf diese Weise wird es gelingen, einsatzbereite und reaktionsfähige Streitkräfte in einem
2575 national vernetzten Ansatz und im multinationalen Verbund flexibel und adaptiv einsetzen
2576 zu können, um auf Veränderungen unseres sicherheitspolitischen Umfeldes rasch zu
2577 reagieren.
- 2578 Zu dieser zukunftsfesten und adäquaten Rolle der Bundeswehr als Teil
2579 verantwortungsbewusster und verantwortungsbereiter deutscher Sicherheitspolitik bedarf
2580 es ausreichender Ressourcen und einer aufgaben- und -strukturgerechten Ausstattung in
2581 Personal und Material. Wesentliche Voraussetzung für diesen Wandel ist eine nachhaltige,
2582 insbesondere verstetigte Finanzierung und eine Ausstattung bei Personal und Material, die
2583 sich an den Aufgaben und den Herausforderungen für die Bundeswehr orientiert.
- 2584 So wird die Bundeswehr in die Lage versetzt, als eines der Instrumente deutscher
2585 Sicherheitspolitik ihre qualitativ und quantitativ erweiterten Aufgaben effektiv
2586 wahrzunehmen.
- 2587 Damit steht Deutschland auch mit der Bundeswehr international und national für
2588 Bündnistreue und Verlässlichkeit – geleitet durch seine Interessen und verbunden mit der
2589 Bereitschaft, auch in Führung zu gehen sowie in der internationalen Sicherheitspolitik mehr
2590 Verantwortung zu übernehmen.

2591 **Abkürzungsverzeichnis**

2592	ASEAN	Association of Southeast Asian Nations, Verband Südostasiatischer Staaten
2593	AWACS	Airborne Warning and Control System
2594	AGS	Alliance Ground Surveillance, luftgestützte Bodenraumüberwachung
2595	BRICS	Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika
2596	E3+3	Format und Teilnehmerstaaten für die Verhandlungen im Atomkonflikt mit dem Iran (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, China und Russland sowie der Hohen Vertreterin der Europäische Union für Außen- und Sicherheitspolitik)
2597		
2598		
2599		
2600	EATC	European Air Transport Command, Europäisches Lufttransportkommando
2601	EU	Europäische Union
2602	EUV	Vertrag über die Europäische Union, Grundlage des Vertrags von Lissabon
2603	F&T	Forschung und Technologie
2604	FNC	Framework Nations Concept, Rahmennationenkonzept
2605	G7	Gruppe der Sieben bedeutendsten Industrieländer
2606	G20	Gruppe der Zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer
2607	GGE	Group of Governmental Experts
2608	GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
2609	HQ	Headquarters, Hauptquartier
2610	IS	Terrororganisation sogenannter „Islamischer Staat“
2611	IT	Informationstechnologie
2612	KSE-Vertrag	Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa
2613	MALE	Medium Altitude Long Endurance
2614	NATO	North Atlantic Treaty Organization, Nordatlantische Allianz
2615	OECD	Organization for Economic Co-operation and Development, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
2616		
2617	OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
2618	RAP	Readiness Action Plan
2619	TACET	Transatlantic Capability Enhancement and Training-Initiative
2620	UAV	Unmanned Aircraft Vehicle, Unbemannte Luftfahrzeuge
2621	VJTF	Very High Readiness Joint Task Force
2622	VN	Vereinte Nationen
2623	WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation